INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM



VOLXSPORT statt OLYMPIA

Nr. 233

25. März 1993

Verehrte LeserInnenschaft!!!

Zuallererst: Powerige Grüße an Jörg, Gerre und Schützi in den Knast- laßt euch nicht unterkriegen!

Zur 1.Mai Vorbereitung:

Als wir die Protokolle gelesen haben, mußten wir uns erstmal die Augen reiben. Da wird gleich unter Punkt 1 ein Straßenname im Protokoll vom letztenmal korrigiert und wir erfahren nicht einmal welcher. Inhaltlich steht ja eh nicht viel drin; was mit der RIM passieren soll wird immer wieder vertagt. Dazu ein Vorschlag von uns. Bietet sich nicht die RIM besonders gut für ein Brücken**schlag** (wie in Punkt 2 des Protokolls erwähnt) zur DGB Demo an. Mit ihrem Lauti am Anfang der Demo, direkt hinter den Gewerkschaftsbonzen, das wäre Spitze! Gewerkschafter können übrigens auch ordentlich zulangen, hab ich schon selber erlebt. Damit auch die letzten erfahren, warum wir was gegen die RIM haben, nochmal eine kleine Auswahl aus ihrer Geschichte. Ist schon mal in der Interim Nr.193 vom 14.5.92 etwas ausführlicher erschienen. Eigentlich Schade ums Papier. Apropos Papier... wir fragen uns wirklich, woher manche Leute immer so antikes Papier kriegen. Wenn ihr wollt, daß eure Sachen gedruckt werden, nehmt weißes Papier, tut schwarze Buchstaben drauf und verpackt es in eine Hülle, damit es nicht dreckig wird und fügt anschließend noch Schokolade Bonbons und Pralinen dazu.

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Im Ordner: In schönster Ordnung

- Heimliche Massenabschiebung am Flughafen Schönefeld
- Gegeninformation Nr.7
- Sexismus"unter?" linksradikalen Männern
- Merhaba (Kiel)
- Aufruf zur Blockade Bundestag(Tag X)
- Interview mit einer rev. Zelle(s. Radi)
-Brief von der CCC
- Stellungnahme zur Broschüre "Warum dieser Hass"
- Thesen zur antifaschistischen Organisierung (Bolschevik Partisan)
- Revolutionäre 1.Mai Demo in MA-Neckarstadt

Protokoll des 6. Treffens des 1. Mai Vorbereitungsplenums

1.Protokoll von letzter Sitzung

Das protokoll wurde mit der Korrektur eines Straßennamens und der Demoendzeit bestätigt.

2.Ausstieg der Kritischen Gewerkschaften?

Der zweite Punkt der Tagesordnung wurde, nachdem ein Genosse der krit. Geweerkschaften (KG) die Frage aufwarf, ob denn nun alle mit dem „Brückenschlag" zur DGB Demo einverstanden sind oder nicht, er die Befürchtung hat, daß es zwei Demos geben wird, daß es kein gemeinsames Vorgehen gibt, daß siie sich zu den Vorbereitungen hinquälen, und er eine eindeutige Antwort von den anwesenden Gruppen und Leuten hören will, ob sie am „ Brückenschlag" teilnehmen werden oder nicht, heftig diskutiert.

Viele der anderen Leute äußerten ihr Unverständnis über die Haltung der KGs, wo jetzt Vieles erreicht wordenist und auch daran gearbeitet wird,den Brückenschlag zu konkretisieren, daß es Quatsch ist, eine Zusage erhalten zu wollen, daß 15.000 Leute beim Brückenschlag erscheinen , daß dies nicht realistisch ist,das wußten sie selber, daß es verschiedene Spektren, Ziele und Erwartungen gibt, daß dies ein Neuanfang der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen sein könnte, daß die KGs bewußt ein Mißverständnis herbeireden wollten , daß der Diskusionsprozeß bisher konstruktiv verlaufen sei, daß sie ihre Inhalte uns nicht aufdrücken können, daß es jetzt eine Verarschung nach sechs Wochen positiver Verhandlungen ist und daß sie ehrlich und offen sagen mögen, was der richtige Grund ihres Rückschritts ist und hier keine Vorwände vortragen sollen.

Der KGer äußerte, daß er keine Grundlage für eine gemeinsame Demo sieht und dieses so auch in ihr Plenum hinein tragen und zur Entscheidung stellen will.

3.Praktisches

Eine Presse-AG wurde gegründet, die sich um die Pressearbeit kümmern soll.
Eine Werbefilm-AG wurde ebenfalls gegründet, die ein WErbevideofilm herstellen will.
Weiterhin gibt es die Idee von Straßenfesten.

4. RIM


Von einer Gruppe kam der Vorschlag, die RIM mit in die Demo-Vorbereitung einzubeziehen, da sie erstens keine reaktionäre Gruppe ist und zweitens,um gewalttätige Auseinandersetzungen mit ihr zu vermeiden, da bisherige Versuche gescheitertsind.
Zusammengefaßt sehen die Meinungen des Plenums folgendermaßen aus:

Einige leute finden den Vorschlag richtig, haben zwar Bedenken, wollen es jedoch mal ausprobieren, weil bisherige Versuche gescheitert sind. Als Pro-Argumente wurden weiterhin geäußert, daß der gewaltätige KOnflikt mit der RIM von den Autonomen ausging und nicht zuerst von der RIM, wie viele zu glauben scheinen, da wo die RIM mit in die Vorbereitung integriert war (1988) es keine Probleme gab, Autonome selber gewalttätig gegen andere Linke vorgehen.

Dagegen wurde geäußert,daß die RIM sich bisher nicht an Absprachen gehalten hat, sie gewaltbereit ist, dominant und charakterbestimmend auftritt, ihre Praxis durchsetzen, durchgreifen bedeutet.

Als Gegenvorschlag kam, die RIM nicht einzuladen, jedoch mit ihnen in Verhandlung zu treten und gewisse Absprachen mit ihnen zu treffen. Dagegen wurde geäußert, daßdies diebisherige Praxis war und gescheitert ist und es eine andere Verbindlichkeit hat, sie einzuladen und zu verpflichten, wie alle anderen auch.

Über diesen Punkt faßte das Plenum wegen der kürze der Zeit keinen Beschluß.



Protokoll zum 7.Treffen des 1. Mai-Vorbereitungsplenums

Tagesordnung:
1. Protokoll von der 6. Sitzung
2. Kritische GewerkschafterInnen (KG)
3. Presse-AG
4. Demoroute
5. Inhalte
6. RIM-Diskussion
7. Ankündigung

zu 1.) Das Protokoll wurde in allen Punkten bestätigt.

zu 2.) Die KG berichteten ihren neuesten Stand zu den 1.Mai-Vorbereitungen. Dabei werden 2 Positionen primär von den KG vertreten.

a. Man will weiterhin eine gemeinsame Demo, aber mit der unbedingten Intention eines Brückenschlages zur DGB-Kundgebung am Lustgarten am Vormittag dieses Tages und

b. evtl. nun doch eine eigene Demo zum Lustgarten zu mobilisieren, da die Meinung vertreten wird, daß die Gesamtlänge der Demo (ca. 5 Stunden) zu lang sei für viele Menschen (z.B. für Behinderte, Alte... etc.). Jedoch wolle man weiterhin die Demo ab O-Platz konkret mit unterstützen.

Diese neue Variation löste erneut eine heftige Diskussion seitens des Plenums mit den KG aus. Resümee dieses Punktes anschließend war, man will trotz gegenteiliger Meinung einiger KG eine gemeinsame Demo vom Alex bis zum Boxhagener Platz durchführen. "Unter dem Motto, aller Anfang ist schwer."

zu 3.) Zu der Presse-AG ist soweit zu berichten, daß man u.a. eine Presseerklärung vor und nach der Demo herausgeben will. Es soll ein Pressebüro eingerichtet werden, welches mindestens 1x die Woche zu erreichen ist. Zudem will man unabhängig zur Presse-AG eine Video-AG einrichten.
Sinn und Zweck dieser Arbeiten ist, daß ein einheitliches Bild von dieser gemeinsamen Demo an die Öffentlichkeit vermittelt werden soll.

zu 4.) Zu der Demo-Route ist folgendes zu sagen. Lt. polizeilicher Anordnung soll folgende Verbote ausgesprochen worden. So soll der Marx-Engels-Platz und damit der Lustgarten und die Schillingbrücke für die Demo tabu sein.

Den Marx-Engels-Platz begründen sie mit der Benutzung durch den DGB und eines dort zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden Rummels und die Schillingbrücke wird mit der Begründung verboten, daß dort zur Zeit eine Baustelle ist, und somit für die Demo-Teilnehmer eine Gefahr darstellen könnte, aufgrund der dort herrschenden Enge (nur eine Fahrbahn ist benutzbar).

Stattdessen sind folgende Ausweichrouten seitens der Polizei vorgeschlagen worden.

1. Alex -> Karl-Liebknechtstr. -> Spandauer Str. -> Rathausstr. -> Breite Str......
   Konsequenz dazu wäre, nicht einmal einen Hauch von Berührung zum dort agierenden DGB.

2. Köpenicker Str. -> Michaelkirchstr. -> Michaelbrücke-> Holzmarktstr. -> Andreasstr.....

Man ist sich jedoch einig, daß man versuchen will, um die angestrebte Route durchzusetzen.

zu 5.) Bei der letzten Sitzung wurde ein Arbeitspapier (Aufruf zur Demo) von der Inhalts-AG vorgelegt. Dazu gab es bei dieser Sitzung drei Gegenpapiere. Jedoch war es sehr schwierig sich nun zu entscheiden, welches der Papiere am geeignetesten wäre, als Arbeitsgrundlage für den endgültigen Aufruf zu dienen. Alle Papiere hatten sowohl gute als auch schlechte Passagen. U.a. wurde dabei ein Papier aufs heftigste diskutiert, welches den Begriff Faschismus in verschiedensten Zusammenhänge mehr als einmal benutzt.
Aufgrund der langen zeitlichen Diskussion um die unterschiedliche Interpretation des staatlichen Zusammenhanges mit Faschismus, wurde die Diskussion um das Inhaltspapier zum nächsten Plenum vertagt, um in der nächsten Woche die Basis zum Aufruf festzulegen und dies der Inhalts-AG zur endgültigen Bearbeitung zu übergeben. Es wurde beschlossen, die verschiedenen Aufrufsentwürfe in der Interim zu veröffentl

zu 6.) Aufgrund des Zeitmangels wurde die Diskussion um die RIM auf nächste Woche verschoben.

zu 7.) Am Donnerstag, den 01.04.93 im Versammlungsraum Mehringhof, wird es eine VV zum 1.Mai-Plenum geben. Beginn der VV ist 19.30 Uhr!

Für uns ist der 1.Mai ein tag des internationalen revolutionären kampfes gegen die patriachatisch/kapitalistischen ausbeutungsverhältnisse.

Ausbeutung und unterdrückung werden immer stärker zu einem umfassenden verhältnis, das sich noch nie allein auf lohnarbeit beschränkt hat. der angriff des kaiptals ist total und mobilisiert widerstand in allen bereichen.

Wir begreifen unseren kampf hier als teil des internationalen klassenkrieges. in diesen internationalistischen kampfverständnis wollen wir wir uns hier als teil der unterdrückten und ausgebeuteten klassen organisieren, um einzugreifen in das internationale kräfteverhältnis.

Den gedanken der unabhängigen (autonomen) organisierung wollen am 1.Mai auf die straße tragen, weil wir nur durch eine starke revolutionäre organisierung letztendlich in der lage sein werden zu siegen.

Es ist unser grundsätzliches verständnis, wenn wir sagen, den 1.Mai als internationalen kampftag wieder zu einem kristallisationspunkt unserer kämpfe zu machen.

Wir lehnen einen 'brückenschlag' zur DGB-demo grundsätzlich ab. wir wollen am 1.Mai eine vom DGB unabhängige demo machen, die traditionell ab 13.00 Uhr Oraniennplatz beginnen soll. Die demo soll im gegensatz zu der klassenverräterischen, reformistischen politik des DGB den zusammenhang der weltweiten kämpfe aufzeigen und die notwendigkeit einer revolutionären organisierung betonen.
In diesem sinne richtet sich unsere initiative für eine 'eigene' 1.Mai-demo nicht gegen die gewerkschaftsbasis. aber, es gibt keine sozialpartnerschaft zwischen ausbeutern- und ausgebeuteten, keine sozialpartnerschaft zwischen unterdrückern und unterdrückten

Der DGB predigt diese vermeintliche partnerschaft, die für uns nichts weiter ist, als ein versuch, ausbeutung und unterdrückung zu 'humanisieren'.

Zum 1.Mai-plenum und ihren dumm-dreisten vorschlägen wollen wir nicht weiter stellung nehmen. wie jedes jahr versuchen die reformer uns vor vollendeten tatsachen zu stellen, um sich dann doch wieder bei uns 'einzuklinken'

Es wird zeit, daß wir unsere inhalte konkretisieren und eine machtvolle revolutionäre 1.Mai-demo vorbereiten.

Revolutionäre gegenmacht aufbauen-den widerstand organisieren!

WENN DIE RIM UNS BEKÄMPFT, DANN IST ES GUT (und nicht schlecht)

...SICH DAS FÜR DIE ZUKUNFT ZU MERKEN

Erste Stellungnahme des 1.Maiplenums zur RIM

Auf der revolutionären 1. Mai Demo ist es zu Auseinandersetzungen mit der RIM gekommen. Dazu wollen wir als Maiplenum, die die Demo vorbereitet haben etwas sagen. Da das Problem mit der RIM noch nicht sehr vielen Leuten bekannt ist, wollen wir einige Basisinformationen geben, damit es eben nicht nur ein Problem von einigen wenigen ist.

Grundlagen:
Die RIM ist eine klassische ML Partei, die sehr hierarchisch geführt wird. Es gibt Chefs, die das Sagen haben und Fußvolk das mitläuft. Die RIM bezeichnet sich slbst als maoistisch und teilt die Kritik Maos an Stalin (Verfehlungen in Bevölkerungspolitik u.a.m.), bezieht sich aber dennoch auch positiv auf Stalin, ("Genosse Stalin der trotz schwerwiegender Fehler ein Teil des Erbes der Revolution bildet"). Demzufolge haben sie auch auf ihren Transparenten vor allem Mao-Bilder, daneben aber auch Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao, die auch auf dem Titelblatt der RIM-Gründungserklärung abgebildet sind. Weitere Köpfe, die die RIM zeigt sind Gonzalo, der Führer der Kommunistischen Partei Perus /Sendero Luminoso.
Zu der RIM (Revolutionary Internationalist Movement = Revolutionäre Internationalistische Bewegung) gehören weltweit 15-20 Parteien und Gruppen, die Anzahl schwankt.
Hier in Berlin nennen sie sich Sympatisanten der Revolutionären Kommunisten, seit Anfang 91 nur noch Revolutionäre Kommunisten (BRD) oder kurz RK. Sie arbeiten hier zusammen mit der TKP/ML/Maoistische Parteizentrale (Es gibt noch mind. zwei andere TKPML Gruppen,(TKPML-Hareket, TKPML-Bolshevik) die hier nicht gemeint sind). Außerdem sind sie in Hamburg aktiv.
Andere bekanntere RIM-Gruppen sind die Revolutionary Comunist Party, USA, die auch eine Wochenzeitung herausgeben (Revolutionary Worker), die einigen linken Buchläden vertrieben wird.
In den letzten Monaten taucht die RIM verstärkt in Kneipen, auf Straßenfesten, Konzerten und Demos auf und agitiert. Dabei benutzen sie häufig einen Cassettenrecorder und ein Megaphon, wo sie Public Enemy Hits abspielen und dann Leuten anschließend versuchen in Gespräche z.B. über die Notwendigkeit von Revolution jetzt zu verwickeln.

Was bisher geschah
Nov 89 Conny Wissmann Spontan Demo am Kudamm.
Es gibt den Versuch der RIM ihre Stalin Transparente wegzunehmen, Der Versuch muß wegen der Bullenbedrohung abgebrochen werden.

19.12.89 Kiezdemo in Kreuzberg
Auf der VV davor wird die RIM aufgefordert keine Stalin Transparente mitzunehmen, worauf sie antworten "Wenn ihr uns die Transparente wegnehmen wollt, dann müßt ihr uns töten". Auf der Demo wurde ihnen dann zum ersten Mal dennoch das Stalin Transparent, das mit den 5 Köpfen, weggenommen.

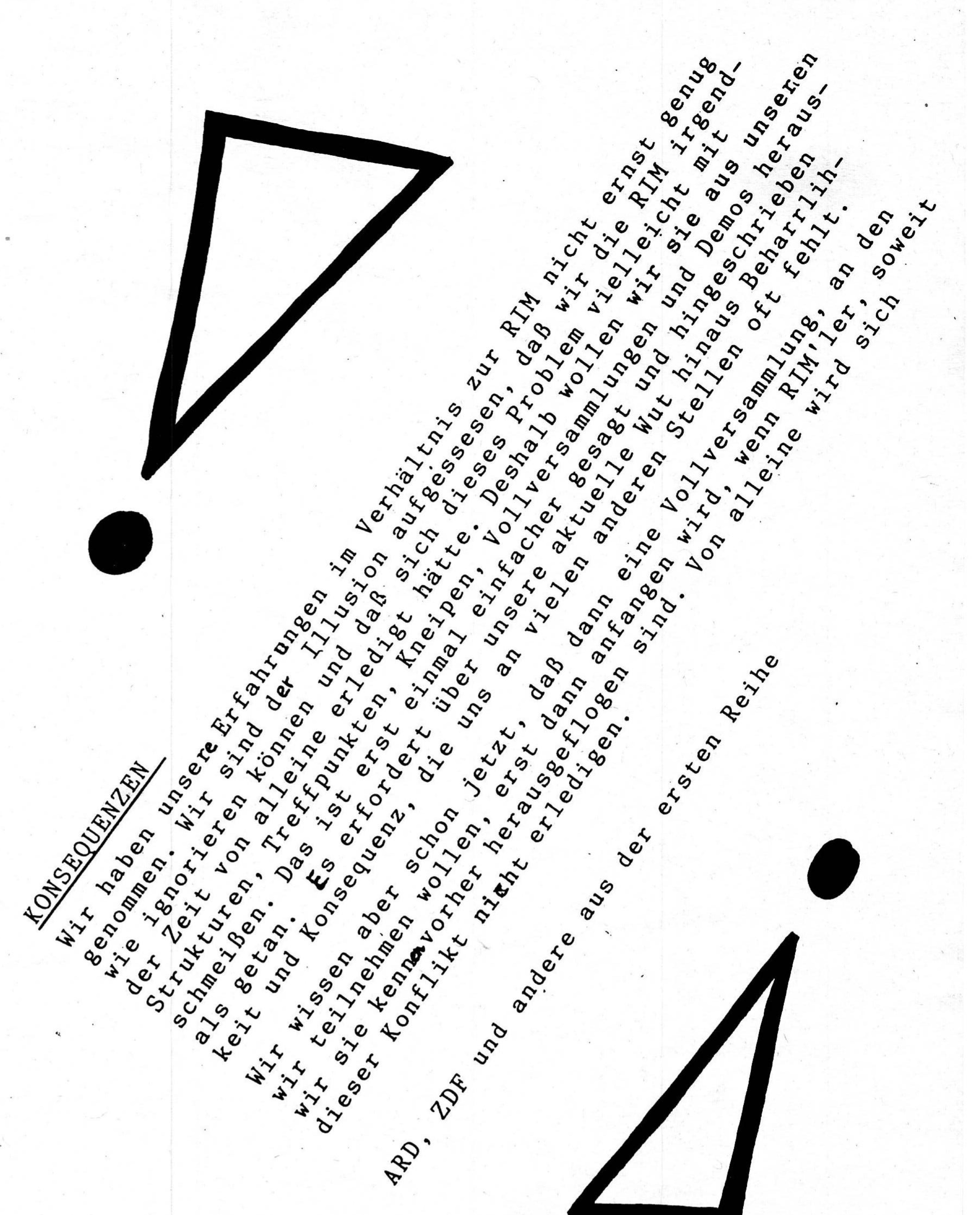
1. Mai 1990
Es gab vom Maiplenum die Aufforderung an die RIM, keinen eigenen Lautsprecherwagen mitzubringen. Daran hielt sich die RIM nicht. Bei der Formierung der Demo schob sich die RIM fast ganz hinten vor den Kinderblock und dröhnte ihn voll. Da das einigen Leuten stank, wurde die RIM aufgefordert wenigstens eine Kindercassette die ihnen gegeben wurde abzuspielen. Das tat die RIM aber nicht.
(Auf dem Treffen mit der RIM vor dem 1.Mai 1991 behauptete dann ein RIM Typ, sie hätten damals vor einem Jahr auch eben diese Cassette gespielt. Da aber der Genosse anwesend war, der der RIM damals die Cassette gegeben hatte, konnte das sofort als Lüge entlarvt werden. Außerdem log die RIM, als sie behauptete, die Demoleitung hätte sie aufgefordert genau vor dem Kinderblock zu laufen) Im Ergebnis hieß das, daß auf dem Kinderblock echt miese Stimmung war, da dort eben nur die Propaganda der RIM zu hören war.

3.10.90: Deutschland halts Maul
Es gab die deutliche Aufforderung der Vorbereitungsgruppe, daß es nur zwei Lautsprecherwagen geben würde. Dies war der RIM bekannt, dennoch brachte sie ihren Lautsprecherwagen mit, dem noch auf dem Oranienplatz die Luft rausgelassen wurde. Zu Auseinandersetzungen kam es außer verbaler Anmache nicht.

8. März 91 Internationaler Frauentag
Hierzu wollen Frauen selbst noch was schreiben.
Auch hier gab es im Vorfeld Kontakte zur RIM. Die Bedingungen an die RIM waren, keine eigene Lautsprecheranlage, keine Typen auf oder an der Seite der Demo und keine Mao/Stalin oder ähnliche Transparente, wegen Führerkult und weil das Männer sind. Auf der Demo waren etwa 1500 Frauen, RIM Typen liefen außen mit. Es gab von Anfang an Diskussionen, daß die RIM ihren Generator ausmachen sollte. Die Analyse der RIM zum Patriarchat drückt sich in ihren Transpis aus "Entfesselt die Wut der Frauen als eine mächtige Kraft für die Revolution." Da die RIM Argumenten nicht zugänglich war, wurde der Generator ausgemacht, jetzt gingen RIM Typen in die Demo um das Ding zu reparieren. Es kam zu ersten Rangeleien. Später wurde das Transparent von der RIM runtergeholt. Wieder gingen RIM Typen in die Demo und es kam zu Handgreiflichkeiten. Die Bullen versuchten dann sofort, sich in die Demo reinzuprügeln. Zum Schutz der ausländischen (auch RIM) Frauen wurden Ketten gebildet und die Bullen kamen nicht rein. Am Ende war das Transpi weg, aber der Generator lief weiter. Die RIM Typen gingen bis zum Ende der Demo an der Seite mit.

20.4.91 Hitler Geburtstag, Antifa Genclik hatte zu 20.00 Uhr Kottbusser Tor mobilisiert. Dort sollte eine Kurzkundgebung gehalten werden. Das wurde auf einer VV vorher bekannt gemacht, wo auch die RIM anwesend war. Da die RIM aber schon zu 18.00 zum Kotti mobilisiert hatte, und an dem Tag ohnehin alle gespannt waren, was passieren würde, sprach sich dies schnell rum, so daß die Stimmung schon um 19.00 Uhr am kochen war. Um kurz vor 20.00 Uhr mußte dann losgegangen werden. Das bedeutete, daß viele Leute erst gar nicht mitkommen konnten, zumal auch niemand wußte wohin es geht. Viele kamen zu spät. Wichtig ist hier aber, daß es keine Kundgebung wegen des Verhaltens der RIM geben konnte. Diese wäre aber wichtig gewesen, um zu erklären warum an diesem Tag und wie usw.

1. Mai 1991
Die RIM war trotz Aussprache mit dem Maiplenum, trotz der Aufforderung von zwei Vollversammlungen nicht bereit, auf ihre Stalinköpfe und ihren Lautsprecherwagen zu verzichten. Es wurde im Ansatz eine Stalinismusdiskussion geführt, die aber die nichts als die politische Verschiedenheit auf den Tisch brachte. Auffällig war, daß die RIM sich dieser politischen Diskussion immer wieder durch im wesentlichen gleichartige Phrasen (Der 1.Mai gehört dem Proletariat, den Massen, die Demo soll laut und bunt werden usw) zu entziehen versuchte.
Auf der letzten Vollversammlung vor dem 1.Mai am 29.4. kam es dann zum Eklat. Die RIM war mit mehreren Leuten auf der VV. Eine inhaltliche Diskussion war hier nicht mehr möglich und war auch von uns nicht mehr gewollt. Der RIM wurde nochmal deutlich gesagt, daß das Mitbringen ihres Lautsprecherwagens eine Gefährdung der Demo bedeuten kann, da die Lautsprecherwagen für die Demo eine wichtige Funktion haben, um auch in brenzligen Situationen einheitlich reagieren zu können. Die Diskussion wurde abgebrochen, nochmals mit der Forderung 1) keine Stalintransparente, 2) kein eigener Lautsprecherwagen. Wenn das eingehalten wird, sind sie willkommen auf der Demo, wie alle anderen auch.



KONSEQUENZEN

Wir haben unsere Erfahrungen im Verhältnis zur RIM nicht ernst genug genommen. Wir sind der Illusion aufgesessen, daß wir die RIM irgendwie ignorieren können und daß sich dieses Problem vielleicht mit der Zeit von alleine erledigt hätte. Deshalb wollen wir sie aus unseren Strukturen, Treffpunkten, Kneipen, Vollversammlungen und Demos herausschmeißen. Das ist erst einmal einfacher gesagt und hingeschrieben als getan. Es erfordert über unsere aktuelle Wut hinaus Beharrlichkeit und Konsequenz, die uns an vielen anderen Stellen oft fehlt.

Wir wissen aber schon jetzt, daß dann eine Vollversammlung, an den wir teilnehmen wollen, erst dann anfangen wird, wenn RIM'ler, soweit wir sie kennen vorher herausgeflogen sind. Von alleine wird sich dieser Konflikt nicht erledigen.

ARD, ZDF und andere aus der ersten Reihe

Freiheit für Jörg, Gerre und Schützi !

Redebeitrag, gehalten auf der Knastkundgebung am 21.3.

Seit Montag, den 15. März sitzen Gerre, Jörg und Schützi im Knast. Gerre und Jörg im Jugendknast Plötzensee, Schützi im Moabiter Knast.

Die Bullen behaupten, die drei hätten in der Nacht von Sonntag zu Montag in Pankow eine Berliner Bank eingeworfen, Zivibullen hätten sie dabei auf frischer Tat ertappt, so ihre Siegesmeldung. Der Staatsschutz hat sich der Sache sofort angenommen. Er stellt die kaputten Scheiben in Pankow in Zusammenhang mit anderen Aktionen, die in derselben Nacht gegen Berliner Banken in ganz Berlin gelaufen sind. Sieben Banken wurden entglast, bei über zwanzig wurden Schlösser verklebt. Ohne daß ein Bekennerschreiben auftauchte, bringen die Bullen diese Aktion in Verbindung mit der Anti-Olympia-Kampagne. Grund: Die Berliner Bank ist einer der Sponsoren der Olympia-Bewerbung, in ihren Schaufenstern hängt jede Menge Propaganda für Olympia.

Die Aktionen und die Festnahmen wurden sofort an die große Glocke gehängt: Top-Meldung in der Abendschau mit den Fahndungsfotos der drei, ein CDU-Abgeordneter blubbert vom "kriminellen Gewaltpotential der Olympiagegner" und fordert eine Sonderkommission bei den Bullen. Eine solche Sonder-Ermittlungskommission beim Staatsschutz wird dann flugs eingerichtet, nach anderen Pressemeldungen jedoch schon in der Woche vorher. 2000 DM werden als Belohnung ausgesetzt, für Aktivbürger, die die drei noch an anderen Banken gesehen haben wollen.

Es ist nicht klar, warum die Aktionen gegen die Berliner Bank gelaufen sind. Aber wenn der Staatsschutz behauptet, es habe etwas mit dem Thema Olympia zu tun, dann wirft das ein Licht darauf, wie wichtig die olympischen Spiele dem Senat zu sein scheinen. Die miese, unverhältnismäßige Vorgehensweise der Bullen zielt offenbar darauf ab, uns von unserem Widerstand gegen Olympia 2000 abzubringen. Die Botschaft, die vermittelt wird, ist: bist du aktiv gegen Olympia, dann kann dir das gleiche passieren wie Jörg, Gerre und Schützi. Doch wir lassen uns nicht davon abbringen. Wenn vom 17.-21. April die nächste IOC-Delegation in Berlin ist, werden wir sie mit unserem Widerstand konfrontieren, und Berlin wird alles andere als die ruhige Stadt sein, wie es die Herrschenden gerne hätten.

Die Beschuldigung gegen die drei lautet "nur" auf Sachbeschädigung und dennoch entschied der Haftrichter am Dienstag abend, daß sie in U-Haft müssen. Es bestünde Fluchtgefahr, da die drei angeblich in einem besetzten Haus in Strausberg wohnen würden.

In diesem Land schützen deutsche Richter die deutschen Banken. Faschisten, die Leute ermorden, Brandsätze in bewohnte Häuser werfen und Menschen aufs übelste zusammenschlagen, haben von dieser Justiz nicht allzuviel zu erwarten. Sie werden von der Haft verschont, bekommen milde Urteile und vor allem viel Verständnis für ihre ach so schwierige Situation. Bei Linken ist das ganz anders, bei einer kleinen Sachbeschädigung, die sich allerdings gegen das Kapital und eventuell gegen die ach so nationale Aufgabe Olympia richtet, schaltet sich sofort der Oberstaatsanwalt der politischen Abteilung, Carlo Weber, ein und sorgt persönlich dafür, daß die angeblichen Täter sofort im Knast verschwinden.

Die Aktion der Bullen richtet sich aber auch gegen selbstbestimmte Jugendkultur und den antifaschistischen Widerstand. In Strausberg waren die Bullen schon am Montag morgen aufgelaufen. Zuerst bei den Eltern der drei um halb sieben, dann um die Mittagszeit Razzia in der Villa Eckertstein, dem besetzten Haus in Strausberg, wo die drei manchmal waren. Die Razzia lief ab, als handle es sich bei den BesetzerInnen um eine schießwütige Sekte aus Texas. Die Durchgangsstraße wurde von Dutzenden von Bullen weiträumig abgesperrt. Dann fallen 40 SEK'ler - alle vermummt und mit Knarren - in den Hof der Villa ein. Der einzige Anwesende, der gerade sein Auto reparierte, wird mit Knarre bedroht und in Handschellen gelegt. Drinnen in der Villa wüten die SEK'ler: alle Türen, obwohl unverschlossen, werden eingetreten, alle Zimmer auf den Kopf gestellt. Der Berliner Staatsschutz leitet die Aktion. Er läßt säckeweise Sachen aus dem Haus tragen, darunter so gefährliche Gegenstände wie Turnmatten und ein Ortseingangsschild "Müncheberg".

Nach zwei Stunden verziehen sich die Einbrecher wieder. Die Villa, der einzige Ort in Strausberg, wo sich Jugendliche jenseits von Fascho- und Kommerzkultur treffen können, sollte zu einem kriminellen Nest abgestempelt werden, die Villa sollte isoliert werden, um eine Räumung vorzubereiten.

Die Fahndungsphotos der drei, wie sie am Mittwoch abend in der Glotze kamen, hauen in die gleiche Kerbe: da sind sie, die Kriminellen! Ächtet sie!

Das Klima in Strausberg hat sich gegen die Villa gewendet, die Gerüchte überschlagen sich. Es ist die Rede davon, die drei hätten eine Bank überfallen und bei der Razzia sei das Geld gefunden worden. Und dennoch: ins selbstverwaltete Café kommen mehr denn je, am Samstag abend fand in der Villa ein gut besuchtes Soli-Konzert statt.

Aber: wenn wir uns nicht einschüchtern lassen, wird ihre Rechnung nicht aufgehen.

Unterstützt die Gefangenen!

Freiheit für Gerre, Jörg und Schützi!

Schreibt ihnen, die Gefangenen freuen sich über jeden Brief und jede Postkarte:

Andreas Schützeck
Buchnr.: 1270-93
U-Haftanstalt Moabit
Alt Moabit 12a
1000 Berlin 21

Jörg Sachse
Buchnr.: 242/93-1
Jugendstrafanstalt Plötzensee
Werner-Olbricht-Damm 40
1000 Berlin 13

Henryk Simon
Buchnr.: 243/93
Jugendstrafanstalt Plötzensee
Werner-Olbricht-Damm 40
1000 Berlin13

WEG MIT DEM ZAUN UND DEM NATODRAHT!

Wir haben am 15.3.93 einen Teil der Umzäunung des Lagers "Am Kavalleriesand" in Darmstadt entfernt! Das Lager ist eine Außenstelle der "Hessischen Gemeinschafts Unterkunft" in Schwalbach bei Frankfurt. Das Lager Kavalleriesand wurde letztes Jahr als Zeltlager aufgebaut, umgeben von einem Zaun als sog. Schutz vor Angriffen von Rassisten und Faschisten. Seit Dezember 92, nach der Räumung des Lagers, wurden hier doppelstöckige Container aufgebaut. Verstärkt wurde auch der Zaun und zwar innen, mit dreifachem Natodraht und einem weiteren Zaun. Die jetzige Befestigung dient ganz offensichtlich nicht zum Schutz vor Angriffen von rechts. Sondern er soll die geplanten Zugangs- und Abgangskontrollen ermöglichen und dient der Abschreckung, der Abschottung und Abstempelung der Flüchtlinge.

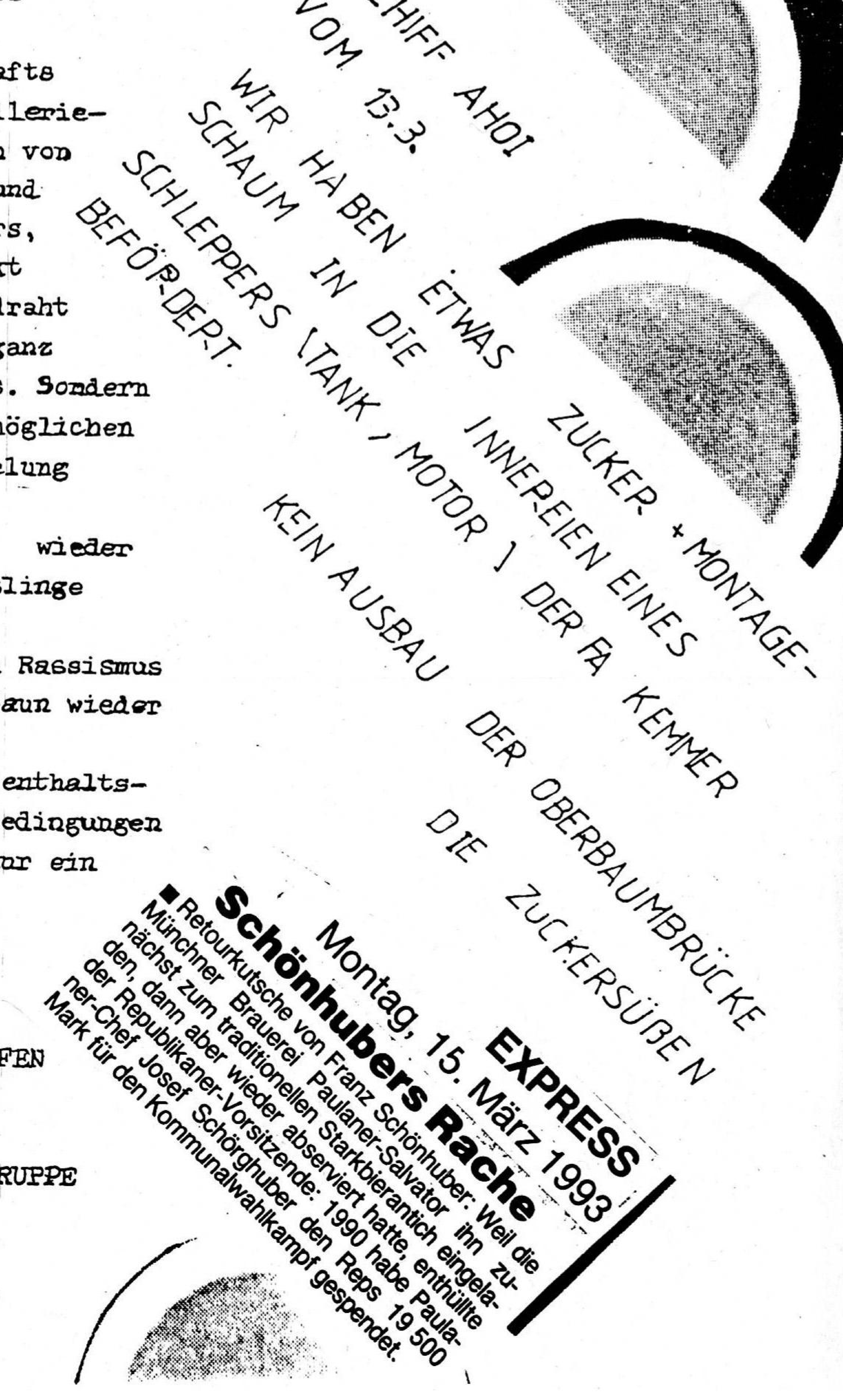
Wir haben den Zaun zum Teil beseitigt, bevor Ende März wieder Flüchtlinge eintreffen. Wir wollten vermeiden, dass Flüchtlinge unsere Aktion als Angriff auf sich mißverstehen.

Wir finden es wichtig Lager als Ausdruck des staatlichen Rassismus anzugehen, auch wenn wir davon ausgehen müssen, dass der Zaun wieder aufgebaut wird.

Wir fordern Bleiberecht für alle und freie Wahl des Aufenthaltsortes für Flüchtlinge, deshalb ist es wichtig die Lagerbedingungen und Lagerfunktionen zu bekämpfen. Unsere Aktion kann nur ein Teil sein dies zu tun.

DER ZAUN MUSS WEG
EIGENSTÄNDIGES AUFENTHALTSRECHT FÜR FRAUEN
SONDERGESETZE GEGEN MIGRANTINNEN UND FLÜCHTLINGE ABSCHAFFEN
GEGEN DIE HERRSCHENDE ORDNUNG DER WELT

ANTIRASSISTISCHE GRUPPE



EXPRESS
Montag, 15. März 1993

Schönhubers Rache

■ Retourkutsche von Franz Schönhuber: Weil die Münchner Brauerei Paulaner-Salvator ihn zunächst zum traditionellen Starkbieranstich eingeladen, dann aber wieder abserviert hatte, enthüllte der Republikaner-Vorsitzende: 1990 habe Paulaner-Chef Josef Schörghuber den Reps 19 500 Mark für den Kommunalwahlkampf gespendet.

ABSCHIEBUNG IST FOLTER, ABSCHIEBUNG IST MORD - BLEIBERECHT FÜR ALLE JETZT SOFORT!!!

Wir haben heute, in der Nacht vom 14. auf den 15. März, die Geschäftsstelle der CDU in Braunschweig entglast und mit ein wenig roter Farbe verschönert. Die CDU spielt eine führende Rolle bezüglich der menschenverachtenden Änderung in der Asylgesetzgebung, dies ist nur <u>ein</u> Ausdruck unserer Wut und unserer Solidarität mit den Flüchtlingen.

In ca. 2 Wochen findet im Bundestag die letzte Lesung des sog. Asylkompromisses (Änderung des Art. 16 GG) von CDU/CSU/FDP/SPD statt.

Dadurch wird das Recht auf Asyl de facto abgeschafft.

Denn alle Flüchtlinge, die über den Landweg in die BRD kommen (ca. 90%), werden zukünftig an den Grenzen abgewiesen.

Menschen, die aus ihrem Heimatland fliehen, können nur noch in dem Land Asyl beantragen, welches sie zuerst betreten und welches von der EG als"sicheres Drittland" erklärt wird. Die BRD errichtet somit eine Mauer, da sie nur von sog. "sicheren 3. Ländern" umgeben ist.

Flüchtlinge können also nur noch über den Luftweg in die BRD gelangen.

ABER: - BGS verhindert an Flughäfen in anderen Ländern, daß Flüchtlinge ein Flugzeug mit dem Ziel BRD betreten.

- Zusätzlich werden Fluggesellschaften, die Flüchtlingeohne Visum transportieren, mit finanziellen Sanktionen belegt.

Frauen auf der Flucht trifft diese menschenverachtende Politik besonders. Frauen gelingt nur zu einem geringen Prozentsatz die Flucht in die BRD. Sie, die sie zumeist die Verantwortung für Familie und Kinder übernehmen (müssen),sind weniger mobil und schaffen es oft nur bis ins nächste Flüchtlingslager im Nachbarstaat, wo sie meist wiederum von Verfolgung und sexueller Gewalt bedroht sind. Diejenigen, die es dennoch in die BRD schaffen, können in der Regel nur einen an den Ehemann gekoppelten Asylantrag stellen, da ihre eigenen Fluchtgründe hier nicht als "politische Verfolgung" anerkannt werden - nicht anerkannt werden der alltägliche Widerstand außerhalb politischer Organisationen, die für Frauen oft nicht zugänglich sind, ebensowenig wie sexuelle Verfolgung.

Deshalb haben wir in vielen Städten in der BRD dort Aktionen gemacht, wo diejenigen sitzen, die diese verschärfte Asylpolitik vorantreiben/durch- oder umsetzen.

Wir Frauen/Lesben fordern:

KEINE ÄNDERUNG DES ART. 16 GG!!!

ANERKENNUNG SEXUELLER UND HETEROSEXISTISCHER VERFOLGUNG ALS ASYLGRUND!!

GRENZEN AUF UND BLEIBERECHT FÜR ALLE, DIE HIER LEBEN WOLLEN!!!

Autonome Frauen und Lesben, März 1993

Gut Ding braucht Weile und lieber spät als nie aber dafür immer öfter: Erklärung zu den Aktionen von Frauen/Lesben in S-H um den 8.März herum

Der 8.März ist internationaler Frauenkampftag. Wir haben den Pornoschuppen in der Christianstr. in Neumünster mit Buttersäure hoffentlich erst mal ungenießbar gemacht und das Türschloß verklebt. Dieser Laden stinkt uns schon lange.Nicht nur daß er Frauen als Ware mißbraucht, Profit aus ihnen/aus uns macht sondern daß er dabei auch so prima ins Straßenbild paßt. Das Patriachat ist Realität und stinknormal. Wir wissen, daß in anderen Städten SHs ähnliche Aktionen gelaufen sind.

Jeder Frau begegnet hier täglich mindestens einmal am Tag eine sexistische Werbetafel, wenn sie zu Hause bleibt, flattert ihr ihre eigene Vermarktung in den Briefkasten oder flimmert in der Glotze.

Frauen und Mädchen werden mißbraucht und vergewaltigt, werden in allen Lebensbereichen gemaßregelt und benachteiligt, wenn sie sich dem nicht unterordnen werden sie isoliert, verfolgt, kommen in die Klapse oder in den Knast.

Frauen, aus anderen Ländern, die es schaffen aus ihrer Situation hierher zu flüchten, haben häufig keine andere Wahl, als hier als illegale Sexarbeiterinnen zu leben. Das bedeutet nicht nur permanenter Druck durch Freier und Zuhälter, sondern auch ständig mit der Angst zu leben in die Gewalt von Bullen zu kommen und abgeschoben zu werden. Frauenspezifische Fluchtgründe gibt es für die Herrschenden nicht. Männer und Frauen sollen hier nur herkommen, wenn sich Profit aus ihnen schlagen läßt und wenn sie dafür kontrollierbar sind. Frauen sollen gefälligst in den Fabriken in Billiglohnländern bleiben, die für den deutschen Markt produzieren.

Der Staat reibt sich die Hände. Zuerst werden die Männer geschult, daß sie das stärkere, bessere Geschlecht seien und daß sie, die ins Konzept passenden Frauen beschützen müßten. Dann gibts da noch die Sexualität wo seit Jahren mit dem Blödsinn gearbeitet wird, daß der Mann Triebe besäße gegen die er sich quasi gar nicht wehren könne, wenn Frauen ihn reizten. Den letzten Schliff soll er dann bei der Bundeswehr kriegen: tägliches Training in Männerkumpanei, Militarismus,Frauenverachtung, Nationalismus . Daß die Betroffenheit an den Vergewaltigungen im ehemaligen Jugoslawien so gelenkt wird einen Einsatz in diesem Gebiet zu legitimieren, ist damit zwar absurd aber wundert uns gar nicht. Vergewaltigungen gehören zum Konzept von Krieg, der geführt wird um sich in allen möglichen Teilen der Welt die größten Profite zu sichern. Auch im ehemaligen Jugoslawien wird das so sein, aber es wird keine Militäreinsätze aus Solidarität zu vergewaltigten Frauen geben.

Dieser Sexshop ist seit langem Realität und paßt in diesen Zusammenhang. Er soll Verachtung trainieren. Wir hoffen, daß der Schaden groß und damit der Profit kleiner ist. Wir hoffen gleichzeitig, daß diese Aktion anderen Frauen Mut macht sich zu wehren. Sich wehren bedeutet für uns dieses System zu erkennen und was dagegen zu machen. Die Angst zu überwinden und in Wut umzusetzen. Den eigenen Gefühlen zu trauen, das Patriachat ins Wanken bringen zu können.

Für eine internationale Frauensolidarität.

Kontrolle - Ausgrenzung - Arbeitszwang

Frauen gegen den Sozialversicherungsausweis



Morde, Pogrome, Angriffe gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen, die Kette der rassistischen Gewalt reißt nicht ab, lediglich die öffentliche Zustimmung wird erst einmal zurückgenommen. Weiterentwickelt wird die Brutalität staatlicher Abschottungs- und Vertreibungspolitik, die Ausgrenzung und Ausbeutung der Menschen, denen die Metropole ihre Existenzgrundlage geraubt hat und die jetzt hierher kommen (wollen), um ihr Überleben zu sichern. Ihr Blick auf den bundesdeutschen Wohlstand soll ein Blick durch's Schaufenster bleiben.

Die Ideologie der deutschen Volksgemeinschaft gegen Flüchtlinge ist auch für weitere soziale Ausgrenzungen nützlich - der Angriff gegen die Armen in diesem Land läuft auf vollen Touren. Von "Schmarotzern" ist die Rede, wenn Frauen und Männer sich zurecht der kapitalistischen Ausbeutung und den miesen Arbeitsbedingungen verweigern. "Schmarotzer" werden bald auch die genannt, die wegrationalisiert sind, ihr "Recht auf Arbeit" einfordern und von ihren gekürzten Sozialgeldern nicht leben können. Wieder einmal werden Menschen ökonomisch und sozial ausgegrenzt, den "Unnützen" wird das Existenzrecht abgesprochen.
Volksgemeinschaft, Solidarpakt (ein Begriff, dessen Wurzeln in die katholische Soziallehre reichen, der das "Völkische" über den "Klassenwiderspruch" stellt), Aufschwung Ost, Grenzen dicht - alles Begriffe für dasselbe Ziel: Den Imperialisten wird der Aufbau neuer Ausbeutungsstrukturen im Osten finanziert, die Menschen gezielt verarmt, die 40jährige Erfahrung der ostdeutschen Bevölkerung einfach weggewischt, die Abschottung der Metropole vollzogen. Die Sozialgelder werden von unten nach oben umverteilt.

Unsere Wut auf diese Verhältnisse richteten wir gegen Arbeitsämter in KÖLN und ESSEN. Ein unwiderstehlicher Duft zwingt die Angestellten ihre Arbeit niederzulegen.

Unsere Aktion kann keine Antwort sein auf die Dimensionen dieser Menschenvertreibungs- und Ausbeutungspolitik. Wir verstehen sie als Teil anti-rassistischer und anti- sexistischer Aktionen, die den herrschenden Technokraten bei der Durchsetzung ihrer Ziele zum Sand im Getriebe werden. Wir wollen eine feministische anti-rassistische Politik entwickeln und ein Politikfeld betreten, das von gemeinsamen Interessen der Immigratninnen und deutschen Frauen getragen wird.

Riesige häßliche, protzige Neubauten schießen wie Pilze aus dem Boden - ARBEITSÄMTER . Im gleichen Maße, wie die Gebäude wachsen, schwindet die abgesicherte ("garantierte") Arbeit. Gleichzeitig wird die illegale Arbeit ausgeweitet und die ungesicherte legalisiert. Das Arbeitsamt wird immer mehr zu einer Anstalt, die den Arbeitszwang durchsetzt, egal was und zu welchen Bedingungen gearbeitet wird - Hauptsache, es wird gearbeitet.
Die Liste der geplanten Kürzungen von Arbeitslosengeld, Alhi, Sozi... - ("Solidarpakt") -, zielt weiter in diese Richtung: Noch mehr Gewinne sollen möglichst ohne soziale Kosten aus denjenigen gezogen werden, die am Rande des Existenzminimums leben (ImmigrantInnen, ausländische und deutsche Sozi- BezieherInnen, Frauen, die "mit"arbeiten müssen, da der Familienlohn nicht ausreicht).
So schafft man(n) den Zwang zur Arbeit und die Trennung: in legale, sozial abgesicherte VollzeitarbeiterInnen, in diejenigen, deren "Aushilfsarbeit" zwar legal ist, die aber zu Niedrigstlöhnen und immer schlechteren Bedingungen arbeiten, und in diejenigen, die vom Soziallohn nicht überleben können oder keinen Anspruch darauf haben und illegal von allem leben müssen, was sich ihnen bietet.
Auf diesem Markt von gesicherten/ ungesicherten, legalen/ illegalen Arbeitsverhältnissen ist das A.amt ein Instrument zur Kontrolle und Selektion:, Jobs werden zu miesesten Bedingungen aufgezwungen, Menschen rassistisch und sozial "aussortiert".



Das Arbeitsamt erfaßt, kontrolliert und verteilt die "Ware Arbeitskraft" neuerdings mithilfe des seit 1.7.91 eingeführten SOZIALVERSICHERUNGSAUSWEISES (SVA) - eine maschinenlesbare Plastikkarte mit persönlichen Daten und Nummern, die zur Kontrolle der Frauen und Männer dient, die aus dem sog. garantierten Arbeitssektor rausfallen. Zwar erhalten alle Beschäftigten mit Ausnahme von Beamten und Selbständigen den Ausweis, doch das besondere Interesse gilt den "geringfügig" Beschäftigten, Arbeitslosen, SozibezieherInnen, Kranken-,Übergangs- oder UnterhaltsgeldbezieherInnen.
Der SVA ist ein Instrument der Sozialkontrolle und Armutsverwaltung, deren Grundlage die rassistische und sexistische Ausbeutung und Arbeitsteilung ist. Federführend betreiben die Arbeitsämter die Einführung des Ausweises und die Kontrolle der ArbeiterInnen unmittelbar am Arbeitsplatz: ob mit SVA gearbeitet und nicht "widerrechtlich" Sozialleistungen bezogen werden oder etwa ohne Arbeitserlaubnis gejobbt wird. Dadurch wird die Jagd auf illlegal Eingewanderte massiv verstärkt, viele von ihnen werden über die Razzien abgeschoben. Das Überleben außerhalb von staatlichen Kontrollen ist so wieder ein Stück schwieriger geworden.
Unterstützung erhalten die Arbeitsämter von den Krankenkassen, Renten- und Unfallversicherungen, Ausländer-, Finanz- und Ordnungsbehörden. Im Bau-,Schausteller-, Gebäudereinigungsgewerbe, Aus-

stellungs- und Messebau besteht eine Mitführungspflicht des SVA. Die in diesen Bereichen Arbeitenden müssen ein Paßbild im Ausweis haben, alle anderen nicht, was zu ihrer weiteren Klassifizierung und Spaltung beiträgt.

VOM NATIONALSOZIALISTISCHEN ARBEITSBUCH ZUM SOZIALVERSICHERUNGSAUSWEIS

Die Techniken der heutigen Verwaltung sind im Nationalsozialismus (NS) entwickelt erprobt und mit den dafür notwendigen Gesetzen abgesichert worden. Die auch damals nüchtern- sachliche Datenerhebung über Einführung der Arbeitsbuchpflicht (1935) mit Arbeitsbuchnummer und Arbeitsbuchkarte verschleierte nur schlecht den Repressionscharakter des Regimes. Es drohte damit die Hunderttausenden rebellierender und um ihre Existenz kämpfenden Menschen ins System wieder einzubinden oder aber zu vernichten. Der Ausbeutungs- und Verwertungszwang wurde mit allen Mitteln bis zur Internierung und Unterwerfung vor allem Jugendlicher, sog. Arbeitsscheuer und nicht anpassungswilliger oder -fähiger Frauen und Männer in den Zwangsarbeitslagern verordnet.
Die planstaatlich vorbereitete Kriegswirtschaft war das Mittel, um eine gigantische Modernisierungs- und Rationalisierungsoffensive durchzusetzen. Über das Arbeitsbuch und die bei den Arbeitsämtern geführte (informationsidentische) Arbeitsbuchkarte als Erfassungsinstrumente für Selektion und Ausbeutung wurde die Zwangsmobilisierung von Arbeitskräften für die Kriegsökonomie mit dem Ziel der Einverleibung Osteuropas berechen- und planbar.
IndustriearbeiterInnen, kleine und mittlere Angestellte erhielten das Arbeitsbuch samt Nr., in dem der Verlauf ihres Arbeitslebens, jeder Stellenwechsel, jede Arbeitslosigkeit und sog. Vertragsbruch dokumentiert wurde. Da das Arbeitsamt alleine nicht die Kontrolle über die ArbeiterInnen gewährleisten konnte, erhielten sie Unterstützung von Krankenkassen, Meldeämtern, Standesämtern usw.
Mit Beginn des Krieges reichte das Arbeitsbuch als Instrument zur Mobilisierung von Arbeitskräften nicht mehr aus. Im Februar 1939 richteten deshalb die NS- Planer eine Volkskartei ein. Die Daten der Arbeitsbuchkarte ausnutzend, konnte damit die gesamte Bevölkerung viel genauer erfaßt werden.
In den letzten Monaten des Krieges arbeiteten die Statistiker noch mit der gefürchteten deutschen Gründlichkeit an einem weiteren bevölkerungspolitischen Kontrollinstrument, der Volksnummerung, sprich Personenkennzahl (PKZ). Diese Nummer sollte von allen Behörden, Institutionen und auf allen Ausweispapieren verwendet werden und damit das Zusammenfügen von persönlichen Informationen und die reibungslose Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden gewährleisten. Diese Pläne mußten am Ende des Krieges erstmal wieder in den Schubladen verschwinden.
Die Bevölkerungsstrategen lieferten mit ihrer Zähl- und Sammel- akribie (Volkszählung 1933, "Sonderzählung für Juden und Ausländer") nicht nur die Daten für die Kriegsmaschinerie, sondern auch für die planmäßige Selektion und Vernichtung von JüdInnen, Sinti, Roma und allen anderen Ausgegrenzten, Widerständigen und KämpferInnen gegen das System . Sie ermöglichten die NS- Todesmaschinerie und hielten sie mit ihren Daten am Leben.
Nach 1945 wurden sie dafür nicht zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil, sie übernahmen bald neue Lehrstühle, Ämter und Archive, die sie mit ihren alten Akten füllten. Z.B. Siegfried Koller, der 1941 "einen Beitrag zur wissenschaftlichen Lösung des Asozialenproblems" lieferte, war von 1953 bis 1962 Chef der Abteilung "Bevölkerungs- und Kulturstatistik" im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden. Seine Schüler G.Wagner und K.Überla wurden Leiter des Heidelberger Krebsforschungsinstituts bzw. des Bundesgesundheitsamtes.
Nach dem Zusammenbruch der staatskapitalistischen Systeme in Osteuropa wittert das BRD-Kapital seine Chance, die NS-Großraumpläne mit anderen modernen Mitteln fortzusetzen. Die "armen" Länder (Polen, Rumänien, Bulgarien, Albanien...) werden z.Zt. zu Lieferanten billiger ArbeiterInnen, Energie und Nahrungsmittel heruntergewirtschaftet. Frauen wird neben der Mutterrolle die der Sexarbeiterin im bereits angelaufenen Sextourismus zugewiesen. Einigen wenigen Ländern ist eine industrielle Teilentwicklung zugedacht.
Rassistische Pogrome, bürokratische Erfassung, Lagerzwang, rassistische und sexistische Ausbeutung sind heute die Erfahrungen der aus dem zerstörten Osteuropa hierher flüchtenden EinwanderInnen.
Damals wie heute werden für die Politik der Zerstörung, Aneignung und Ausbeutung informationstechnologische Instrumente benötigt. In der BRD spielt darin der SVA eine zentrale Rolle.



VERSCHÄRFUNG DER AUSBEUTUNG HEUTE

Der Sinn des SVA ist nur im Zusammenhang mit der Phase der historischen Umwälzung richtig zu verstehen, in der wir uns heute befinden: Der alte sog. Wohlfahrtsstaat wird in allen Metropolenländern aufgelöst und die Krise zur Schaffung einer modernisierten verschärften Ausbeutungsordnung benutzt. Das bedeutet Legalisierung, Ausweitung und staatliche Kontrolle ungesicherter Arbeitsverhältnisse, in Unternehmerkreisen auch Flexibilisierung genannt (Ausweitung von Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherung und nicht existenzsichernd, fehlender Kündigungsschutz, keine Krankenversicherung, geringer Stundenlohn, fehlende Arbeitsschutzbestimmungen, in Form von Saisonarbeit, befristeten Verträgen, Leiharbeit, Honorarverträgen, Teilzeitarbeit usw...). Diese Arbeitsbedingungen sind überwiegend im Dienstleistungssektor zu finden, in dem zu 71 % Frauen arbeiten (1989 arbeiteten 55,4% aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor, und diese Tendenz steigt weiter). Schon für 1987 gibt es Zahlen, daß ca. 11 Mio ungeschützter Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse existierten, auch mit steigender Tendenz.
ImmigrantInnen gegenüber ist die herrschende Arbeitsmarktpolitik rassistisch. Ihr Anteil an der Arbeitslosenquote lag offiziell 1990 in der Alt- BRD bei 14,6% - einen gutbezahlten Job zu finden, wird immer schwieriger bei gesetzlich vorgeschriebener Bevorzugung von Deutschen und danach EG- Ausländern , erst dann von Staatsangehörigen außerhalb der

EG (das gilt nur für die NeueinwanderInnen) - krasser Ausbeutung ist somit Tür und Tor geöffnet. Immigrantinnen müssen besonders häufig als Putzfrauen, in Imbißketten und Kantinen arbeiten. Bedingt durch die verschärften Bestimmungen des neuen Ausländergesetzes sind viele gezwungen, die miesesten Arbeitsbedindungen auszuhalten, um ihren Aufenthaltsstatus nicht zu gefährden. Länger als 6-monatiger Bezug von Sozialhilfe kann zur Ausweisung führen. Für den SVA fordert das AA schon jetzt ein Nationalitätenkennzeichen.



1. ANGRIFF AUF DIE SOZIALGELDER (SOZIALLOHN) ALG,ALHi,SH,KG,RENTE

Arbeitslosengeld (ALG), ALHi (Arbeitslosenhilfe) werden unmittelbar gekürzt, die Krankenversicherung wird immer teurer und schlechter. Die Sozialhilfe (SH) wird noch nicht einmal der Preissteigerung angeglichen, und für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wird sie sogar gekürzt und weitgehend nur noch in Gutscheinen ausgezahlt.

Daneben gibt es einen zweiten Mechanismus, der schwieriger zu durchschauen ist. Nur wer sich in garantierten Arbeitsverhältnissen ausbeuten läßt, hat Anspruch auf ALG,ALHi und Krankengeld (KG), was heute meistens zum Leben nicht mehr ausreicht und Frauen wie Männer dazu zwingt, in der Schattenwirtschaft dazuzuverdienen. Jetzt wird über den SVA jede so verdiente Mark registriert und vom Soziallohn abgezogen. Das bedeutet praktisch, daß die einen verschlechterte ungarantierte Arbeitsverhältnisse eingehen, die anderen zu noch beschisseneren Bedingungen im illegalen Sektor schuften müssen. Damit wird insgesamt der Zwang zur Arbeit und zur Mehrarbeit durchgesetzt.

Die Entwicklung hört auch im Rentenalter nicht auf. Am härtesten sind die Rentnerinnen und Rentner in der ehemaligen DDR betroffen, deren Rente nach der Vereinnahmung zum Überleben kaum oder gar nicht mehr reicht.

Die geplante Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge auf 75 oder 80% - auf dem Hintergrund der rassistischen Argumentation: AusländerInnen brauchen weniger zum Überleben -, die immer geringer werdenden Möglichkeiten für flüchtende Menschen, hier zumindest eine Zeitlang legal und abgesichert zu leben, sind geradezu eine Einladung an illegale "Arbeitsvermittler" und Zuhälterringe, sich Flüchtlingen bzw. geflüchteten Frauen als letzte Überlebensmöglichkeit "anzubieten".



Für Frauen wird es immer schwieriger, sich ökonomisch eigenständige Existenzen zu sichern. Zukünftige Kindergeldkürzungen, Streichungen bei der Kinderbetreuung und unbezahlbare Kindergartenplätze, auf die frau sowieso keinen Anspruch hat, verschärfen den Zwang zur Ehe für Frauen mit Kindern. Mehr Ehezwang heißt aber auch mehr Gewalt gegen Frauen und Oberwasser für die Macker. In der Ex-DDR gar soll die Lohnarbeiterinnenrate auf den Stand der alten BRD gedrückt werden: manche Betriebe verlangen schon Sterilisationsnachweise für die Einstellung von Frauen. Die Sterilisationsrate ist total hochgeschnellt und die Geburtenrate in den letzten 3 Jahren um 60% gesunken! Die Frauen werden beruflich dequalifiziert, in typisch weiblichen Berufen ausgebildet (Friseuse etc.) und sollen in die Hausfrauen- und Mutterrolle gezwungen werden, gegen ihren Widerstand.

2. GERINGFÜGIGE BESCHÄFTIGUNG UND ILLEGALER ARBEITSMARKT

Die Zahlen der sog. geringfügig Beschäftigten (520.-DM-Jobs) steigen rasant: in den "alten Bundesländern" waren es Ende 1990 6,3 Mio (dabei sind die in Privathaushalten Beschäftigten nicht mitgezählt), 70-90 % davon sind Frauen, viele Immigrantinnen.

Mit Hilfe des SVA will der Staat den Frauen und Männern auf die Schliche kommen, die mehreren "geringfügigen Beschäftigungen" nachgehen und dem Staat keine Sozialabgaben zahlen. Damit dies nicht mehr möglich ist, wurde eine Meldestelle für "geringfügig Beschäftigte" eingerichtet, wo die Kapitalisten ihre Beschäftigten anmelden müssen. Mit der persönlichen Nummer auf dem SVA wird dann herausgefunden, ob frau mehrere Jobs gleichzeitig macht. Praktisch bedeutet dies, daß die Kapitalisten nur die Frauen einstellen, welche nur in einem 520.-DM Job arbeiten, da sie überhaupt nicht daran interessiert sind, Sozialabgaben zu zahlen (2 oder mehr "geringfügige" Jobs werden zusammengezählt, entsprechend besteuert und mit Sozialabgaben belegt). Das zwingt die Frauen dazu, ihre weiteren Jobs auf dem illegalen Arbeitsmarkt zu suchen. Die Firmen und Konzerne lassen weiter illegal arbeiten, aber jetzt zu niedrigeren Löhnen von 2.50 DM bis 6.-DM. Werden sie bei Kontrollen dann erwischt, ist das gesetzliche Bußgeld für sie ein Klacks, denn durch die erhöhte Ausbeutung sind ihre Taschen längst gefüllt. Die Arbeiterin hingegen hat nicht nur den beschissenen Lohn, sondern muß dann zusätzlich eine Strafe zahlen - mehr Arbeit, weniger Geld.

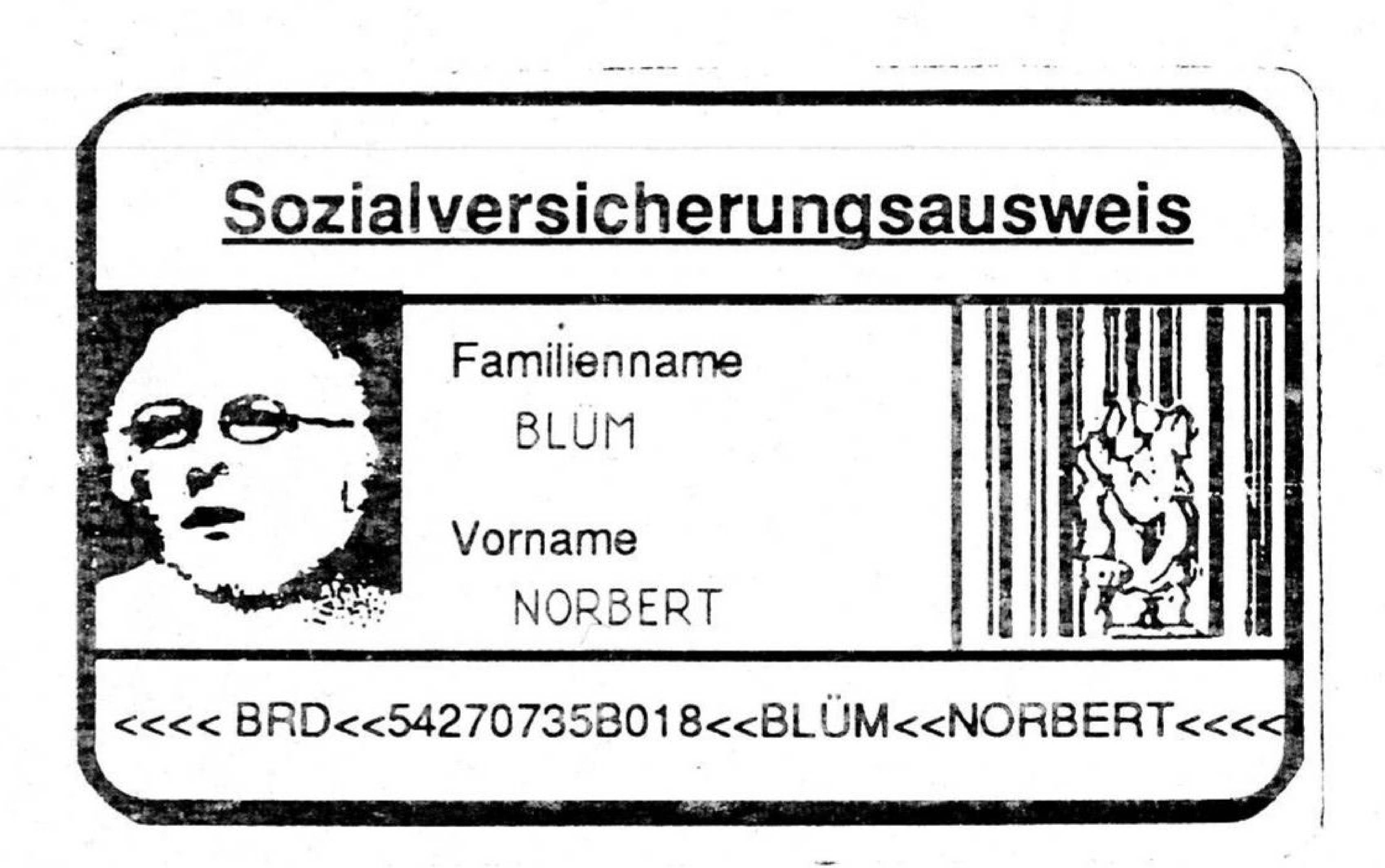


Die Schätzungen für's Baugewerbe sprechen von 400.000 bis 1/2 Mio illegal Beschäftigten , überwiegend Männer aus Osteuropa. Über illegal beschäftigte Frauen gibt es keine offiziellen Zahlen (im August 92 sprach das BKA von 10.000 illegal im Prostitutionshandel "eingeschleuster" Frauen aus Osteuropa). Immigrantinnen arbeiten vorwiegend als Haushaltshilfen und Prostituierte und sind dabei natürlich oft direkter männlicher Gewalt ausgesetzt. In Privathaushalten ist außerdem kein SVA nötig. Weil diese Frauenarbeiten eh als Reproduktionsleistungen gelten, bleiben sie weitgehend von staatlichen Kontrollen ausgespart - ein

patriarchales Angebot.
Der SVA wird nicht das Ende der Schwarzarbeit bedeuten, wie seine Propagandisten behaupten, sondern eine Ausweitung und Abdrängung von Immigrantinnen in die Illegalität oder Abschiebung. Das bedeutet immer skrupellose Ausbeutung und erschwerte Bedingungen für Organisierung und Gegenwehr.

3. VOM NUTZEN DER SCHATTENWIRTSCHAFT

Das Hauptargument der Befürworter des SVA ist ihr angeblicher Kampf gegen die "Schwarzarbeit" - ein Scheingefecht, bildet diese doch die rassistische und sexistische Basis des Ausbeutersystems! Ohne Rassismus und Sexismus gäbe es hier nicht diesen verschwenderischen, luxuriösen Wohlstand und keine garantierten, gutbezahlten Arbeitsplätze.
Die Gier nach frischen Billigstarbeitskräften aus dem neuen osteuropäischen Hinterland trieb die kapitalistischen Vampire zuerst einmal zur gezielten und staatlich geduldeten Ausweitung der Schattenwirtschaft. Nur funktionierte das nicht reibungslos, und noch immer kommen ihnen zu viele und schaffen ihnen zuviele Konflikte. Mit ihrem neuen Arsenal ausgeklügelter Kontrollmaßnahmen im Schatten der rassistischen Hetze soll Flucht und Einwanderung eingedämmt und besser gesteuert werden, damit die Herrschenden den Nutzen erzielen : Ein ausgeweiteter illegaler Arbeitsmarkt schafft auch auf dem legalen die Möglichkeit zur Verbreiterung ungesicherter und immer billiger werdender Arbeit. Diese Politik zeigt sich z.B. in der Legalisierung von Saisonarbeit seit dem 1.1.92 für ArbeiterInnen aus Polen, Ungarn, tschechischer und slowakischer Republik und dem ehemaligen Jugoslawien und in den sog. Kontingentverträgen mit osteuropäischen Ländern.
Der angebliche "Kampf gegen die Schwarzarbeit" entpuppt sich somit als Verschärfung von Illegalität und Ausbeutung.
Mit den Saison- und KontingentarbeiterInnen kommen auch viele Frauen und Männer hierher, auf der Flucht vor Armut, Hunger, Krieg und sexueller Gewalt, v.a. aus Osteuropa, und ziehen selbst die erzwungene Illegalität in der BRD einer ungewissen Zukunft in ihren Heimatländern vor. Daß sie den Ausbeutern und Zuhältern nicht ohne Alternativen ausgeliefert sind, sondern auch ohne staatliche Kontrolle Lebens- und Existenzmöglichkeiten hier entwickeln können, dabei sollten wir sie nach Kräften unterstützen.





DAS PERSONENKENNZEICHEN (PKZ)

Der SVA enthält eine 12-stellige Nummer, die sich aus den individuellen Daten zusammensetzt. D.h. umgekehrt, aus jeder Nummer ist die entsprechende Person identifizierbar. Diese Ver- sicherungsnummer ist ein Personenkennzeichen für die gesamte Sozialverwaltung. Schon die Nazis versuchten noch 1944, das PKZ einzuführen. Für den neuen computerlesbaren Personalausweis konnte das vereinheitlichende PKZ verhindert werden, jetzt wird es durch die Hintertür über den SVA durchgesetzt. Die Daten von ImmigrantInnen dagegen waren schon seit Mitte der 60er Jahre über das "Ausländer-Zentralregister" mit einem PKZ versehen worden.
Verschiedene Institutionen wie die Arbeitsämter, Finanzämter, Rentenversicherungen und viele andere können ihre Daten mithilfe des PKZ über die Computer austauschen und verknüpfen.

Ohne Datenabgabe gibt es weder Geld noch sonstige "Leistungen". Die Kosten für den Erhalt der Arbeitskraft sollen gesenkt werden, und je mehr und genauere Daten erzielbar sind, desto differenziertere "Persönlichkeitsprofile" können erstellt werden, um zu "teure" Menschen auszufiltern und auszugrenzen bzw. die ihnen sonst zustehenden Sozialleistungen zu verweigern. Die Datensammlungen über Krankheitsverläufe, Beschäftigungsverhältnisse, Sozialbezüge etc. erhöhen zudem für breite Bevölkerungskreise den Anpassungsdruck.

Deutsches Modellarbeitsamt in Moskau

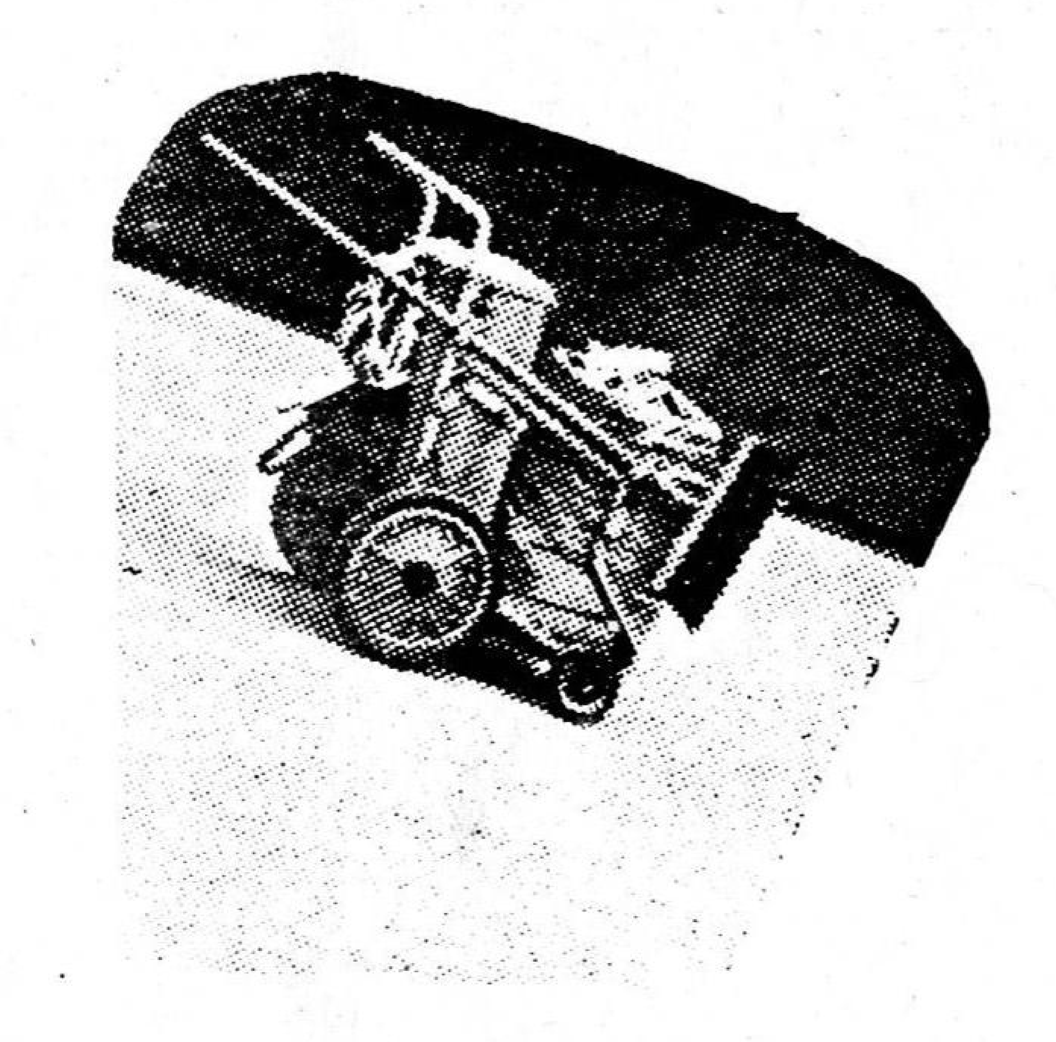
Die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg betreut bald ein Modellarbeitsamt in Moskau. Damit soll der Aufbau einer funktionierenden Arbeitsverwaltung in Rußland unterstützt werden. Bis zu 40 Millionen Arbeitslose werden dort mit der Integration in den kapitalistischen Weltmarkt erwartet. Zuständig für die Betreuung des deutschen Modellarbeitsamtes in Moskau ist das Referat "Aufbau und Reform von ausländischen Arbeitsverwaltungen" bei der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit. In der Hauspostille >arbeit + beruf< heißt es: "Dieses Modellarbeitsamt soll einen Aufbau nach deutschem Muster erhalten. Das Personal wird durch deutsche Trainer geschult und über einige Zeit bei der täglichen Arbeit begleitet. Die deutsche Seite finanziert auch die Einrichtung. Das Modellarbeitsamt soll Muliplikatorenfunktion für weitere Mitarbeiter der russischen Arbeitsverwaltung erfüllen." (aus: Siesta, Nr. 16)

Dasselbe gilt für die 1994 geplante Einführung der computerlesbaren Krankenkarte. Ebenfalls eine kleine Plastikkarte, Ersatz für die bisherigen Krankenscheine, die per Knopfdruck die gesamte Krankengeschichte der Person sichtbar macht, sowie Behandlungsmethoden, Medikamenteneinnahmen, persönliche Daten der Lebensführung (z.B. RaucherIn). Da kann der Krankenkassenbeitrag individuell festgelegt oder bestimmte teure Behandlungen als "nicht lohnend" vorenthalten werden usw. Über diese zwei Plastikkarten wird das Selbstverschuldungsprinzip weiter gestärkt: Nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse sind zu verändern, sondern individuelles Verhalten, nicht die entfremdete Arbeitsgesellschaft ist zu bekämpfen, sondern die Arbeitslosen, nicht die Krankheiten, sondern die Kranken.
Im Zuge der Europäisierung soll es zu einer Vereinheitlichung der jeweiligen Sozialversicherungssysteme kommen, zu einer europaweiten Versicherungskarte, der SVA weist die entsprechende Richtung. Die EG- Kommission finanziert ein Forschungsprojekt (AIM), in dem es um die Entwicklung einer europäischen Sozialdatenbank geht. Europa benötigt vereinheitlichte Steuerungs- und Kontrollmechanismen, um die für die Herrschenden untauglich gewordenen alten Sozialstaatssysteme endgültig zerschlagen und neue optimale Bedingungen für die Innovation ihrer Verwertungsgewalt durchsetzen zu können.

TECHNOLOGIE DER HERRSCHAFT

Scheinbar durchgesetzt hat sich in diesem Land der technologische Zugriff auf die Bevölkerung. Egal welche Kontroll- und Steuerungsfunktionen daran hängen, gelten die Plastikkärtchen als chic in den Kreisen, welche damit ihre Dazugehörigkeit zur modernen Metropolengesellschaft mit scheinbar problemlos aufwendigem Lebensstil zur Schau stellen. Noch vor ein paar Jahren gab es bei der vergleichsweise unbedeutenden Volkszählung einen Aufschrei des linken und liberalen Mittelstandes. Jetzt regt sich weder der bürgerliche Mittelstand noch die ArbeiterInnen und Angestellten im garantierten Sektor, weil sie davon keine Nachteile zu erwarten haben und sich die Sicherung ihrer Arbeitsplätze durch die Bekämpfung der Schattenarbeit erhoffen. Die "Drecksarbeit" muß trotzdem getan werden, möglichst billig und möglichst unsichtbar, das erhält den Wohlstand.
Informations- und Datensysteme im behördlichen Alltag werden als wertneutrale Instanzen ausgegeben. Moralische Dimensionen im Sinne von persönlich- politischer Verantwortung gibt es in bürokratischen Strukturen nicht, darf es nicht geben, weil sonst die Rationalität der bürokratischen Organisation nicht mehr gewährleistet ist. Verwaltungen und Bürokratien sind totalitäre Systeme, zentralistisch organisiert, sie sind wesentliche Pfeiler kapitalistischer Verwertung. Politisch Verantwortliche sind nie direkt mit ihren Opfern konfrontiert, die in den oberen Verwaltungsetagen Arbeitenden auch nicht. Diejenigen, die die Razzien durchführen, sind wiederum nur die Ausführenden "höherer" Entscheidungen, persönliche Verantwortlichkeiten werden so zum Verschwinden gebracht und den Angriffen der Betroffenen entzogen. Bis heute findet in Deutschland jede unmenschliche Maßnahme AusführerInnen, ist sie erstmal zum Gesetz erhoben. Die persönliche Verantwortung wird hinter der angeblichen Rechtmäßigkeit abgelegt - auch eine Parallele zur bürokratischen Funktionsweise im NS. Die Auswirkungen solcher "Maßnahmen" interessiert die durch sie nicht Betroffenen in keinster Weise - Ausgrenzungspolitik gegen gesellschaftliche Minderheiten war und ist so nicht schwer durchzusetzen.
Die Kriterien für Selektion sind heute durch den Einsatz von Computern noch weiter ausdifferenziert, technisch perfektioniert. Auslese- und Ausschlußkriterien sind verfeinert und ihre Wirkung ist subtiler geworden, die (scheinbar freiwillige) Anpassung hat sich dadurch verstärkt.
Die Technologie im Maschinenzeitalter der Computer ist ein soziales Gewaltverhältnis. Menschen werden zum Hauptstörfaktor, wenn sie sich nicht dem Diktat der Maschine unterwerfen. Laßt uns zu Störerinnen der patriachalen instrumentellen Logik werden!



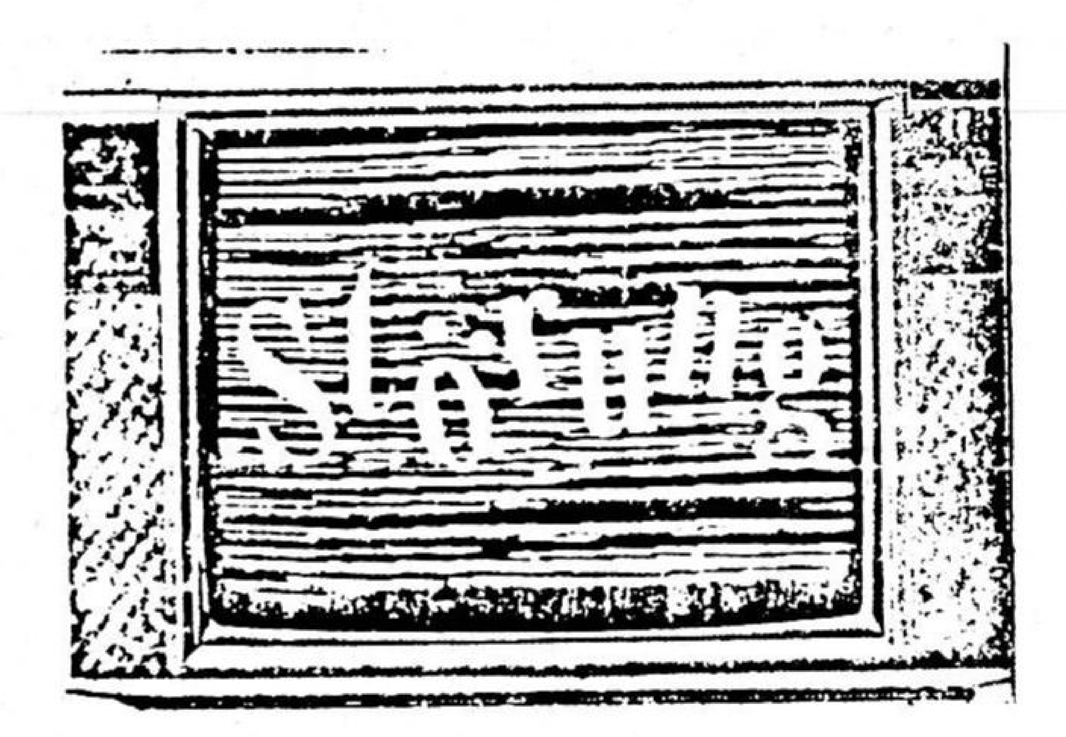


Undurchsichtige Strukturen, durch Zahlen und Nummern verschlüsselte Herrschaft, fehlendes Wissen über Funktionszusammenhänge erschweren widerständiges Verhalten. Rädchen und TrägerInnen des Systems stehen auf der Gewinnerseite und bemühen sich, um jeden Preis dort zu bleiben. Dafür eignen sich auch heute in Deutschland staatlich geschürte Rassismen, die einerseits von den sozialen Problemen und den eigentlich Verantwortlichen ablenken und andererseits das Angebot aufrechterhalten, sexistische und rassistische Macht auszuüben und zu reproduzieren sowie materiell zu profitieren.
Die aktuelle staatliche Asyl- und Ausländerpolitik betreibt und benutzt diese Mechanismen. Auch der neue, von Staat, Wirtschaft, Parteien und Medien gepuschte Multikulti- "Antirassismus" soll die Zustimmung zum sich modernisierenden, "Leistung" fordernden Staat fördern. Die unmenschlichen und rechtlosen Lebensbedingungen der ImmigrantInnen und Flüchtlinge werden mit bürokratisch-technologische Gewalt rechtlich durchgesetzt.

AUF DER SUCHE NACH ANDEREN WEGEN



Neben dem Widerstand gegen die technologische Durchdringung unseres Lebens mit Mitteln wie dem SVA oder der zukünftigen Krankenkarte brauchen wir eine grundlegende Auseinandersetzung um Bewertung und Organisation von gesellschaftlicher Arbeit, reproduktiver wie produktiver. Was wird von wem, wie und wozu produziert, gearbeitet und nach welchen Kriterien bewertet ?
Es ist uns wichtig, die herrschende Arbeits- und Sozialpolitik zum feministischen Thema zu machen, Positionen zu beziehen und einzugreifen. Der SVA selektiert und grenzt Menschen nach Verwertungs- und völkischen Kriterien aus. Ein großer Teil von Frauen, besonders der Immigrantinnen, wird hier verstärkt mit sexistischer und rassistischer Gewalt konfrontiert, wird darüber immer ärmer und muß mehr arbeiten, um den Lebensunterhalt zu sichern oder wird brutal abgeschoben. Diese sozialen Realitäten, die auch deutliche Differenzen unter den Frauen verursachen, müssen Ausgangspunkt für unsere politischen Kämpfe sein. Unsere Verschiedenheit müssen wir anerkennen, uns selbst infragestellen und den Blick über die eigenen Grenzen ausweiten, sonst werden wir nie sehen, was wir gewinnen können. Dazu brauchen wir soziale und politisch- organisatorische Verbindungen und Verbindlichkeiten untereinander, die bisher nicht existieren (Ausnahmen bestätigen nur die Regel). Eine feministische Politik muß die sexistisch und rassistisch organisierte Gewalt zur Verwertung jeglicher produktiver wie reproduktiver, (schlecht)bezahlter wie unbezahlter Arbeit begreifen und angreifen, um die Spaltung unter uns zu durchbrechen und den Widerstand lebendig zu halten. D.h. auch, für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Immigrantinnen und Arbeiterinnen kämpfen, und politische Verantwortung übernehmen gegenüber den Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrategien des BRD-Imperialismus in den Ländern Asiens, Afrikas, Lateinamerikas und Osteuropas.



WIDERSTÄNDIGES

Massenhaft in Umlauf befinden sich bereits gefälschte oder verliehene SVA's, Doppel-, Drei- oder Mehrfachausführungen. Wie der Presse zu entnehmen ist, beklagen sich Kapitalistenverbände und Einzelgewerkschaften (z.B. IG Bau-Steine-Erden) über die "doch-nicht-Fälschungssicherheit" des SVA. Sie fordern generell ein Lichtbild sowie eine Unterschrift, die auch zur Identifizierung dient und die Übertragbarkeit erschweren soll. Außerdem werden noch mehr Kontrollen verlangt, v.a. die Arbeitsämter richten sich auf diese neuen Bespitzelungsfunktionen ein, neue Abteilungen entstehen.

Was wir tun können
Mehrfachbezüge des SVA durch ständige Verlustmeldung schafft Verwaltungsauf wand, und wir können Ausweise weitergeben. Grundsätzlich sollten wir den SVA nicht mitführen, selbst dort, wo die "Mitführungspflicht" besteht. Nie sollten wir einem Kontrolleur unsere Rentenversicherungsnummer nennen, somit wird jede Schnüffelei zur langwierigen Ämternachfrage verkommen, der SVA nutzloser. Darüberhinaus bieten sich an: Fälschungen, Falschangaben, Verschreibungen usw., Aktionen gegen Arbeitsämter, Krankenkassen,...,"Arbeitgeber", Profiteure des Sexgeschäftes...







♀♀/⚢ ORGANISIERUNG

In der Zeit vom 19. 21.2.93 fand der Internationalistische FrauenLesben Kongress in Berlin statt (die Broschüre zur Vorbereitung des Kongresses ist in der Oranienstr.21 Papiertigerin,Cuvrystr.25,Nachladen Waldemarstr.36, alle in 1/36 erhältlich)
Es nahmen unterschiedliche Frauen/Lesben teil;
Ca 1/3 waren türkische und kurdische Frauen,wovon die meißten bei Bolşevik Partizan organisiert sind,der Großteil waren autonom organisierte Frauen (überwiegend weiß und westdeutsch) und dann gab's einige Einzelfrauen.

Wir hatten uns in folgende Arbeitsgruppen aufgeteilt:*Streit-und Trennungskultur *Bündnisse *Organisierung *Geschichte.
Die Protokolle der AG's sind demnächst auf deutsch (und türkisch ?) in den Ordnern in Nachladen und Papiertigerin zu finden.
Am Abschlußplenum wurde aus den AG's berichtet und zwei konkrete Vorschläge fanden breite Zustimmung.
*eine Idee ist,ein breites Aktionsbündnis aufzubauen an dem möglichst viele revolutionäre Frauen/Lesbengruppen teilnehmen sollten,wo sich Gruppen über ihre geplanten Aktionen,Kampagnen etc austauschen und koordinieren.
*auf dem Wochenende wurde vor allem bei inhaltlichen Diskussionen zwischen den Kommunistinnen von BP und autonomen revolutionären Feministinnen klar,daß wir von sehr unterschiedlichen Analysen aus diskutieren.Viele hatten Lust weiter zu streiten und darum kam die Idee auf,ein oder zweimal im Jahr,Wochenenden für die vorher ein inhaltlicher Schwerpunkt festgelegt werden soll (z.B.die Kämpfe der palästinensischen Frauenorganisation Alfana)
Diese Wochenenden müßten-am besten von Vertreterinnen der verschiedenen Gruppen-vorbe reitet werden.
Um beide Vorschläge weiter zu diskutieren findet am 1.4. ein Treffen statt.Dafür werden auch nochmal verschiedene Gruppen -Immigrantinnengruppen,andere schwarze und weiße Lesben/Frauengruppen eingeladen.Kommt also am 1.4. um 20 Uhr in den Blauen Salon im Mehringhof-Gneisenaustr. 2a !!!

DRINGENDE SUCHMELDUNG !!!

Der gelbe Bus (Lautsprecheerwagen + EX- Bus) hat große Schmerzen! Das Getriebe ist kaputt und es gibt bisher kein neues. Für dieses Frühjahr stehen eine ganze Reihe von Demos und Mobilisierungen an, für welche ein Laut-sprecherwagen benötigt wird (Anti-Olympia,...).
Wer/ Welche weiß, wo es ein Getriebe für einen VW-Bus, Baujahr1981, 70 PS, 2L, 4 Gänge gibt? Unbedingt im EX Bescheid geben oder das Teil vorbeibringen.
Für ein neues Getriebe gibt es kein Geld und wir haben unsere Bekannten alle schon abgeklap-pert.

die Zeit drängt..!!

die EXen

ANS/NA-Prozeß in Stuttgart/ Bundesweite Antifa-Demo in Stuttgart

Seit dem 5. Februar 1991 sind 21 Neonazis vor dem Landgericht Stuttgart angeklagt, die beschuldigt werden die seit 1983 verbotenen Oranisation ANS/NA (Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten) in Form des KAH (Komittee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers) bzw. der "Bewegung" fortgeführt zu haben. Wegen dieser Weiterführung einer verbotenen Organisation ermittelt das Landgericht Stuttgart nach §85 (Verstoß gegen das Vereinigungsgesetz) gegen die Angeklagten.
Von Anfang an verlief der Prozeß nach dem Willen der Angeklagten und ihrer Verteidiger (unter ihnen, wie so oft , der Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus Hamburg, NF-Mitglied!!)

Aktueller Stand des Prozesses:
Ein Ende des Prozesses ist immer noch nicht abzusehen. In einem der letzten Verhandlungstage meinte Nazi-Anwalt Rieger, daß sich das Gericht 'doch mal Gedanken über die Sommertermine machen solle, weil er seinen Urlaub planen müsse'. Doch selbst die Staatsanwaltschaft meint nun mittlerweile, der Verzögerungstaktik der Faschos ein Ende setzen zu müssen. Sie stellte einen Antrag auf Ablehnung von zukünftigen Beweis- und Befangenheitsanträgen der Verteidigung, dieser wurde jedoch vom Gericht abgelehnt. Rieger entblödete sich nicht, auf diesen Erfolg, die Ablösung der Staatsanwältin zu fordern. D.h. Rieger hat auch in Zukunft alle Möglichkeiten den Prozeß nach seinem Gutdünken zu gestalten. Ein Beispiel mit dem es Rieger immer wieder gelingt, den Prozeß zu verschleppen, war sein Antrag, den Prozeß in den Prozeßbunker nach Stuttgart-Stammheim zu verlegen, da er um seine Sicherheit und die der Angeklagten fürchtete. Anlaß dafür war ein Artikel in der Frankfurter Rundschau im Dezember 1992, in dem angeblich israelische Geheimdiensteinheiten Anschläge auf deutsche Neonazi-Führer ankündigten. Die Nicht-Verlegung des Prozesses war schließlich das Ergebnis einer zweiwöchigen Beratung des Gerichts. Desweiteren bot sich der niederländische Nazi Martyn Freling, der als Zeuge geladen war, an, eine Liste mit weiteren 140 möglichen ZeugInnen zu erstellen, auf die Rieger jederzeit zurückgreifen könnte.

Stand der Antifa-Demo-Mobilisierung:
Wir haben uns entschloßen, unabhängig vom Prozeß, eine bundesweite Antifa- Demo zu organisieren. Diese Entscheidung resultiert aus dem unabsehbaren Ende des Prozeßes, und der damit verbundenen Schwierigkeit, für etwas zu mobilisieren bzw. organisieren, was terminlich noch in den Sternen steht. Hinzu kommt noch, daß wir kein Bock mehr haben, den Faschos ständig hinterherzurennen, und zu reagieren. Wir wollen von uns aus in die Offensive gehen, und versuchen, 'unsere' Inhalte rüberzubringen.
Deswegen soll die Demo Ende Juni sein, egal ob der Prozeß noch läuft oder nicht. Außer der Demo sollen am selben Wochenende noch Infoveranstaltungen, Filme, Vokü und ein Fest/Disco stattfinden.

Einige inhaltliche Vorstellungen zur Demo:
Wir wollen die Demo inhaltlich nicht (auch aus den bereits genannten Gründen) ausschließlich auf den Prozeß ausrichten. Vielmehr sollen autonome linksradikale Inhalte vermittelt werden. Darin soll der Prozeß ein Schwerpunkt sein. Denkbar wäre ein Redebeitrag , der den Prozeßverlauf, welcher selbst innerhalb der bestehenden Gesetze ein 'Skandal' ist, thematisiert, und dabei aufzeigt, daß dies einmal mehr ein Beispiel für die bundesdeutsche Gesinnungsjustiz ist. Diese Justiz steht in einer historischen Kontinuität zu der im Dritten Reich. Die sog. 'Entnazifizierung' fand hier, wie in allen anderen gesellschaftlichen, staatlichen und ökonomischen Bereichen, nicht, bzw. nur zum Schein, statt. Faschistische Richter und Staatsanwälte wurden in das juristische System der neuen BRD integriert. Auch mit dem altersbedingten Ausscheiden dieser Nazi-Richter hat sich im Wesen der Justiz bis heute nichts geändert, denn die 'Rechtssprechung' ist weniger personell als strukturell bedingt.
Hierzu ein paar Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit: In München wurden zwei Antifas, die verdächtigt waren, stolzen Deutschen ein paar Fascho-Aufnäher von der Jacke gerissen zu haben, mehrere Wochen wegen 'Verdunkelungsgefahr' in Untersuchungshaft gehalten (sie sind wohl mittlerweile wieder draußen). In Mainz wird ein Antifaschist, der verdächtigt wird, Stunden vorher bei einer Auseinandersetzung mit Faschos der DA (Deutsche Alternative, die zwar als Partei verboten ist, aber trotzdem ungehindert in Anwesenheit von Bullen ein Treffen veranstalten konnten) beteiligt gewesen zu sein, während einer Straßenkontrolle festgenommen, und wird bis jetzt wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr' in U-Haft gefangengehalten. Im Mai 92 wurde Gerhard Bögelein zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, weil er angeblich 1947 einen ehemaligen Oberstaatsrichter und NS-Kriegsverbrecher erschlagen haben soll. Gerhard Bögelein war Mitglied der 'Lager-Antifa' im Kriegsgefangenenlager in Klaipeda (Ex-Sowjetunion). Genau das wurde ihm zum Verhängnis, denn laut Anklageschrift war die 'Antifa' eine "antifaschistische, d.h. kommunistische Agitations- und Aktionsorganisation". Bögelein sei, so die Richter, deshalb allgemein verantwortlich für den Mord. Mittlerweile ist er wegen Krankheit und offensichtlicher Haftunfähigkeit wieder draußen. Dies ändert aber nichts am Schuldspruch selbst (das Urteil wurde nicht aufgehoben, sondern ausgesetzt). Die Haftbedingungen und die Sondergesetzgebung für Gefangene aus RAF und

Widerstand sprechen für sich. In der Geschichte der BRD wurden Nazi-Verbrecher niemals so systematisch und erbarmungslos gejagt und verurteilt. Viele Ermittlungsverfahren, die gegen die Brandstifter und versuchten Mörder und Totschläger von Rostock eingeleitet wurden, sind mittlerweile (oftmals wegen 'mangelnder Beweise') wieder eingestellt worden. Der Prozeß in Eberswalde gegen die Mörder von Antonio Amadeou Kiowa endete mit einer Verurteilung auf 4 Jahre, gegen einen der Skins, die restlichen sind auf Bewährung draußen. In Frankfurt wurden 3 Antifas von 6 Skins verprügelt und in den Main geworfen. Einer der betroffenen Antifas lag bis vor kurzem noch auf der Intensivstation eines Krankenhauses. Dies war ganz klar ein Mordversuch. Die Skins, die anscheinend in der FAP organisiert sind, oder ihr zumindest nahestehen, entkamen in aller Ruhe per Auto. Sie wurden kurze Zeit später in Frankfurt gesehen, wie sie mit Leuchtspurmunition aus ihrem Auto schossen. Die Bullen ermitteln jetzt gegen autonome Zusammenhänge!

Diese Aufzählung ließe sich beliebig lange erweitern. Anhand der historischen Kontinuität und der angeführten Beispiele ist klar, daß die Justiz ein Ausdruck, bzw. die konsequente Aus- und Weiterführung der strukturellen Herrschaftslogik ist. Schon alleine deswegen, wäre es unsinnig, von diesem Staat und seiner Justiz, eine hohe Bestrafung von angeklagten Faschos zu fordern!

Ein weiterer Schwerpunkt sollte beim staatlich institutionellen Rassismus liegen. Zu oft reduziert sich Antifaschismus darauf den "Faschos auf der Staße was entgegenzusetzen" - wobei natürlich militantes Vorgehen gegen Faschos heute wichtiger denn je ist. Aber dabei darf es nicht stehenbleiben, wenn wir an den Verhältnissen etwas ändern wollen. Die epedemieartige Ausbreitung von Rassismus und Faschismus ist nur vor dem gesellschaftlichen Hintergrund versteh- und nachvollziehbar. Genau dieser Aspekt fällt bei uns aber oftmals unter den Tisch. Solange es uns nicht gelingt diese Problematik zu thematisieren und, noch wichtiger, eine Praxis dagegen zu entwickeln, bleibt unser Kampf reine Kosmetik. Die Braunen Horden sind dann vielleicht (vorübergehend) von der Bildfläche verschwunden, nicht aber der ganz 'normale' alltägliche Rassismus, mit dem AusländerInnen hier ständig konfrontiert sind. Außerdem werden die Nazis nur dann verschwinden, wenn die Herrschenden ihre Ziele erreicht haben: Die Durchsetzung ihrer noch rassistischeren AusländerInnenpolitik, die Abschottung nach außen und die Errichtung der deutschen Volksgemeinschaft. D. h. auch, daß die Faschos jederzeit wieder 'reaktivierbar' sind, wenn es für den Staat darum geht, unpopuläre Entscheidungen zu treffen, zum einen um ein gesellschaftliches Klima zu schaffen indem solche Entscheidungen dann als eine politische Notwendigkeit erscheint, zum anderen schlicht um von den wirklichen Problemen abzulenken, um sie dann in aller Ruhe und unbehelligt in ihrem Sinne zu lösen. Dazu gehört auch eine gründliche Aufarbeitung von Rassismus in den Medien. Wie werden rassistische Grundtendenzen in der Bevölkerung kanalisiert und verstärkt? Welche Mechanismen greifen ineinander, daß die Menschen die 'mediale Wirklichkeit' als die ihre betrachten und dementsprechend handeln? Deshalb könnten wir die Demo mit den "Medienrandale-Tagen" verbinden. Das sind bundesweite Aktionstage zu Rassismus in den Medien vom 23.5. - 2.6.93, bei denen vielfältige dezentrale Aktionen zum Thema laufen sollen.

Dies sind einige Punkte, von denen wir uns vorstellen könnten, sie auf dem Demo zum Thema zu machen. Wie das konkret aussehen kann, ist auch uns selber noch nicht ganz klar. Viel hängt auch davon ab, ob sich andere Städte vorstellen können dabei mitzumachen, und sich dementsprechend an der Vorbereitung miteinklinken. Wichtig ist uns noch, daß wir auf keinen Fall eine 0815-Demo haben wollen, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß sich die Inhalte eben doch nicht so gut vermitteln lassen wie wir es gerne hätten. Neue phantasievolle Aktionen sind gefragt. Wir würden uns freuen, wenn ihr bei euch darüber eine Diskussion anleiern könntet, und uns dann mitteilt, ob bei Euch Interesse an der Demo besteht, falls ja, wie eure Vorstellungen und Ansprüche daran sind. Wenn dabei schon konkrete Vorschläge entstehen, umso besser! Von der Resonanz hängt es für uns ab, ob wir die weitere bundesweite Vortreffen machen oder ob wir uns auf Süddeutschland beschränken! Also meldet Euch auf jeden Fall!!

Kontakt: 'AK-Bewegung',
ZFB
Uni Stuttgart,
Kepler Str. 17,
7000 Stuttgart 1,
Tel.:0711/12130-54,-53, Fax: 0711/1213567

Hier können auch die Prozeß-Infos der Faschos angefordert werden,(gegen 10DM) Es besteht von uns aus die Möglichkeit, Infoveranstaltungen (über den Prozeß, Hintergründe, Antifa-Mobilisierung etc.) in anderen Städten zu machen. Falls ihr Interesse habt meldet Euch bei der angegebenen Kontaktadresse (am besten schriftlich!)

Antifa-Prozeßgruppe Stuttgart

__Veranstaltung:__

Zur aktuellen Situation der ehemaligen DDR-Vertrags-arbeiterInnen

Veranstaltung zur aktuellen Situation der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen



Ginge es nach Herrn Seiters, so erhielten die ehemaligen DDR-Vertragsarbeiter/nnen nach dem 30. April 1993 zeitlich befristete Aufenthaltsbefugnisse.

Die Erteilung dieser Aufenthaltsbefugnis ist jedoch an so einschränkende Bedingungen gekoppelt, daß die Mehrheit der Vertragsarbeiter/nnen von dieser "Lösung" nur die sichere Abschiebung zu erwarten hat. So sollen z.B. nur diejenigen eine Aufenthaltsbefugnis bekommen, die einen Arbeitsplatz nachweisen können. Damit sind aber von vorne herein alle Vertragsarbeiter/nnen, die keine Arbeitserlaubnis bekommen haben, zur Abschiebung freigegeben.

Dieses Beispiel verdeutlicht, daß die Bundesregierung unter dem Vorwand, den Aufenthalt der ehemaligen Vertragsarbeiter/nnen endgültig und human zu regeln, ihre Abschiebung betreibt. Bis jetzt handelt es sich erst um einen Entwurf, der bereits heftig kritisiert wurde, u.a. von den Ausländerbeauftragten mehrerer Bundesländer und den Organisationen der Betroffenen selbst: Den Aufenthalt der Vertragsarbeitnehmer/nnen durch eine Aufenthaltsbefugnis abzusichern ist ein Schritt in die richtige Richtung. Verhindert werden muß jedoch, daß als Voraussetzung für den Erhalt der Aufenthaltsbefugnis Bedingungen formuliert werden, die viele Vertragsarbeiter/nnen nicht erfüllen können.

Noch ist es nicht zu spät!

Deshalb laden die Selbstorganisationen der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen gemeinsam mit Flüchtlings-Solidaritätsgruppen ein zu einer Veranstaltung am 13. März 1993 um 14 Uhr im Haus der Demokratie, Berlin-Mitte.

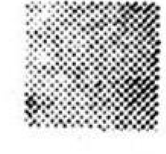
Zunächst werden die Hintergründe der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in einer knappen Einführung dargestellt. Anschließend wird in zwei Filmen die staatlich organisierte Vertreibung dargestellt: In *"Bruderland ist abgebrannt"* wird die Rückschickung vietnamesischer Vertragsarbeiter/nnen dokumentiert. Beklemmend

(...)

deutlich wird in diesem Film, daß den Menschen, die zum Teil bereits mehrere Jahre in der DDR gelebt und gearbeitet haben, keine Chance eingeräumt wurde, ihren Wunsch nach weiteren Aufenthalt zu verwirklichen.

In dem Film ***"Viele habe ich erkannt - Gedächtnisprotokoll eines mosambikanischen Vertragsarbeiters aus Hoyerswerda"*** werden die zu trauriger Berühmtheit erlangten Angriffe gegen Ausländer aus der Sicht eines mosambikanischen Vertragsarbeiters geschildert: In seinen Erzählungen werden die miserablen Wohn- und Arbeitsverhältnisse von Vertragsarbeitern im Braunkohlenabbau beschrieben. Hingewiesen wird auch darauf, daß der Kampf der Vertragsarbeiter um eine finanzielle Abfindung durch die ausländerfeindlichen Angriffe entschieden wurde, denn die meisten Betroffenen sahen sich danach gezwungen, aus Hoyerswerda zu flüchten. Im Anschluß an die Filme besteht die Möglichkeit, mit den anwesenden Filmemacher/Innen und den am Filmprojekt beteiligten Vertragsarbeiter/Innen zu sprechen.

Im abschließenden Redebeitrag werden die aktuelle Situation der noch hier lebenden ehemaligen Vertragsarbeiter/Innen dargestellt und die jüngsten Regierungsvorschläge zur Regelung des weiteren Aufenthaltes auf Widerruf auf der Grundlage einer "Aufenthaltsbefugnis" kritisiert. Grundlage für die abschließende Diskussion ist die Frage, wie die Forderung nach einem endgültigen und sicheren Bleiberecht durchgesetzt werden kann.



Vertragsarbeiter/Innen fordern ihr Recht zu bleiben!

Im Oktober 1989 lebten auf dem Gebiet der DDR ca. 100.000 Vertragsarbeiter/Innen, die im Rahmen zweiseitiger Regierungsabkommen der DDR mit "sozialistischen Bruderländern" angeworben und ohne Mitspracherecht nach den Vorgaben der Wirtschaftsplanung eingesetzt wurden. Sie hatten auf die Gestaltung ihrer Arbeitsverträge, die auf drei bis fünf Jahren befristet waren, keinen Einfluß. Vorgesehen war darin zum Beispiel ein monatlicher Lohnabzug von bis zu fünfzehn Prozent, der für den Aufbau des Heimatlandes zwangsentrichtet werden mußte. Ihnen war die Gleichstellung mit inländischen Arbeitnehmern und Wohnraum zugesichert sowie eine Betreuung durch Beauftragte der Betriebe vorgesehen.

Die Wirklichkeit sah jedoch ganz anders aus: Die Arbeiter/Innen wurden in Wohnsilos, getrennt von ihren deutschen Arbeitskolleg/Innen untergebracht. Sie wurden ständig beaufsichtigt. Ihre Ausgehzeiten und Besuche wurden strengstens kontrolliert. Zu viert mußten sie sich ein 20qm großes Zimmer teilen. Alle ausländischen Arbeiter/Innen lebten unter der ständigen Bedrohung, bei "Fehlverhalten" sofort in ihre Heimatländer zurückgeschickt zu werden. Schwangere



Ein Ausbildungstag ist zu Ende: die jungen Moçambiquaner und ihr Freund Bürgermeister Heinz Janischel

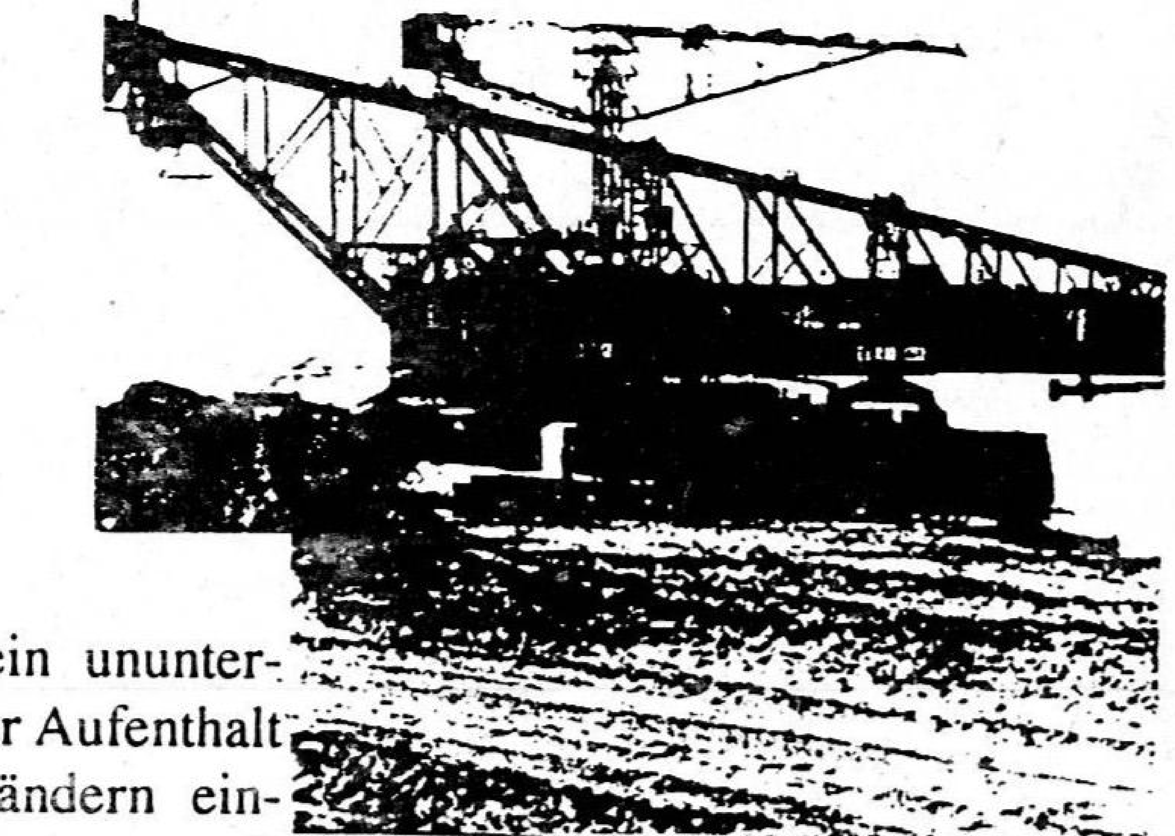
Frauen wurden sofort entlassen oder zur Abtreibung gezwungen. Die staatlich erklärte "Internationale Solidarität" galt nicht für die eigenen VertragsarbeiterInnen: Sie hatten die niedersten und gesundheitsgefährdensten Arbeiten zu verrichten.

Diese reduzierte Behandlung von Menschen in ihrer bloßen Bedeutung als Arbeitskraft setzt sich auch im Nachfolgestaat der DDR fort: Heute werden sie abgeschoben, obwohl sie zum Teil bereits mehrere Jahre in Deutschland leben, sich hier eine Existenz aufgebaut haben und bei einer Rückkehr in ihre Herkunftsländer mit großen Problemen rechnen müssen. Gleichzeitig werden durch Werkvertragsvereinbarungen zeitlich befristete Beschäftigungsmöglichkeiten für osteuropäische FacharbeiterInnen geschaffen, die eine effektivere und profitablere Rotation der Ware Arbeitskraft ermöglichen als eine dauerhafte Zuwanderung.

Im Augenblick leben hier noch etwa **15.000 ehemalige VertragsarbeiterInnen. Sie fordern ihr Bleiberecht.** Für ehemalige VertragsarbeiterInnen aus Mosambik und Angola bedeutet die Rückkehr die Rückkehr in ein krisengeschütteltes Land, in dem Kriegsparteien rücksichtslos und gewaltsam Soldaten rekrutieren, wo immer sie sie finden. VertragsarbeiterInnen aus Vietnam droht bei ihrer Rückkehr eine Bestrafung, weil sie nach Ablauf ihrer Vertragsfristen nicht unverzüglich zurückgekehrt sind; außerdem befürchten viele, die hier Lebensgefährten gefunden und Kinder bekommen haben, daß sie nach der Rückkehr sozial isoliert und abgelehnt werden.

Dem Vorschlag der Bundesregierung zur Regelung des Aufenthalts von ehemaligen VertragsarbeiterInnen liegt im Kern die Einsicht zu Grunde, daß die VertragsarbeiterInnen nach langjähriger Anwesenheit in Deutschland nicht ohne weiteres abgeschoben werden können. Deshalb soll die Erteilung der in Aussicht gestellten Aufenthaltsbefugnis mit Bedingungen verbunden werden, deren Nichterfüllung zur Abschiebung führt.

Wir fordern alle auf, die sich für das Bleiberecht der Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter engagieren und für eine realistische Lösung eintreten, die den Betrofffenen das Recht auf Selbstbestimmung sichert, **sich jetzt in die Diskussion einzumischen. Schließen Sie sich den Forderungen für eine aufenthaltsrechtlich sinnvolle Lösung an.**



(...)
Vorausgesetzt wird zum Beispiel ein ununterbrochen rechtmäßiger oder geduldeter Aufenthalt seit der Einreise in den neuen Ländern einschließlich in Berlin; das Vorliegen eines Aufenthaltstitels und einer Arbeitserlaubnis zum Zeitpunkt der erstmaligen Vergabe der Aufenthaltsbefugnis; der Nachweis über ein eigenes

ausgebeutet.

Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Durch diese Kriterien werden alle ausgeschlossen, denen auf Grund der restriktiven Haltung einzelner Ausländerbehörden oder Bundesländer willkürlich eine Duldung zeitweise verweigert wurde; die wegen fehlender Aufenthaltserlaubnis keine Arbeitserlaubnis haben; und die wegen fehlender Arbeitserlaubnis kein legales Einkommen nachweisen können. Kurz: **Es werden damit Bedingungen formuliert, die zu erfüllen durch die bisherige Politik verhindert wurden.**

Dagegen fordern wir, daß die VertragsarbeiterInnen eine rechtliche Absicherung ihres Aufenthaltes ohne juristische Haken und politische Ösen erhalten.

Wir werden niemals damit einverstanden sein, daß Menschen nach Bewertung ihrer wirtschaftlichen Nützlichkeit hergeholt, ausgebeutet und schließlich wieder abgeschoben werden.

Wollen Sie unsere Forderungen unterstützen, können Sie das ***Initiativbündnis für die Sicherung des Bleiberechts ehemaliger DDR-VertragsarbeiterInnen*** wie folgt erreichen:

Haus der Demokratie ☎ (030) 229 13 96
Kultur ist plural ☎ /Fax (030) 525 12 68
BI Ausländische Mitbürger/innen
und s.f.a.b. ☎ /Fax (030) 454 12 53



Die Situation der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen

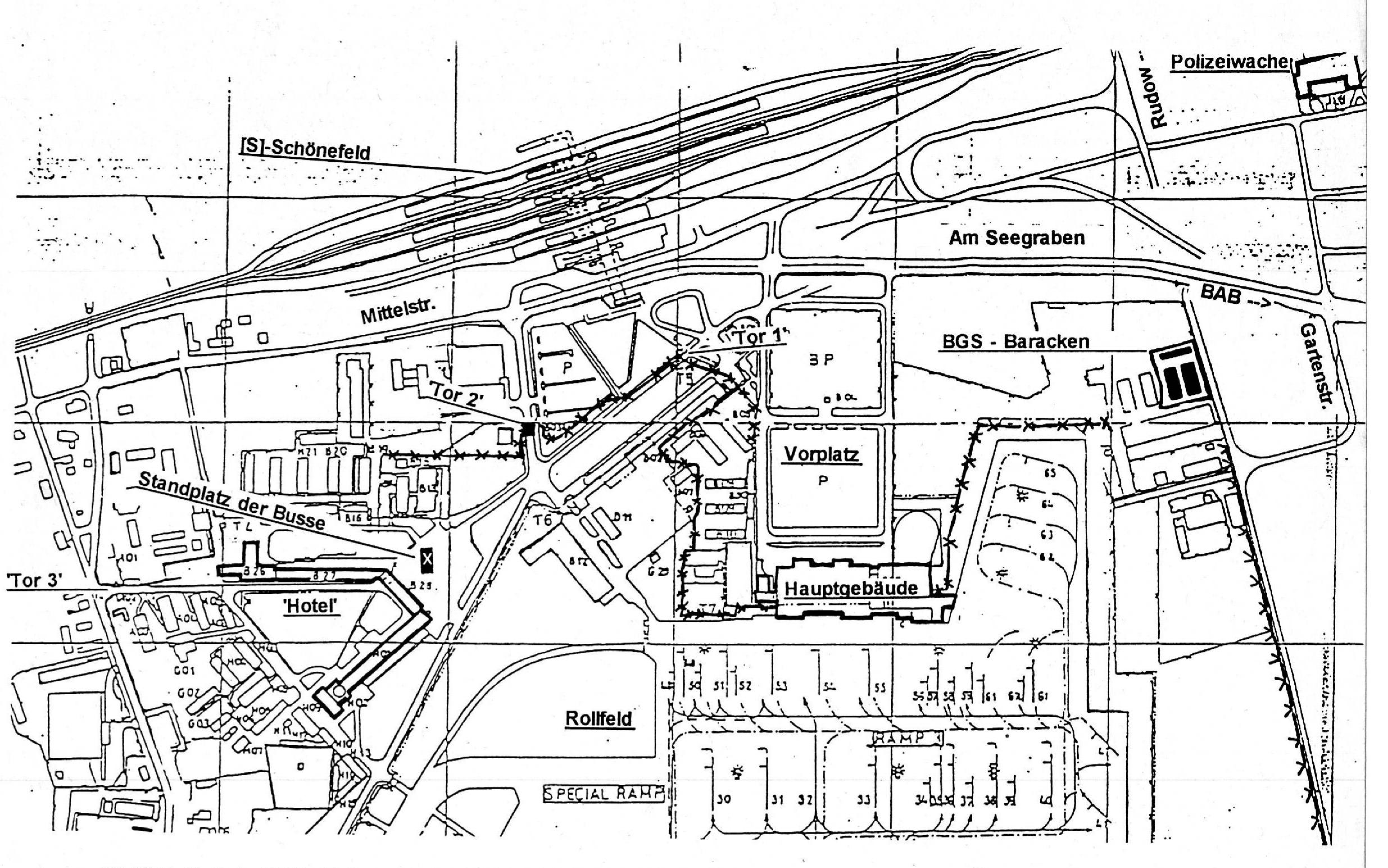
Einleitung: Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte durch staatliche Behörden

Videoprojektionen:
Viele habe ich erkannt
Gedächtnisprotokoll eines mosambikanischen Kontraktarbeiters aus Hoyerswerda
Bruderland ist abgebrannt
Die Rückschickung der vietnamesischen VertragsarbeiterInnen

Information: **Zum aktuellen Stand der aufenthaltsrechtlichen Situation der VertragsarbeiterInnen**

Diskussion: **Zur Durchsetzung der Forderung nach einem endgültigen und sicheren Bleiberecht**

26.3. um 19 Uhr
Cafe Grenzenlos im BAZ
Oranienstr. 159



DIE MASSENABSCHIEBUNGEN NACH RUMÄNIEN

Seit Anfang November '92 hat die BRD allein im Rahmen des sogenannten 'Rückführungsabkommens' mindestens 7500 Menschen nach Rumänien abgeschoben. Die Ungeheuerlichkeit dieser Zahlen wird nur noch durch die Art und Weise übertroffen, wie die Abschiebungen vor sich gehen.

Bis zum 26.Januar wurden 3000 Menschen auf dem Luftweg außer Landes geschafft[1]. Seit diesen Tagen jedoch eskalieren die Deportationen von Schönefeld erst:

Seit dem 29.1.93 finden dort (mit nur zwei Unterbrechungen) **täglich** Massenabschiebungen statt. Sie finden ihren bisherigen Höhepunkt am 15. Februar: An diesem Tag wird neben einer TUPOLEW 154 noch eine weitere Maschine benötigt, um insgesamt 237 Menschen gegen ihren Willen abzutransportieren. Am Tag darauf muß bereits der 5000. Flüchtling die Maschine nach Bukarest bestiegen haben. Allein im Februar finden 3215 Abschiebungen statt. Bis zur ersten Märzwoche werden etwa 115 Menschen pro Tag in die gecharterten Maschinen gesetzt. In diesen Tagen bekommen Presse und antirassisstische Gruppen erstmals Zugang zu den Flüchtlingen. Seit dem sind es allem Anschein 'nur noch' etwa 40 Menschen pro Tag, die im Laufe des Nachmittags mit BGS-Bussen auf das Flughafengelände gefahren werden, um Abends ausgeflogen zu werden.

Wie gehen die Abschiebungen vor sich ?

Jeden Vormittag fahren BGS-Busse hauptsächlich die Grenzregion ab und nehmen eingefangene rumänische Flüchtlinge auf. Wenn der Umfang des 'Tagesfangs' feststeht, wird die Anzahl der zu Depotierenden nach Bukarest, an die Charterfluggesellschaft JARO-International und vermutlich an Regierungsstellen, übermittelt. Während die Busse nach Schönefeld fahren, startet in Bukarest eine leere Maschine - vom Typ ANTONOW bei bis zu 50 Personen, eine ILLUSCHIN 18 für bis zu 100 Personen. Für größere 'Schübe' werden meist TUPOLEW's 154, gelegentlich auch BOING 707 benutzt.

Die Busse treffen im Laufe des Nachmittags in Schönefeld ein, wo sie über die Mittelstr. (Höhe S-Bahnhof) auf einen jetzt anscheinend vom BGS[2] benutzten ehemaligen Hotelkomplex fahren, der westlich des Flughafen-Hauptgebäudes liegt und ans Rollfeld angrenzt.[3] Der

BGS läßt die Flüchtlinge zunächst im Bus sitzen, später werden sie dann zu Warteräumen im Verwaltungsbereich des Flughafen-Hauptgebäudes gefahren.[4] Dort werden sie notdürftig verpflegt und warten auf die Abschiebung. Es werden sowohl unbegleitete Kinder als auch Flüchtlinge ohne Papiere abgeschoben. Die Maschinen mit den Abgeschobenen starten zwischen 20.oo und 22.oo Uhr von Rampe 3.

Der BGS der 'Grenzschutzstelle Schönefeld' (Leiter: Ralf Pistor) ist um 'Korrektheit' bemüht und gibt sich bisher relativ offen, nach dem Motto: 'Schaut, wir haben nichts zu verbergen...'. Allerdings verhalten sich die BGS'ler auch sehr unterschiedlich. In Schönefeld sind sie nur für die Abschiebungen zuständig, wie die zustande kommen, wird anderswo entschieden.

Die Mehrzahl der Deportierten werden direkt an der Grenze zu Polen oder der Tschechei abgefangen, nur 10% sind abgelehnte Asylsuchende. ***Alle anderen* haben angeblich keine Asylanträge gestellt**. Was sich hinter dieser so unglaublich wie lapidaren Auskunft verbirgt, lässt sich bisher nur erahnen: Flüchtlinge berichten, sie hätten (an der Grenze) sehr wohl Asylanträge gestellt und auch *etwas* unterschrieben. Viele von den Flüchtlingen werden mit der barschen Auskunft *"Asyl gibt's nicht"* abgefertigt. Eventuell werden ihnen bei dieser Gelegenheit auch Einverständniserklärungen zur Rückführung zur Unterterschrift vorgelegt. Begründet mit 'Rückführungskosten' werden ihnen offenbar auch Geld und Wertsachen abgenommen, wobei noch nicht einmal gesichert ist, daß sie dies quittiert bekommen. Journalisten gegenüber berichteten sie außerdem von Mißhandlungen: Fußtritte und Schlagstockeinsatz sind keine Seltenheit.[5]

1. Bundestagsdrucksache 12/4312; 62 Menschen wurden in dieser Zeit auf dem Landweg abgeschoben.

2. Am Flughafen Schönefeld sind wahrscheinlich 400 BGS'ler stationiert. Neben dem ehemaligen 'Hotel' nutzen sie noch einen Stasi-mäßig gesicherten, kleineren Barackenkomplex an der Nord-West-Ecke des Flughafens. (Gartenstr.) Das gesamte Flughafengelände (auch die öffentlich zugänglichen Bereiche) fallen in den Zuständigkeitsbereich des BGS.

3. Das Gelände ist abgezäunt und hat mindestens drei Zufahrten: Tor 1 zwischen S-Bahnhof und Flughafenvorplatz wird nicht benutzt, Tor 2 dient als Hauptzufahrt, über Tor 3 kann das Areal von Westen her angefahren werden.

4. Nach bisherigen Erkenntnissen gibt es keine gesonderten Baracken oder sonstige Räume, in denen die Flüchtlinge zwischendurch untergebracht werden. Ein BGS-ler sorgte sich um den Fall, daß mal ein Flug ausfiele: Die Menschen müssten dann wahrscheinlich im Bus oder PKW übernachten.

5. taz 13.3.93, Annette Großbongardt/AFP.

STOPPT DIE MASSENABSCHIEBUNGEN NACH RUMÄNIEN !

Bündnis gegen Abschiebungen 22.3.93

Flughafen Schönefeld entwickelt sich zur Drehscheibe für Massenabschiebung ND 17.03.'93

Festung Deutschland: Bukarest ohne Rückflug

Für den Jaro-Flug 146 nach Bukarest, 21.00 Uhr ab Berlin-Schönefeld, gibt es keine Tickets am Schalter. Die Bordkarten, die zum Einstieg zwingen, werden vom Bundesgrenzschutz (BGS) verteilt. Die Maschine ist von der Bundesregierung gechartert, um illegal eingereiste Rumänen in ihre Heimat „zurückzuschieben", wie es im Amtsjargon heißt. An diesem Abend ist es nur ein kleines Häuflein von etwa 25 Rumänen.

Sie wollen in ihrem „Scheißland" nicht mehr leben, sagt der 19jährige Lucian. Doch die Bukarester Regierung hat mit ihrer Unterschrift unter das „Rückübernahmeabkommen" mit Deutschland für ein rasches Ende der Ausbruchsversuche ins reiche Deutschland gesorgt. Mehr als 6000 „Illegale" wurden seit dem Inkrafttreten am 1. November über Schönefeld ausgeflogen, mehrere tausend über Frankfurt/Main und München. Die überwiegend jungen Männer haben eine kurze, schlaflose Nacht hinter sich, nachdem ihr Fluchtabenteuer an Brandenburgs Grenze zu Polen in Scheinwerferlicht und Hundegebell endete. Belegte Brötchen und Fanta im Flughafen-Warteraum, das ist alles, was sie von dem Land, in dem sie satt werden wollten, mitnehmen.

An manchen Tagen sind es bis zu 180 ärmlich gekleidete Menschen, die von den BGS-Beamten in Schönefeld routiniert abgefertigt werden. Asyl haben sie an der Grenze nicht begehrt, wie Pistor versichert – das ist die Voraussetzung für ihre schnelle Abschiebung. Ursprünglich sollte durch den Vertrag mit Rumänien die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber forciert werden. Doch in den Flugzeugen sitzen überwiegend Einwanderer, die direkt an der Grenze aufgegriffen wurden. Nur zehn Prozent sind „Abgelehnte".

Humanitäre Organisationen befürchten nun, daß in dem Schnellverfahren auch solche unter die Räder kommen, die tatsächlich Asyl suchen. In der Sozialstation des Flughafens, die vom Diakonischen Werk unterhalten wird, sind die Helfer „schwer beunruhigt" angesichts der Massenabschiebungen. Erst vor wenigen Tagen hatten sie mit dem Fall einer 27jährigen, schwangeren Rumänin zu tun, die nach dem illegalen Grenzübertritt in Frankfurt/Oder Geburtswehen bekam. Während sie ins Krankenhaus eingeliefert wurde, schickte man ihren Mann und eine kleine Tochter sofort zurück. „Man hat ihr gesagt, es gebe kein Asyl", berichtet die Sozialarbeiterin Oelsen-Komets.

Die Vertretung des UN-Flüchtingskommissariats in Bonn prüft derzeit solche bislang vereinzelten Vorwürfe von Rumänen. Bei einem Besuch in Schönefeld habe man einen „beklemmenden" Eindruck bekommen, rechtlich gebe es derzeit aber „keinen Anlaß zur Beanstandung" des Verfahrens, betont ein UN-Sprecher. *(AFP/ND)*

Zur Diskussion:

Damit ihre Meinungen und Probleme den Rechtsstaat nicht in Zweifel ziehen können, werden diese als »Jugendproblem« abgetan. Unter diesem Aspekt werden natürlich auch die Angriffe auf AusländerInnen und Andersdenkende, die von den Rechten ausgehen, nicht als politisches ...ehen, sondern als ein soziales. Die Sozialisierung ist Schuld an diesen nationalistischen, rassistischen und faschistischen Angriffen der rechten Jugendlichen. Wodurch wird die Sozialisierung in Deutschland geprägt? Nicht doch etwa durch die Politik unserer Politiker. Wenn alles unter einem sozialen und psychologischen Blickwinkel gesehen wird, läßt sich vielleicht nach außen auch eher etwas dagegen machen. Außerdem: warum sollte auch politisch etwas dagegengehalten werden. Es werden ja nur Menschen angegriffen und nicht der Staat. Und vor allem die, die er sowieso lieber von hinten sieht.

So wird die Ausländerfeindlichkeit, der Rassismus, der Nationalismus, der Faschismus, der Sexismus und das Herrenmenschendenken, das von rechten und rechtslastigen Jugendlichen propagiert wird, nicht als politisch sondern als soziales Problem gehandhabt. Mit dieser Handhabung geht es eher darum, pädagogische Lösungen zu finden, als sie politisch ernst zu nehmen.

Einzelne Beispiele »schlechter Sozialisierung« werden für eine ganze Bewegung, die als Jugendbewegung gesehen wird, als Recht fertigung benutzt. Gerade wenn es um Gewalt als Aussagekraft geht, werden Beispiele genommen, wo Jugendliche aus Arbeiterfamilien oder geschiedenen Elternhaus kommen und somit sowieso eine schlechtere Grundlage hätten. Damit werden bestimmte Klischees aufrecht erhalten. Da ja in den Familien oft verbale Auseinandersetzungen nicht möglich seien, herrsche hier noch eher das Faustrecht. Mit solchen politischen und sozialen Einschätzungen werden Familien und Jugendliche diffamiert. Obwohl es ja gerade bei den Fascho-Kadern doch eher so ist, daß sie aus bürgerlichen Familien kommen und oft nicht allein mit ihrer politischen Überzeugung stehen.

Auf diese Weise läßt sich auch sozialpolitisch arbeiten. Die Kämpfe der ErzieherInnen für bessere Bedingungen für sich und die Kinder, die Zusicherung vom Aufbau neuer Kitas wurde und wird zurückgestellt. Stellen werden im Sozialbereich abgebaut, Gelder werden bei der Sozialhilfe eingespart. Aber ein Millionenfond für die Arbeit mit »rechten« Jugendlichen wird eingerichtet. Wofür? Um zu zeigen: es wird was gemacht im Sozialbereich. Die Gewalttäter von der Straße zu holen und ihnen Jugendzentren – nur für Deutsche – zur Verfügung zu stellen. Wo ist der multikulturelle Anspruch der SozialarbeiterInnen geblieben, der in den letzten Jahren so modern war?

Rechtsradikalismus als »Sozialfall«

Um sich nicht politisch mit der Gewalt der rechten Jugendlichen auseinanderzusetzen, werden für sie Möglichkeiten verschafft, deutschnationale Ansprüche in Jugendzentren hinein zu tragen. Das heißt für uns nicht, daß alle Projekte schlecht sind. Wir wissen, daß es auch einige gute gibt. Aber es geht um die Politik, die der Staat macht, und die von den SozialarbeiterInnen und von der Gesellschaft meist unreflektiert vertreten wird.

Was würde es für Kraft kosten, Jugendliche ernst zu nehmen, sie so zu behandeln, wie jeder selbst behandelt werden will. Andere Ansichten zu haben, diese den Jugendlichen verstehen zu geben, ohne sich dabei zu verkaufen. Es können unterschiedliche Meinungen bestehen und trotzdem nimmt man sich ernst. Doch wenn man sich einige Projekte ansieht und die Sozialarbeiter betrachtet, drängt sich die Frage auf, ob sie nicht teilweise dieselbe politische Vorstellung haben wie Teile »ihrer« Jugendlichen.

Das Problem liegt darin, daß das Konzept nur auf Gewaltprävention beruht, was bedeutet, die Gewalt, die die rechten Jugendlichen ausüben, soll abgebaut werden. Da ist es kein Wunder, daß es als Erfolg gesehen wird, wenn die rechten Jugendlichen statt Doc's nur noch Turnschuhe anziehen und sich angepaßter geben, aber hintenrum organisiert sind und ihre Propaganda weitergeben. Und die liberalen SozialarbeiterInnen sind davon überzeugt, das Richtige gemacht zu haben, nur weil jene nicht mehr so gewalttätig auftreten.

Unserer Meinung nach sollten SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen, die im Jugendbereich arbeiten, ein regelmäßiges Forum haben, damit ein Austausch unter den SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen entsteht. Mit einem regelmäßigen Austausch können bestimmte Schwierigkeiten umgangen werden. Wie zum Beispiel, daß bekannte Faschisten als Ehrenamtliche, Honorarkräfte oder sogar ABM-Kräfte arbeiten können. Ist es bekannt, daß einer ein offen auftretender Faschist ist, kann es auf diesem regelmäßigen Forum weiter gegeben werden. Damit kann verhindert werden, daß dieser in Jugendzentren Arbeit bekommt. Weiterhin müssen Diskussionen über faschistische Politik und bestehende Fascho-Stukturen geführt werden. Diese können nicht nur einmal als Fortbildung laufen, sondern müssen in die tägliche Arbeit integriert werden. Das bedeutet, daß der Senat dieses auch ermöglichen muß, indem er mehr Stellen bewilligt. Weiterhin sollten festgelegte Regeln in den Jugendprojekten bestehen, die vielleicht sogar projektübergreifend angewendet werden. Eine solcher Regel wäre unserer Meinung nach z.B., daß keine organisierten Faschisten in den Einrichtungen geduldet werden. Nicht als Mitarbeiter, egal ob ehrenamtlich oder fest angestellt. Nicht als Jugendliche, sobald ihre Position deutlich wird und es feststeht, daß sie in bestehende Fascho-Stukturen eingebunden sind. Außerdem dürfen Jugenzentren nicht die politische Propaganda der Faschisten unterstützen, indem sie ihnen Räume zur Verfügung stellen. Es muß darauf geachtet werden, daß kein Propagandamaterial verbreitet wird.

Das bedeutet auch eine offene Auseinandersetzung mit den Jugendlichen. Bei diesem Punkt kommen wir zu den Umgang mancher SozialarbeiterInnen. Teilweise wird die These vertreten: Um an die rechten Jugendlichen heranzukommen, müssen wir uns auf ihre Ebene einlassen. Das kann verschieden ausgelegt werden. Es kann heißen, daß mensch zu ihnen geht und Angebote macht, um auch eine Nähe zu bekommen. Das kann aber nicht heißen, daß SozialarbeiterInnen mit zur Fußballrandale gehen oder sogar Angriffe auf anders Denkende evtl. auch Flüchtlingsheime mitmachen. In den Fällen fragen wir uns schon,was in den Köpfen dieser SozialarbeiterInnen vorgeht. Es ist eine Selbstaufgabe, wenn nur des Zwecks wegen die eigenen Ansprüche vergessen werden. Wenn eine ehrliche und ernstzunehmende Auseinandersetzung mit den Jugendlichen stattfinden soll, müssen die SozialarbeiterInnen ihre Position auch vertreten können.

»Wir sind die Schärfsten« – eine Kritik an der Linken

Den Linken müssen wir nahelegen, daß sie sich mit den bestehenden Projekten auseinanderzusetzen haben. Denn nicht alle Projekte und Einrichtungen, die von »Glatzen« besucht werden sind Fascho-Projekte. Drum prüft intensiver nach, bevor ihr urteilt.

Es ist an sich schlimm, daß Nazis erzwingen können, daß Discos entweder eingestellt/niedergebrannt werden müssen, weil sie von Rassisten und Faschisten dominiert werden, oder aber, daß ihre Dominanz akzeptiert wird und sie die Regeln aufstellen. Unsere Politik muß sich darauf ausrichten, dieses »entweder-oder« aufzubrechen.

Auch wenn es im Einzelfall keine andere Lösung gibt - im Prinzip ist es ein Widerspruch zu linken Ansätzen, Jugendzentren zu zerstören statt sie aufzubauen.

In der Auseinandersetzung mit Jugendzentren, die von Rechten besucht werden, fordern wir daher von AntifaschistInnen eine ganz besonders gründliche Diskussion und Auseinandersetzung. Der erste Schritt muß dabei immer sein, sich genau zu informieren, was im Jugendzentrum passiert. Das Gespräch mit den dortigen MitarbeiterInnen sollte zuerst gesucht werden, um zu sehen, ob sie überhaupt Bescheid wissen, was bei ihnen passiert, ob sie ein vernünftiges Konzept haben oder ob es irgend eine Lösung für die Konflikte gibt.

In unmittelbarer Nachbarschaft eines Friedrichshainer BesetzerInnen-Cafés kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit den rechten Gästen eines Clubs. Die erste Idee war, die Jugendlichen zu vertreiben. Dann wurde das Gespräch mit den MitarbeiterInnen des Clubs gesucht. In den folgenden Wochen besuchten AntifaschistInnen regelmäßig den Club. Schon bald kam es zum entscheidenden Konflikt mit den Scharfmachern. Es war mittlerweile allerdings auch möglich, zu unterscheiden, wer diese sind. Es gelang, sie herauszudrängen. Die anderen Gäste sind damit nicht zu Linken geworden. Aber die Bedrohung ist weg, der Club ist vorhanden, und es wurde versucht, mit den Jugendlichen regelmäßig Kontakt zu halten. Leider schläft dieses Projekt bereits wieder ein. Es hätte Ansatzpunkt für eine linke Jugendarbeit seien können, wenn mehr Linke es verantwortlich als ihr Projekt betrachtet hätten.

Sollte der Friedrichshainer Club einmal geschlossen werden, so liegt hier eine echte Chance, mit seinen BesucherInnen gemeinsam um ihn zu kämpfen. Und in diesem Kampf könnte der eine oder andere heute rechte Jugendliche linke Alternativen entdekken.

Wir erwarten von der Diskussion um Jugendarbeit, die wir mit diesem Artikel anregen wollen, Kriterien zu entwickeln dafür, wann ein Projekt nicht mehr tolerierbar ist, wann also eine politische Konfrontation damit unausweichlich ist. Und wir erwarten, daß zwischen faschistischen Drahtziehern, rechten Mitläufern und Unbeteiligten unterschieden wird. Ebenso erwarten wir, daß AntifaschistInnen

sich über die Vorstellungen und Konzepte der Projektleitung informieren.

Innerhalb der Linken bestehen keine Überlegungen für Jugendliche, interessant zu werden, damit die Linke weiter bestehen kann und auch »Nachwuchs« dazu kommt. Ein nachahmungswürdiges Beispiel ist die Villa Straußberg, die regelmäßig Konzerte und Feten macht. Dadurch ist sie ein wichtiger Ort für die Jugendlichen in der Umgebung geworden und wird auch genutzt.

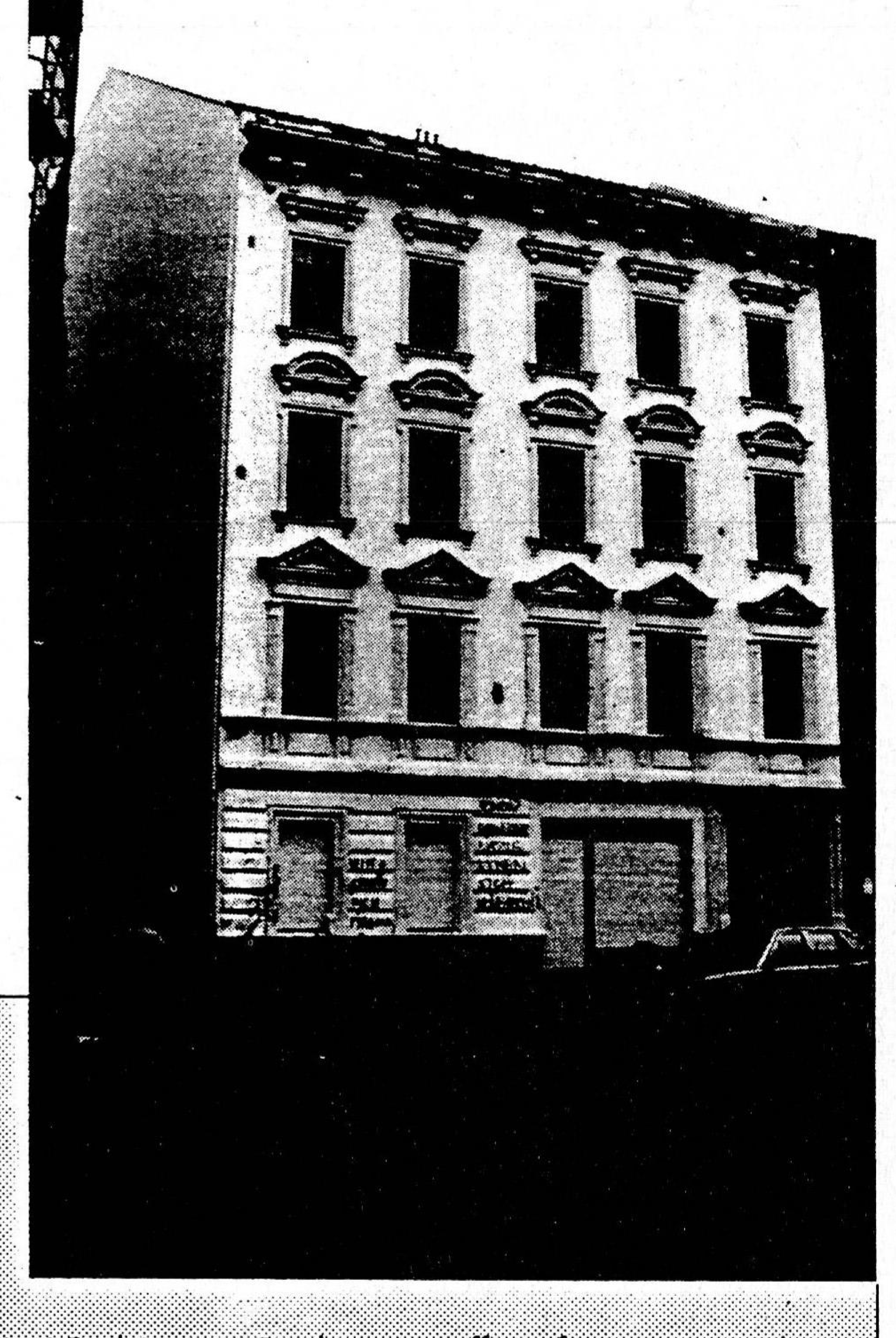
Die Linke tritt oft als arroganter und ignoranter Haufen auf. Es stehen Ansprüche im Raum die kaum eine/r selber erfüllen kann oder will. Wir wollten anders sein als der Rest der Gesellschaft, was ist daraus geworden?

Die Leute sitzen in ihren (wenn überhaupt) »erkämpften Freiräumen«, den ehemals besetzten Häusern und sind dabei, sich selbst zu isolieren: »Kreuzberg ist tot, es lebe Kreuzberg«. Weiter geht es mit der Selbstgettoisierung. Nur ist es jetzt nicht mehr Kreuzberg, sondern kleinere Nischen. Wir müssen aus unserer Isolierung raus. Auf der Straße sollten wir sein, nicht nur bei Demos sondern um ansprechbar zu sein und Möglichkeiten zu schaffen um mit anderen ins Gespräch zu kommen. Nur wenige der »besetzten« Häuser sind so in der Nachbarschaft integriert, daß es unangenehm auffallen würde, wenn sie weg wären. Ist das der Sinn unserer Politik? Was ist mit der Offenheit unsere politischen Vorstellung zu verwirklichen und so andere von unserem Tun zu überzeugen? Diese Offenheit gibt es nicht, weil alle überzeugt sind, daß wir »besser« sind. Warum sollten wir irgend jemandem zuhören? Denn nur wir wissen die Wahrheit. Es ist nicht verwunderlich, wenn wir nicht ernst genommen werden, denn wen nehmen wir ernst ? Wie kann auch jemand ernst genommen werden, wenn ihm keiner zuhört. Wenn es nicht mal unter uns klappt, ist jeder Abspruch nach außen viel zu hoch.

In der Linken besteht ein Wissensmonopol. Wir wagen es nicht, unser Unwissen zuzugeben, aber auch niemand kommt auf die Idee sein Wissen weiterzugeben. Andererseits wird belehrend mit Menschen umgegangen, egal ob Jugendliche, AusländerInnen oder OstlerInnen. Keiner kommt auf die Idee, daß wir etwas von anderen dazu lernen könnten.

Wir müssen versuchen, aus unserem selbstgebauten Käfig raus zu kommen. Es müssen Möglichkeiten geschaffen werden bzw. bestehende genutzt werden, um öfter zusammenzukommen. Wir müssen uns bei unserer Kritik alle mal selbst in die Tasche schauen Kritik annehmen und versuchen, die kritischen Punkte zu verbessern. Alle sollten mehr auf ihre Umwelt achten, um die Probleme zu verstehen, die die Menschen außerhalb unseres Dunstkreises haben.

»Heinisch«-Projekt Pfarrstraße 111



PFARRSTRASSE 111

Das umstrittene Projekt von Michael Heinisch ist zum 30.1.'93 ausgelaufen.

Mit Jugendlichen aus dem Lichtenberger Kiez hat Heinisch zwei Jahre lang ein Haus in der Pfarrstr. renoviert. Umstritten war das Projekt, weil er zu Beginn versuchte, drei Personen aus dem Führungskader der Nationalen Alternative durch dieses Projekt aus der Nazi-Szene herauszukriegen. Nicht nur von Linken wurde Heinisch kritisiert, weil sein Konzept stellenweise unklar war, weil er sich quasi alleine mit dem Projekt beschäftigte und den Nazi-Kadern ziemlich naiv gegenüber trat. Eine geschlossene Gruppe von Faschisten durch ein solches Projekt aus der Szene zu lösen, ist chancenlos.

Durch die regelmäßige Anwesenheit führender Nazi-Kader in unmittelbarer Nachbarschaft von linken, besetzten Häusern, die schon in der Vergangenheit immer wieder angegriffen wurden, kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen. Da Heinisch trotz der Kritik die Nazi-Funktionäre weiter beschäftigte, wurde im Gebäude Feuer gelegt.

Heinisch schmiß die drei bekanntesten organisierten Faschisten - F.Lutz, I.Hasselbach-Pfannschmidt und H.Baumert schließlich aus dem Projekt. Noch im August '92 arbeiteten aber mindestens drei organisierte Faschisten in der Pfarrstr.111. Sie wurden dann im Herbst auch rausgeschmissen.

Ende '92 wurde Heinisch in Kreuzberg zusammengeschlagen. Wir halten das für ein völlig falsches Vorgehen. Heinisch mag naiv und unkritisch gewesen sein, er ist aber mit Sicherheit selber kein Faschist. Angriffe auf seine Person können nicht unsere Politik sein, selbst wenn wir sein Konzept kritisieren.

Anläßlich der Beendigung des ersten Pfarrstr.-Projektes hat Heinisch sein damaliges Vorgehen erklärt und selber kritisiert. Das sollten wir anerkennen.

Das Projekt, das er nun in der Pfarrstr.111 betreuen will, hat einen vielversprechenden Ansatz: Betreutes Wohnen für Trebekinder und -jugendliche aus dem Kiez. Personelle Überschneidungen mit den alten Pfarrstr.-Leuten gibt es nicht. Wir sollten Heinischs Projekt eine echte Chance geben.

wir haben in der nacht vom 16.3.93 einen treffpunkt rechtsextremer in immenhausen durchsucht und hoffen dass unser brandsatz funktioniert hat und die hütte eine eindrucksvolle lichterkette geworden ist. dabei haben wir versucht jede mögliche gefährdung von menschen auszuschliessen.

wir sahen uns zu dieser aktion gezwungen da es nicht zu ertragen ist dass auf der einen seite lichterketten veranstaltet auf der anderen seite aber bekannte treffpunkte eindeutig ausländerfeindlicher rassistischer personen ignoriert und geduldet werden.

nach den kommunalwahlen in hessen treten die reps in fast allen gemeinde ihren weg "durch die institutionen" an.sie werden sich dort wohl fühlen geld einsacken und ihre rassistischen parolen weiter verbreiten können. sie werden sich auch deshalb wohlfühlen weil dort bereits rassistisches gedankengut weit verbreitet ist.
warum sonst fühlen sich die sogenannten "blut und ehre rassisten" durch die cdu gut vertreten? warum verurteilen nicht nur diese rechten eine demo gegen fremdenhass in immenhausen sondern auch die cdu wie man in de taz lesen kann.
rassistische gewalt und ganz besonders brandanschläge wie der in immenhausen sind eine logische konsequenz aus der bestehenden fremdenfeindlichen haltung der politik und wirtschaft und des gesamten staatsapparates. durch ausländer und asylgesetze werden (nicht nur) flüchtlinge auf den verschiedensten ebenen gewalt ausgesetzt.

rassistische gewalt ist für uns deshalb eine verschärfung schon existierender gewaltverhältnisse.

wir wollen mit unserer aktion den uns bekannten rechtsextremen überall ganz eindeutig klar machen:

-wir lassen nicht zu dass sie weiterhin ausländerfeindliche aktionen schiess und wehrsportübungen und reichskriegsflaggen saufgelage durchführen können

-wir werden sie jederzeit wieder (auch persönlich) treffen wenn sie nicht aufhören fremde ausländer obdachlose behinderte und linke anzugreifen.

märz 93
aktion frühjahrsputz

Presseerklärung
14.3.93

Der Antifaschist und Widerstandskämpfer Gerhard Bögelein ist tot.

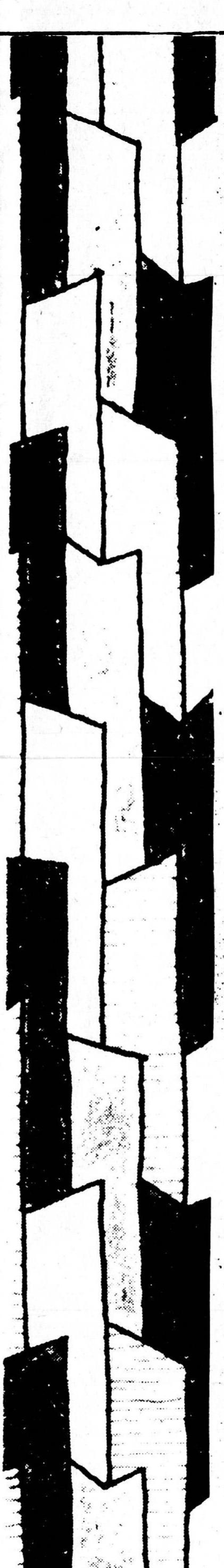
"Es gibt viele Arten zu töten........." (B.Brecht)

Schon 1989, als Gerhard Bögelein (67) verhaftet und ins Hamburger Untersuchungsgefängnis verschleppt wurde, war er schwer krank. Wir gehen davon aus, daß die zweijährige Untersuchungshaft, der Prozeß und die Verurteilung zu lebenslänglich sein Leben verkürzt haben.
Die Mitte Dezember 1992 durchgesetzte Haftverschonung war lange überfällig. Sie ist aus unserer Sicht deshalb zugestanden worden, weil es klar war, daß er nur noch eine geringe Lebenserwartung hatte. Das Urteil lebenslänglich sollte in der Öffentlichkeit nicht als das erscheinen, was es für Gerhard Bögelein war: "ein Todesurteil".

Zur Erinnerung:
Gerhard Bögelein war als 19jähriger 1943 das erstemal mit der NS-Militärjustiz in Konflikt geraten. Er hatte sich geweigert, an der Erschießung einer Gruppe von ZivilistInnen, darunter auch JüdInnen teilzunehmen.
1944 gelang ihm die Desertion aus der deutschen Wehrmacht und bis Ende des Krieges kämpfte er auf der Seite der sowjetischen Roten Armee.
Nach 1945 war er wegen seiner Sprachkenntnisse neben anderen Aufgaben damit betraut, als Offizier der Roten Armee, faschistische Kriegsverbrecher zu überführen.
In diesem Zusammenhang verhörte er auch den NS-Militärrichter Erich Kallmerten der daraufhin ein Geständnis unterzeichnete, wonach er persönlich verantwortlich war für 178 Todesurteile die er in seiner Eigenschaft als oberster Militärrichter der Kurlandarmee verhängte. Erich Kallmerten wurde 1947 im Kriegsgefangenenlager Klaipeda erschlagen. Schon 1949 versuchte die BRD-Justiz Gerhard Bögelein für die Tötung des NS-Blutrichters Kallmerten verantwortlich zu machen. Die Untersuchungen in diesem Fall, wurden von dem Hamburger Ermittlungsrichter Kurt Steckel geführt. Steckel, der wie fast alle NS-Richter mit einer weißen Weste durch die sogenannten Entnazifizierungsverfahren rutschte, war noch 1945 als Staatsanwalt beim Volksgerichtshof in Potsdam tätig. Das heutige Verfahren wurde fast vollständig auf Grundlage der von Steckel erstellten Ermittlungsakten geführt.
Gerhard Bögelein lebte seit 1956 in der DDR und war somit bis zu seiner Verhaftung nach der Annexion 1989 vor den Auslieferungsersuchen der BRD-Justiz geschützt.

Das Hamburger Verfahren von 1992 war dadurch gekennzeichnet, daß der Staatsanwalt Harald Duhn die Anklage im Sinne seines Lehrers Kurt Steckel führte. Die 22. Strafkammer unter Richter Diethelm Erdmann folgte dieser Vorgabe. In diesem Verfahren wurden die Rollen vertauscht; aus dem NS-Täter Erich Kallmertern wurde das Opfer eines "heimtückischen Mordes", während der Antifaschist und Widerstandskämpfer Gerhard Bögelein trotz einer nur lückenhaften Indizienkette und ohne Tatzeugen zum Täter konstruiert wurde.

Für Nachfragen: Autonome Infogruppe
Schweffelstr.6
2300 Kiel
Fax:0431/577056
Tel:0431/565899



Break the racist chain !

Während FaschistInnen AusländerInnen auf den Straßen ermorden verabschiedet die deutsche Regierung Gesetze gegen Flüchtlinge und verschärft die Abschiebepraxis. Die großen politischen Parteien Deutschlands erklären feierlich, daß sie gegen faschistische Gruppen und deren Aktionen sind. Aber wie sieht ihre Antwort auf die faschistische Welle aus ? Sie schieben Flüchtlinge ab und sorgen dafür, daß keine Neuen reinkommen können. Ihr Standpunkt ist: Um den Rassismus zu stoppen, muß die Anzahl der AsylbewerberInnen drastisch reduziert werden. Um also den Rassismus innerhalb Europas zu bekämpfen, wird er an den Grenzen verschärft ! Brilliant !! Die Faschisten töten duzende Menschen, während die Regierung plant Hunderttausende abzuschieben, in Länder, in denen ihnen Tod und Verfolgung drohen. Die Kollaboration geht sogar noch weiter, zum Beispiel in Sri Lanka.

Die europäischen Regierungen, auch die deutsche, klagen, daß kein Geld da wäre, um Flüchtlinge zu unterstützen, die vor Regimen, wie dem in Sri Lanka flüchten. Deutschland jedoch ist Mitglied in der 'Paris Aid Group', welche letztes Jahr das faschistische Regime in Sri Lanka mit 825 Millionen US-Dollars unterstützte. Die Sektion der 'Paris Aid Group', die für Sri Lanka zuständig ist, besteht aus Deligierten der G7 Nationen und einigen Anderen, welche sich jedes Jahr treffen, um zu beurteilen, wie genau sich das Sri Lankische Regime an die finanzpolitischen Vorgaben von IWF und Weltbank hält. Je nach Güte der Ausführungen dieser Vorgaben wird dann Sri Lanka von der 'Paris Aid Group' mit Finanzhilfe belohnt. Die Resultate lassen sich aus den offiziellen Statistiken des Sri Lankischen Regimes ablesen. In den Jahren 1979 bis 1991 nahm der Ausbildungsetat von 7% auf 3.7% des Gesamthaushalts ab. Das gleiche gilt für den Gesundheitsetat, der von 5.6% auf 2.7% abnahm. Der Militärhaushalt jedoch nahm von 2% auf 12% zu: Während die Sozialausgaben gekürzt, Militärausgaben hochgeschraubt werden, nimmt die finanzielle Hilfe zu. **Heutzutage beträgt die jährliche finanzielle Unterstützung durch die 'Paris Aid Group' das Doppelte des jährlichen Militäretats des Regimes.**

Die Militärausgaben des Sri Lankischen Regimes übersetzen sich in Terror und Tod für die Bevölkerung der Insel. Der Widerstand gegen das Regime wird mit bewaffnetem Terror beantwortet. Allein im Jahr 1989 wurden im Süden der Insel, in dem die Volksgruppe der Sinhala die Mehrheit stellt, 60.000 Menschen durch das Regime ermordet. In den tamilischen Gebieten im Norden und Osten (Tamil Eelam) wurden in der jüngsten Phase des Krieges, der im Juni 1990 anfing, 20.000 Menschen durch Bombadierungen aus der Luft, vom Land und der See getötet.

Das Regime versucht alles, den Chauvinismus der Sinhala gegen die tamilische Volksgruppe anzuheizen, damit sich die Wut gegen das System gegen die TamilInnen umlenken läßt. Dem tamilische Kampf gegen diesen Rassismus wird mit bewaffneter Staatsmacht begegnet.


Die deutsche Regierung als Mitglied in der 'Paris Aid Group' hilft mit, das Sri Lankische Regime künstlich am Leben zu halten, weil dieses die Politik von IWF und Weltbank mit Gewalt durchsetzt, welche ein günstiges Klima für die Interessen des 'big business' im Westen schafft. Es sind die ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse in Deutschland und den anderen G7 Staaten, welche den Krieg gegen die Bevölkerung der Insel vorantreiben. Dieselbe herrschende Klasse besitzt die Unverschämtheit Flüchtlinge aus Sri Lanka und anderen Staaten als 'Wirtschaftsflüchtlinge' zu diffamieren und ihnen eine politische Verfolgung abzusprechen !

Für uns stellen sich die Angriffe auf Flüchtlinge und die finanzielle Unterstützung von Sri Lanka als verschiedene Aspekte derselben internationalen Kette von Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus dar.

Unsere Kampagne plant eine Veranstaltungsreihe im gesamten Bundesgebiet über Sri Lanka, Flüchtlinge aus Sri Lanka, den Effekt von Tourismus nach Sri Lanka und die finanzielle Unterstützung des Regimes. Die 'Paris Aid Group' wird das nächste Mal im Juli zusammentreten und wir hoffen Veranstaltungen in der zweiten Hälfte des Aprils und der ersten des Mais zu machen. Es wurde ein Plakat für die Tourismus-Boykott Kampagne gedruckt und wir sind interessiert an Kontakten zu Leuten aus allen Teilen Deutschlands, die Interesse an der Kampagne zeigen, bezw eine Veranstaltung zum Thema organisieren wollen.

Kontakt über:

Kampagne für Menschenrechte in Sri Lanka und Tamil Eelam
Eine Welt Haus, Buchtstr 14-16, 2800 Bremen 1
Fax: 0421 4987276



GAY SKINHEAD MOVEMENT - LIEBER FASCHISTEN ALS FASCHINGSPRINZESSINNEN?

STOPPT DEN SKINHEAD-AUFMARSCH AM INTERNATIONALEN CSD 93!

Seit einiger Zeit kursieren Flugblätter von der "Gay Skinhead Movement" (Schwulen Skinhead-Bewegung) in der Berliner Schwulenszene. Vor allem ein verharmlosender Artikel in der letzten Ausgabe von **Pink Power** hat für ziemlich viel Öffentlichkeit gesorgt. Wir denken, es ist an der Zeit, dem was entgegenzustellen.

Vorneweg fordern wir von dieser Gay Skinhead Movement, daß sie sich **eindeutig** von faschistischen Inhalten distanziert. Das halten wir aber für eher unwahrscheinlich, denn:

* Das Logo von der Gruppe zeigt einen bekannten faschistischen Sänger;
* Obwohl Gewalt angeblich nicht zu ihrem Programm gehört, wollen sie eine Kampfsportgruppe aufstellen, da "schlagkräftige Auseinandersetzungen in erster Linie mit türkischen Jugendlichen sich derzeit kaum vermeiden ließen" (Zitat Pink Power);
* Sie bezeichnen Rechtsradikale (Nazi-Punks, Nazi-Rocker, Faschos) als "Mischung aus allen möglichen Jugendkulturen" ;
* Sie geben sich bewußt mackerhaft-reaktionär. Die von ihnen signalisierte Akzeptanz von rechten Skins schließt nicht nur Frauen aus sondern bedeutet auch eine deutliche Abgrenzung gegenüber Tunten und anderen weniger mackerhaften Schwulen: O-Ton "GSM ist kein Klub für schwule Faschingsprinzessinnen".
* **Sie rufen alle "nicht nur schwulen" Skinheads auf, einen Skinheadblock ("eine Demo in einer Demo") auf dem diesjährigen Internationalen CSD in Berlin zu bilden!**

Dieser letzter Punkt ist für uns ausschlaggebend. Wir halten diesen Aufruf zur Bildung eines Skinheadblocks für zynisch und gefährlich. Zusammengenommen mit den anderen Aussagen der GSM vermittelt er den Eindruck, die GSM sei nichts anderes als eine faschistische Frontorganisation. Unter den jetzigen politischen Bedingungen gehen wir davon aus, daß die überwiegende Mehrheit der Skins in Deutschland rassistisch, faschistisch oder sexistisch gesinnt sind. Schwule Skinheads, auf die das nicht zutrifft, sollten politisch klar Farbe bekennen und sich aktiv für eine antifaschistische Gegenwehr einsetzen. Ein Skinheadblock, unter den sich alle möglichen gewaltbereiten Skinheads mischen können, bedeutet eine konkrete Bedrohung für alle anderen DemoteilnehmerInnen und darf so nicht stattfinden.

Wir rufen daher alle Lesben, Schwulen und ihre UnterstützerInnen auf, die CSD 93 Demo aktiv vor faschistischer, rassistischer und sexistischer Gewalt zu schützen und die Bildung eines Skinheadblocks zu verhindern.

Kein Platz für Faschisten in der Schwulenszene oder anderswo!
Für einen antifaschistischen, antirassistischen und antisexistischen CSD 93!

Queer Action, c/o Vereinigte Linke, Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, O-1080 Berlin.



Zur autonomen Szene in Göttingen

Äktschen-Reporter Fritz Fit: "Die Lage ist ernst"

INHALT:

Kontakt:
Autonome Rauchzeichen
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

(Doppelumschläge werden nicht bearbeitet)

Wir dokumentieren hier einen Teil aus einer Göttinger Broschüre. Sie kann über die obengenannte Adresse als ganze bezogen werden.

Die Situation in Göttingen

Die Autonome Antifa (M)

Dieser Gruppe ist es aufgrund des desolaten Zustandes der Göttinger Szene gelungen, trotz massiver Kritik und teils offener Ablehnung, zur spektakulärsten Kraft in Göttingen zu werden. Es gelang ihr, wichtige Bereiche autonomer Politik zu okkupieren und nach außen zu repräsentieren. Daß dem so gut wie nichts entgegengesetzt wurde und wird, ist natürlich nicht der Antifa (M) vorzuwerfen, sondern der Göttinger Szene, die bisher nicht in der Lage war, eine öffentliche Debatte über die Politik der (M) zu führen bzw. über ihre eigenen Schwächen.
Hierbei muß bedacht werden, daß sich die Antifa (M) zu einem Zeitpunkt als politische Kraft in Göttingen etablierte, als sich der Rest der Göttinger Szene vor allem an der Sexismusdiskussion zerstritt (siehe auch weiter oben "Die inneren Widersprüche"). Die Antifa (M) verhielt sich zu diesen Diskussionen so gut wie gar nicht; im Gegenteil: unter Mißachtung des Restes der Göttinger Szene zogen sie ihre Kampagnenpolitik ("Nie wieder Deutschland"-Demos, Silvesterumzüge) durch. Parallel hierzu zeichneten sie durch ihre Veröffentlichungen ein Bild von Göttingen, daß de facto falsch war und ist. Sei es auf Flugblättern, in Städteberichten, oder Veröffentlichungen in überregionalen Zeitungen: es wurden und werden immer nur glorifizierende Berichte aus Göttingen gemacht (nach dem Motto: "Ganz Gallien ist besetzt! Ganz Gallien? Nein! Ein von unbeugsamen Galliern bevölkertes Dorf hört nicht auf, dem Eindringling Widerstand zu leisten"). Der desolate Zustand in Göttingen wurde und wird geflissentlich verschwiegen.
Die Schwächen der Autonomen sind der Antifa (M) natürlich bekannt. Ihre Lösung: Sie will diesem Problem eine Organisation entgegensetzen als Rahmenbedingung, um unsere inneren Widersprüche zu überwinden, insbesondere die Widersprüche, die die gemischten Zusammenhänge durch mangelnde Diskus-

sion über patriarchale Strukturen zerbrechen lassen (nach: Diskussionspapier zur autonomen Organisierung, Autonome Antifa (M), August 1991). Wer denkt, innere Widersprüche, patriarchale Strukturen und mangelnde Fähigkeiten, miteinander zu reden ließen sich durch eine Organisation überwinden, der/die hat nichts kapiert, denn gerade diese Widersprüche haben doch in der Vergangenheit die Autonomen und gemischte Zusammenhänge zerrieben. Die (M) kann deshalb mit ihrem Organisationsversuch trotz gegenteiliger Beteuerungen die Probleme der Autonomen nicht lösen, nicht einmal ein Stückchen. Sie sieht in den politischen Widersprüchen der Szene eben nur ein technisch/strukturelles Problem. Diese Sichtweise konnte bei der (M) nur zur Entpolitisierung führen, theoretisch wie praktisch.



Inhaltlich bringt die Antifa (M) denn auch in ihren diversen Veröffentlichungen nichts anderes, als die Wiederholung allgemein verbreiteter, mehr oder weniger platter linker Weisheiten mit nostalgischen Rückgriffen auf kulturelle und politische Elemente des antifaschistischen Kampfes in der Weimarer Republik.
Zudem tun sich neue/alte Widersprüche auf (die revolutionäre Organisation x Medien = wirksame legale Organisation).
Mangelnde eigene politische Inhalte der Antifa (M) und ihre Orientierung auf die bürgerlichen Medien führen dann auch zu ihrer katastrophalen praktischen Politik in Göttingen.
Dazu einige Beispiele: So organisierten sie eine Demo, wobei sie schon im Vorfeld der Stadt, den Bullen, dem Innenministerium und den Göttinger Geschäftsleuten einen friedlichen Verlauf garantierten und als Gegenleistung im Rahmen der Deeskalationsstrategie der Göttinger Bullen vermummt und ohne Bullenspalier demonstrieren durften. Das wurde dann gefeiert als Durchsetzung einer militanten vermummten autonomen Demo.

Dabei wurde auf Vorbereitungstreffen und -papieren der schwarze Block an sich völlig losgelöst von der politischen Situation als Ausdruck autonomer Politik verkauft. Parallel dazu wurde der schwarze Block



(bzw. Vermummung und das Rumlaufen mit Helmen) in Presseerklärungen, die kurz vor der Demo in der Stadt am Büchertisch auslagen, sowie auch nach der Demo auf Treffen und in Presseerklärungen als reine Selbstschutzmaßnahme gegen evtl. Bullenangriffe erklärt. Genau diese Erklärung für einen evtl. schwarzen Block fiel auf Vorbereitungstreffen bzw. im vorgestellten Konzept gar nicht.
Mit dieser (gewollten oder ungewollten) Doppelstrategie versuchte sich die Antifa (M) der Kritik, die ihr gegenüber nach der Demo mehrfach geäussert wurde, nämlich das Reduzieren autonomer Politik auf reine Äußerlichkeiten bzw. Ritualgehabe, zu entziehen. Eine Erklärung zu diesem Vorgehen gab es von der Antifa (M) jedenfalls in den verschiedenen Äußerungen nicht.
So gab es auf der Demo am 10. Oktober 1992 (wie auch bereits auf der Silvesterdemo) OrdnerInnen der (M), um einen "geordneten" friedlichen Ablauf der Demo zu garantieren. Damit auch ja keine Scheibe zu Bruch geht, stellten sie sich schützend vor die Deutsche Bank. Klar, daß unter solchen Bedingungen die Bullerei auch nicht mehr zu erscheinen braucht, wo die Autonomen doch jetzt schon ihre eigenen Sicherheitskräfte mitbringen. Für uns stehen derartige OrdnerInnen im klaren Widerspruch zu autonomer bzw. selbstbestimmter Politik. Wenn es auf einer Demo zu ungezielten Aktionen, zu sexistischen Sprüchen, zum Alkoholkonsum etc. kommt, sind für uns alle Leute gefragt, sich dazu zu verhalten. Ein Umgang mit Leuten, die auf Demos irgendwelche "Scheißaktionen" bringen, darf und kann für uns nicht an Hilfssheriffs delegiert werden.



Ansonsten weckten die roten Armbinden bei einigen Menschen noch ganz andere Assoziationen, nämlich die faschistischer Symbolik.
Nach dem, in der Tat umstrittenen, Anschlag auf das Wohnmobil des Stadtdirektors distanzierte sich die (M) auf einer Kundgebung öffentlich u.a. von diesem Anschlag, während am selben Tag der Oberstadtdirektor die Antifa (M) als liebe Autonome lobte, mit denen man ja reden kann.
Diese Art von Politik zu betreiben heißt eben doch, "alle Inhalte und Aktionen danach auszurichten, wie wir am schnellsten in die Glotze kommen" (Zitat: Diskussionspapier zur autonomen Organisierung).
Und es ist doch ein Widerspruch, einerseits den Anspruch zu formulieren, eine revolutionäre Organisation gründen zu wollen und andererseits sich als verläßlicher "Partner" von Bullen, Stadt und Kapital darzustellen. Es drängt sich die Vermutung auf, daß der Weg vom autonomen Zusammenhang zur legalen Organisation seine Opfer fordert. Eine autonome Gruppe, die Teil einer legalen politischen Organisation sein will, kann schlecht militante Demos organisieren - und am Ende geht man/frau den staatlichen Deeskaltions- bzw. Befriedungsstrategien auf den Leim, und wird doch noch zu einer "politisch zahnlosen Folkloregruppe", (Zitat: Diskussionspapier zur autonomen Organisierung) vor der die Antifa (M) die Autonomen immer gewarnt hat. Auf diese staatlichen Strategien hereinzufallen und das Ergebnis, nämlich friedlich, vermummt und ohne Bullenspalier demonstrieren zu dürfen, als Erfolg zu feiern, ist auch deshalb gefährlich, weil die harte Bullenlinie im Hintergrund bestehen bleibt (siehe auch Frauendemo nach dem Gerichtsurteil zur Schließung des FLZ).

Die scheinbaren Widersprüche zwischen Göttinger Bullen/Staatsanwaltschaft auf der einen und LKA/Innenministerium auf der anderen Seite (so wie sie vom Göttinger Tageblatt über ihre gemeinsame Sitzung vor der 2.10.-Demo dargestellt wurde), sind nur zwei Seiten der selben Medaille, nämlich Alternativen, die nach Zweckmäßigkeit eingesetzt werden, mit den bekannten Zielen: Befriedung, Spaltung, Isolierung und Kriminalisierung von Widerstand. Deshalb ist die Einschätzung der Antifa (M) in ihrem Flugblatt "Die Häscher sind los" auch falsch, wenn sie scheinbare Widersprüche als wirkliche nimmt und dem LKA eine politische Niederlage andichtet, weil das LKA sich mit der von ihm eingeforderten 'härteren Linie' nicht durchsetzen konnte.

SO-Tage

mehr als eine Ausstellung vom 25. 4. 93 - 13. 5. 93 im SO 36 am Heinrichplatz



Nächstes Gesamttreffen Fr, 2. 4. + 19 Uhr + Programmplanung + Ort: KVU (Kirche von Unten), Kremmener Str. 9-11, U-Bhf. Bernauer Straße +

Guten Tag,
Es scheint ja tatsächlich noch sowas wie einen Schneeballeffekt zu geben. Für die SO-Tage kommen fast täglich neue Aktions- und Veranstaltungsideen dazu. Klaro, manches wird wieder nicht klappen; trotzdem entsteht langsam so was wie ein Gesamtprogramm. Alle, die sich jetzt noch kurzfristig einklinken wollen, sollten zur endgültigen Programmplanung am 2. April kommen. Zur Vorbereitung hier der aktuelle Stand:

Der Rahmen bleibt: Wir haben das SO 36 vom 25. 4. bis zum 13. Mai und zwar jeweils von Sonntag bis Donnerstag. Ab 14 Uhr bis in die Nacht. An den Wochenenden macht die SO-Crew eigene Discos und Konzerte. Während der drei Wochen macht Umbruch eine Fotoausstellung zu den einzelnen Schwerpunkten.
Auf dem ersten öffentlichen Treffen, Mitte Februar, waren etwa 70 Leute da. Dort haben sich Untergruppen zusammengefunden, die die einzelnen Wochen vorbereiten.

Am Sonntag, den 25. 4. gehts los mit der Antifa/Antirassismus-Woche. Darin gibt es u.a einen Umland-Tag über Zusammenstöße, Erfahrungen mit Faschos von SchülerInnen und Jugendantifagruppen aus Städten rund um Berlin. Eine Männercafe-Gruppe macht eine Dia-Veranstaltung zu Faschismus und Patriarchat; die Geschichtswerkstatt bietet einen Kiezspaziergang durch Kreuzberg an zum Thema jüdisches Leben während des Faschismus bis heute. Ein Mail-Box-Projekt stellt die Möglichkeiten der Computervernetzung und Infobörse für politische Gruppen dar. Es gibt einen Film über die Black Panther-Bewegung und eine Lesung zu Malcolm-X. Eine Veranstaltung über Rassismus in den Medien, eventuell eine gemeinsame Veranstaltung von Antifa-/Antirassismusgruppen zu Perspektiven und Organisierung; einen Antifa-Stadtspaziergang durch Prenzelberg und anderes mehr.

Die Stadtteil-/Umstrukturierungswoche beginnt am 2. Mai. Ob "am Tag danach" nun Wunden lecken oder Siegesstimmung oder einfach Abschlaff angesagt ist...? Die Vorbereitungsgruppe wollte jedenfalls über die Planung für den 2. Mai ungern allein entscheiden. Ihr Vorschlag ist: großes mehr oder weniger beschauliches Cafetrinken/Frühstück auf der Oranienstraße. Abends Dias und Musik auf dem Heinrichplatz. Was meint ihr dazu?
Weiter in der Woche gibt es mehrere Kurzfilme von Kiezgruppen; SchülerInnenveranstaltungen; eine Veranstaltung über Opus Dei, die sich in der Mökkernstraße einnisten wollen; Musik von Yok und Apparatschik, ein Stadtspiel zum Stadtring... ja und vielleicht gar nicht allzu viel mehr... die Beteiligung hielt sich bisher in Grenzen...

Die Internationalismus-Woche beginnt am 8./9. 5 mit einem Wochenendseminar in der Babylonia (Cuvrystraße).
Thema: "Befreiung und die neue Weltordnung" am Beispiel Kurdistans im Irak und der Türkei, Palästinas, El Salvadors, event. Guatemalas und Nicaraguas. Wie hat sich der Zusammenbruch der Sowjetunion und der Golfkrieg auf die sog. "3. Welt" ausgewirkt? Welche neue Rolle spielt die UNO? Welche Perspektiven für Befreiung gibt es heute?
Ab Sonntag gehts dann weiter im SO 36 mit dem zweiten Schwerpunkt, "alltäglicher Internationalismus".
Hierzu gibt es u.a. eine Veranstaltung von mosambiquanischen und vietnamesischen Vertragsarbeitern zu ihrer Situation. Tagsüber gibt es Rap-workshops und als Höhepunkt einen Rap-Tanzwettbewerb (Letzterer findet allerdings nicht im SO 36 statt. Wegen schlechter Erfahrungen bei fast allen bisherigen "Hip-Hop"-Veranstaltungen - Hauereien, Messerstechereien und mehr - wollen das die SO-Leute nicht. Hier seid auch Ihr gefragt, wie ihr mit diesem Konflikt umgehen würdet).
Am Mittwoch ist ein internationalistischer Frauentag, an dem sich bisher einige afrikanische, lateinamerikanische und deutsche Frauen beteiligen. Weiterhin gibt es ein antirasistisches Kabarett, Musik, Film und ein gemeinsames Abschlußfest...

Hört sich vermutlich alles etwas bombastisch an. Deshalb lieber gleich eine Einschränkung: Viele dieser Veranstaltungen werden bislang von Wenigen vorbereitet, die damit noch reichlich überlastet sind. Das Ganze hängt tatsächlich von einer aktiven Beteiligung von mehr Leuten ab.
- Z. B. Die ganzen 3 Wochen soll es einen Cafe-Betrieb geben, so daß mensch auch tagsüber dort gemütlich plauschen oder Foto-Ausstellung angucken kann. Einzelne Gruppen, die einen Tag gestalten, machen das Cafe gleich mit; andere brauchen Unterstützung. Welche Menschen/Gruppen könnten sich vorstellen, einen Tag zu übernehmen?
- Z. B. einzelne Gruppen machen im Rahmen der SO-Tage parallel Aktionen und Veranstaltungen in ihren Kiezen, u.a. in Prenzelberg, in Moabit und an der Humboldt-Uni. Right on!
- Z. B. Werbung
Bislang sind die SO-Tage nur über Flugblätter, Plakate und Interim bekannt. Wenn ihr weitere Möglichkeiten habt, sagt bitte Bescheid oder erzählt es weiter.

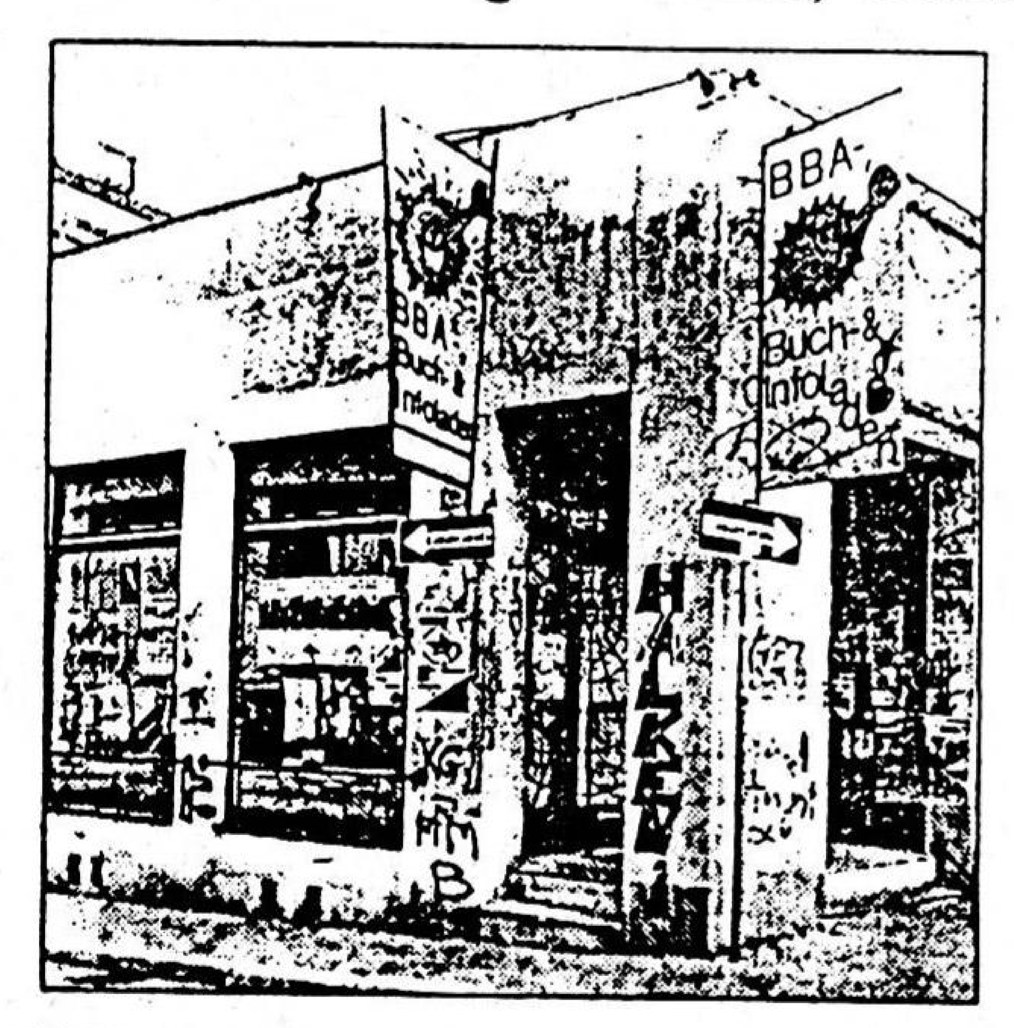
bis Freitag   Kontakt: Umbruch 612 30 37

"... öffentliche Aufforderung zu Straftaten ..."

Am Dienstag, 9.3.93 wurden in Bremen die Jugendinitiative Sielwallhaus, der Infoladen 'Umschlagplatz' und eine Privatwohnung von den Staatsschutzschergen durchsucht. Begründet wurden die Durchsuchungen aufgrund zweier Durchsuchungsbeschlüsse von Anfang Februar '93. Darin geht es um angebliche 'öffentliche Aufforderung zu Straftaten u.a.' und um ein 'Vergehen gegen das Kunsturhebergesetz'. Auf den Tag genau vor einem Jahr haben sie (wegen den Zeitschriften "Unfassbar" und "radikal") den Laden schon einmal durchsucht.

Der Infoladen 'Umschlagplatz'

Die Aufforderung zu Straftaten bezieht sich auf Schleckies (Klebebilder) die vom Infoladen Umschlagplatz-Versand schon seit zwei Jahren bundesweit vertrieben werden. Kriminalisiert wurden sieben Motive: u.a. 'Zerschlagt die Nazibanden', welcher schon seit 1985 als Schlecki überall aufgetaucht ist, 'Laßt Pornoläden zu Asche werden', 'Sabotiert die Wahlen', 'Polizei SA/SS' der schon seit fast zehn Jahren im Umlauf ist, ferner "Randale na klar" / "Altglas sinnvoll verwenden" beide mit netten Bildern und dem Untertitel "Gegen Nazis, Bullen & Kapital!"

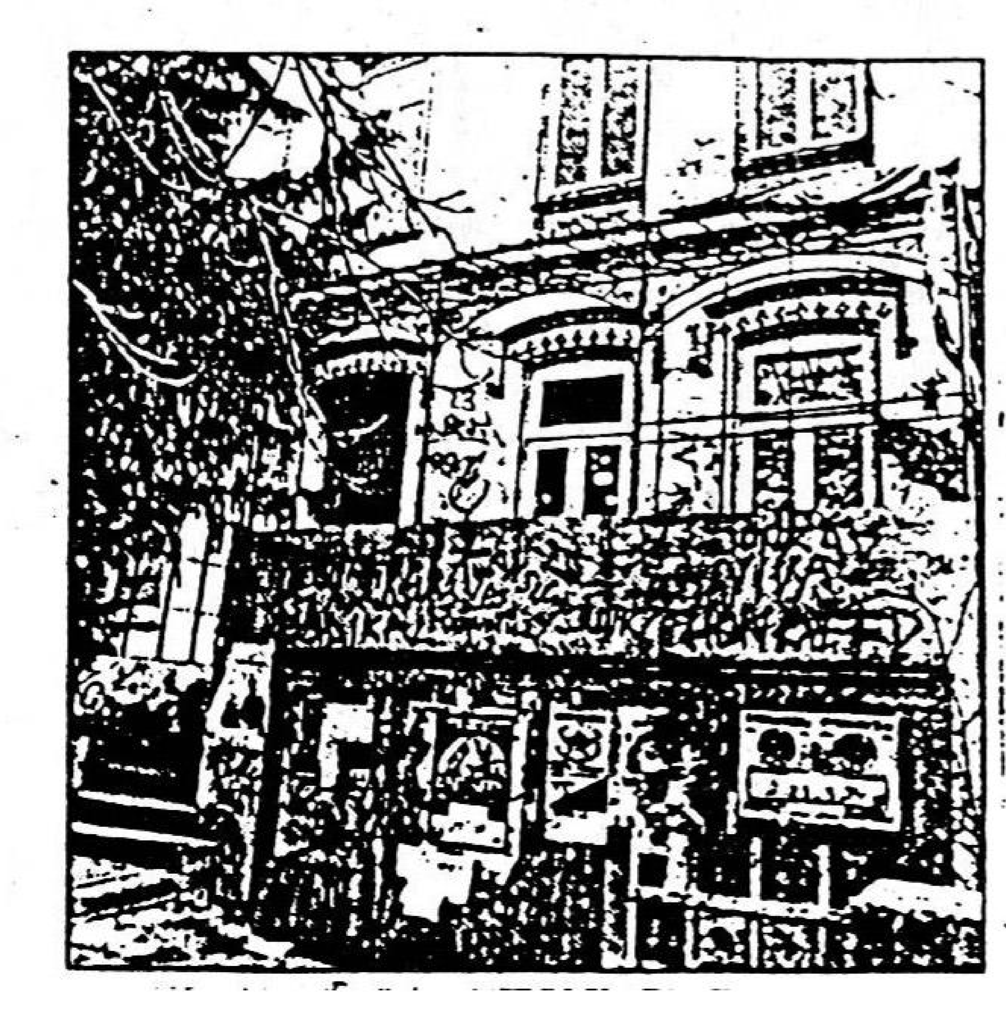


Im wesentlichen ging es den Schergen darum, Unterlagen zur Herstellung und des Vertriebs zu bekommen. Da der Infoladen bisher die Schleckies offen vertrieb, ist ihnen eine ganze Reihe von Schleckies in die Hände gefallen (im Wert von ca. 1000DM). Als die Bullen letztes Jahr zur selben Zeit auch schon mal anklopften, beachteten sie nicht das Schleckie-Sortiment im Laden, sondern als Vorwand diente eine Ausgabe der verdeckt organisierten Radikal.
In den letzten Jahren hat sich der Infoladen immer mehr zu einem Punkt entwickelt, wo sich interessierte Leute unter anderem staatsfeindliche Informationen besorgen können.

Das 'Vergehen gegen das Kunsturhebergesetz' bezieht sich auf Fotos, die bei der Bremer Demonstration anläßlich der faschistischen Morde in Mölln, Wuppertal und Berlin gemacht wurden. Diese Demonstration war ein Teil einer spontanen Aktionswoche. Die Bildserie dokumentiert Polizeieinsätze und -übergriffe während der Demonstration. Diese Fotos sind bereits im Dezember '92 bei einer Personalienfeststellung durch die Bullen entdeckt worden, konnten aber nicht beschlagnahmt werden. Sie wurden einem Bullen wieder entrissen und sind somit verschwunden. Seitdem vermuten die Bullen die Bilder im Sielwallhaus bzw. in der durchsuchten Privatwohnung. Bei der Durchsuchung des Sielwallhauses wurden vom SSEK, in bekannter Zerstörungswut sämtliche verschlossenen Türen und Schränke aufgebrochen. Dabei wurde ein Sachschaden von rund 10.000 DM angerichtet. Allerdings wurden keine der genannten Bilder gefunden. Während der Durchsuchungen durfte weder ein Rechtsanwalt hinzugezogen werden, noch konnte der Vereinsvorsitzende des Sielwallhauses Zugang zum Haus bekommen.
Bei den drei Durchsuchungen wurden insgesamt mehrere Kisten Aufkleber, ca. 1 Dutzend politischer Broschüren und diverse schriftliche Unterlagen beschlagnahmt.

Die Jugendinitiative 'Sielwallhaus'

Das Sielwallhaus bietet seit Jahren Raum für Gruppen, die sich mit Antifaschismus und Antirassismus sowie anderen Themen beschäftigen und auseinandersetzen. Im Haus wurde im letzten Jahr wieder ein Antifa-Café eingerichtet, regelmäßig findet eine Volksküche statt, das Café Suspekt ist ein Treffpunkt von Lesben und Schwulen und das Antirasssismus-Büro hat dort ihre Beratungsstelle, ferner treffen sich dort noch zahlreiche andere Gruppen.
An den Bullen ist es sicherlich nicht unbemerkt vorübergegangen, daß das Sielwallhaus im letzten Jahr wieder zu einem zentralen Punkt der autonomen Szene geworden ist. Das Antirassismus-Büro hat durch ständige Öffentlichkeitsarbeit auf sich aufmerksam gemacht, bei spontanen Demos sind Leute wiederholt vom



Sielwallhaus losgegangen, das Antifa-Café ist ein Treffpunkt von vielen jüngeren Leuten geworden. Es ist ein Punkt, um sich nicht alleine gegen die staatlichen und die alltäglichen faschistischen Übergriffe ohnmächtig zu fühlen. Viele Leute diskutierten über Aktionen und Demos um z.B. eine antifaschistische Selbsthilfe aufzubauen, aber auch um sich einfach mal zu treffen.

Einschätzung der Durchsuchungen

Wir werten die erhobenen Vorwürfe als Vorwände, um Aktivitäten linker und unabhängiger Initiativen zu behindern und einzelne Personen einzuschüchtern.
Dieser Ort konnte nicht mehr von den Bullen in Ruhe gelassen werden. Sie mußten sich mal sehen lassen, um der autonomen Linken zu zeigen: 'Wir sind noch da.' Alles was nicht in ihre Ordnung paßt, wird kriminalisiert. Unter dem Innensenator Nispen hat sich das Klima gegen gesellschaftliche Minderheiten stetig verschlechtert. Erst waren es die Schwarzen, die im Viertel gedealt haben sollen, dann waren es die Junkies, zum Schluß wurde der Drogenstrich an der Friesenstraße militärisch zerschlagen und jetzt versuchen sich Bock und Pollach und seine Schergen Frank Hermann (Leiter der politischen 7. Inspektion) wieder an den Linken. Sie haben sich die zwei zentralen Orte, Sielwallhaus und den Infoladen, wo sie die Autonomen vermuten, herausgesucht. Denn an diesen Orten ist die autonome Szene in der Öffentlichkeit noch sichtbar. Das Sielwallhaus ist ein regionales Zentrum, der Infoladen versorgt überregional und die Stadt mit unterdrückten Nachrichten und der Versand verschickt bundesweit Schleckies. Diese gezielte und von langer Hand geplante Aktion dient als Versuch, die verbliebenen autonomen Strukturen zu behindern und sich einen Überblick zu verschaffen.
Es ist bezeichnend, daß in dieser Zeit, in der Faschisten sich immer offener organisieren und rechtes Gedankengut verbreiten, linke Zentren die staatliche Willkür zu spüren bekommen.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Verfahren, sowie Rückgabe der beschlagnahmten Sachen!



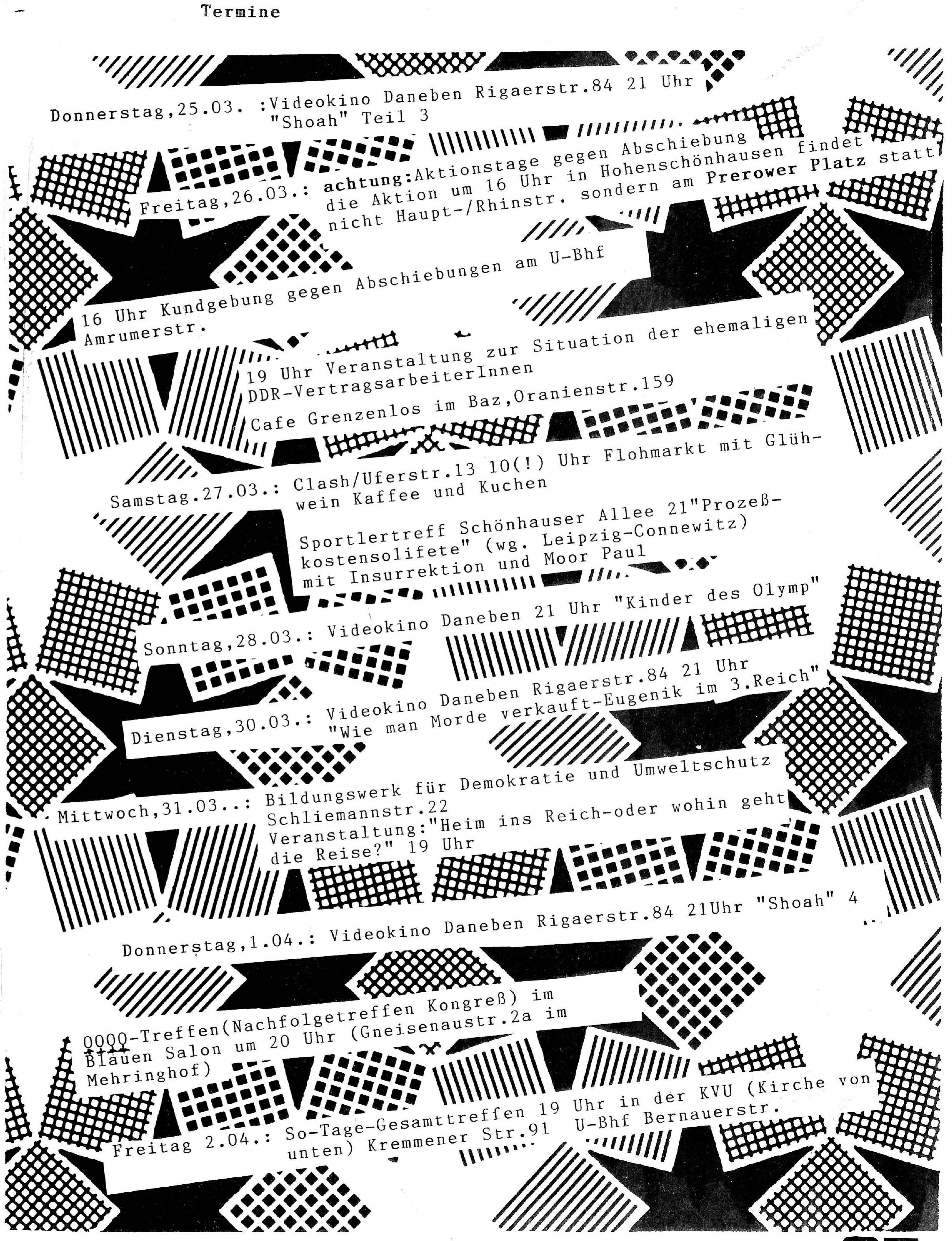
An Anna und Arthur, wg. der Diskussion um den Text der Frauen aus Gießen aus Interim 229 !

Meine Kritik an dem Text der Gießenerinnen ist in der Tat unsolidarisch. Das aber doch deshalb, weil der gesamte Charakter ihres Papiers zutiefst unsolidarisch ist. Genau an diesem unsolidarischen und streckenweise, wie ich finde, auch unlauteren Charakter ihrer Kritik, die ich in dieser Form für falsch und schädlich halte, habe ich mich [redacted] in meiner Kritik an ihnen abgearbeitet. Ich habe in dem Text einfach keinen Ansatz zu einer "Brücke" gefunden, über die ich zu einem Sichtreffen der Differenzen und Widersprüche meinerseits hätte beitragen können. Ich finde es auch offensichtlich, daß das von den Gießenerinnen selbst mit ihrem Text gar nicht beabsichtigt war.
Mit eurem folgenden Einwand, daß die Behauptungen der Frauen (die RAF hätte den bewaffneten Kampf "grundsätzlich aufgegeben", sei "entpolitisierend, rassistisch und sexistisch"; Teile der Gefangenen hätten "der Gewalt abgeschworen", würden "Propaganda für das System" machen, dem Staat "Deckung gegen links" geben usw.) würden nicht nur von Leuten aus der Solibewegung, sondern auch von Gefangenen geteilt werden, kann ich so nichts anfangen. Da müßtet ihr schon sagen von welchen Gefangenen, bisher habe ich davon noch nichts gehört.
Zu eurem zweiten Einwand: Ich laste doch keiner "Bewegung" Spaltungsversuche oder ein vielleicht unbewußtes Wirken in diese Richtung an, sondern ganz konkret den Gießenerinnen, deren Aussagen ich nur so interpretieren kann. Und daß ich die "Unterschiedlichkeit in bestimmten Sichtweisen total ignorieren" würde, stimmt so auch nicht. Ich gehe doch, wenn auch viel zu kurz, auf die Unterschiede zwischen der RAF, den Cellern und den "Frankfurtern" ein. Das Herausarbeiten der inhaltlichen Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen den einzelnen Fraktionen der Linken, der Solibewegung und der Gefangenengruppe war aber erstmal nicht mein Hauptanliegen mit dem Text. Ich wollte [redacted] versuchen einen "Block" zu setzen, gegen eine, wie ich finde, fatale Tendenz in der Diskussion, gegen ein Hochpeitschen bestehender Unterschiede zu antagonistischen Positionen bis hin zum Vorwurf des Verrats. Gegen einen Streit um unterschiedliche Positionen habe ich selbstverständlich überhaupt nichts, aber dann muß auch was Reales dahinterstecken.
Mit meinem Vorwurf an die Gießenerinnen, daß ihr Text der Aufspaltung des Gefangenenkollektivs Vorschub leisten würde, in "Neue Politikerinnen" und "Unverbesserliche", wie ihr das nennt, meinte ich in erster Linie, daß die Solidarität zu den Gefangenen mit solchen Einteilungen aufgespalten wird, und für die es meiner Meinung nach keinen Anlaß gibt, auch wenn noch allgemein am Ziel der Befreiung aller politischen Gefangenen festgehalten wird. Die Gießenerinnen sagen: "...für die feministische Bewegung muß das bedeuten, daß sie die Gefangenen, die diesen Ausverkauf nicht mitmachen, unterstützt. Sie wird an dem Ziel der Befreiung aller politischen Gefangenen festhalten."
An eurem Vorwurf, daß ich darüberhinaus die Gefangenen zu potentiellen Opfern von Spaltungsversuchen machen-, und ihnen damit einen Objektstatus zuweisen würde, ist insofern was dran, als daß ich von mir selbst einen Mechanismus kenne, daß ich mich in Situationen, die eigentlich ein zähes Festhalten an erreichten Beziehungen-, und ein Austragen von Widersprüchen innerhalb solcher Strukturen erfordert hätten, für einen "Bruch", und für das Beziehen von vermeintlich "klaren" Positionen entschieden habe. Vielleicht habe ich diese Erfahrung auf die Gefangenen projeziert. Abgesehen davon, daß ich keinen Anlaß dafür sehe, fürchte ich eine solche Spaltung tatsächlich, weil sie alles noch schwerer machen würde. Beantwortet das eure fett hervorgehobene Frage, "Welche Gründe hat er dafür" ?
Zu eurem letzten Einwand gegen die Einleitung meiner Kritik: Ich habe am Textende nicht "und drinnen" geschwärzt, sondern das mir überflüssig erscheinende Wort "offenbar". Daß sich einzelne Gefangene an Spaltungsversuchen und am Gegeneinanderausspielen beteiligen würden, ist mir nicht bekannt.




Jetzt zu eurer Hauptkritik: Ihr fragt, wieso der Staat sein Vernichtungsverhältnis gegenüber den Gefangenen hätte aufgeben sollen, wo doch klar sei, daß die Entwicklung überall in genau die entgegengesetzte Richtung läuft. Ja wieso? Weil er muß! Er hätte gezwungen werden müssen! Die Gefangenen selbst und die RAF haben dazu nie etwas anderes erklärt. Der Vorwurf, sie hätten "grundsätzlich falsche Hoffnungen" in die KGT-Initiative gesetzt, entbehrt jeder Grundlage.
Damit kommt die Frage wieder auf uns, die Gefangenensoligruppen, zurück: Wieso ist es uns nicht gelungen, den Staat zu einem Zurückweichen in der Frage der Gefangenen zu bringen?
Mit Sicherheit hatten wir zu große Hoffnungen darauf, daß das anfänglich zunächst relativ große, grundsätzlich zustimmende Interesse, mit der die Linke die 1. Erklärung der RAF im April aufgenommen hatte, in der deutlich auf eine Veränderung der Situation der Gefangenen gedrungen wurde, nachdem vorher als Reaktion auf die KGT-Initiative kaum etwas lief, durch unser Dazutun in eine neue Mobilisierung für einen realen Einstieg in den Prozess zur Freilassung der Gefangenen aus RAF und Widerstand umschlagen würde. Vielleicht haben wir uns teilweise auch vom smarten, eloquenten Auftreten des modernen Imperialismus in der Person von Kinkel einen Moment lang blenden lassen. Aber jeder und jede wußte doch, wofür Kinkel steht (KGT), und wo er herkommt (BND-Chef '77).
Was sich aber meiner Meinung nach als Schwäche von uns im letzten Jahr viel entscheidender ausgewirkt hat, ist die im Verlauf vieler Jahre in einem Klima repressiver-, Emanzipationsprozess mehr blockierender als sie fördernder-, und bei allen angenehmen Seiten mehr familiärer als politisierter Strukturen herangereifte politische Substanz- und Perspektivlosigkeit der Politik, die aus dem ehemaligen antiimperialistischen Widerstand damals schon kam, und heute immer noch kommt. Schon spätestens '89 im Streik war diese Situation als Zustand totaler Sprachlosigkeit unübersehbar, und es hat sich, soweit ich das mitbekommen habe, bei denen, die in diesen Strukturen geblieben sind, kaum etwas geändert. Aus dieser Substanzlosigkeit, und der darus folgenden Unfähigkeit die eigene Politik selbstbestimmt zu entwickeln und umzusetzen, erklärt es sich, daß das geschickte Taktieren Kinkels und der KGT in der Gefangenenfrage so viele von und paralysiert und auf Nebengleise abgedrängt hat. Ein Teil davon war/ist das von euch beschriebene Sichaufreiben durch gegenseitige Schulzuweisungen. Daran müssen wir dringend weiterüberlegen und was ändern!
Womit ich in diesem Teil eures Textes wiederum nichts anfangen kann, ist der Satz, in dem ihr behauptet, Menschen aus der "Minderheitsfraktion" würden von "interessierter Seite" Verleumdungen entgegengesetzt werden. Wer ist die "Minderheitsfraktion", und was versteht ihr unter "interessierter Seite"'?
In dem Beispiel, daß ihr als Beweis für die Richtigkeit der Behauptungen anführt, die schon die Gießenerinnen erhoben haben, und auf die ich in meiner Antwort an diese schon ausführlich eingegangen bin, unterläuft euch dasselbe "Mißverständnis" wie ihnen.
Nochmal: Nehmt das doch wenigstens zur Kenntnis, was die Celler insgesamt geschrieben haben, und insbesondere den Text von Knut im Angehörigen Info 113 vom 25.2.93, und bezieht euch dann konkret auf Sachen, die euch nicht passen! Ich bin mir sicher, daß sich dann diese ganzen "Mißverständnisse" in Luft auflösen oder offen auf den Kern kommen, der eigentlich dahintersteckt.
Für eure Befürchtung, daß die Äußerungen der Celler (sie würden nach Ihrer Freilassung nicht zum bewaffneten Kampf zurückkehren) eine Verschärfung der Haftbedingungen von anderen Gefangenen-, und ein Anheben der Maßstäbe zur Folge haben könnte, nach denen die Gefangenen, die ihr "Unverbesserliche" nennt, vom Staat beurteilt werden, sehe ich keine Anzeichen. Auch nicht für euren Vorwurf, die Celler würden versuchen den (Rest-) Widerstand auf ihre Positionen zu verpflichten. Ich denke, daß sich das Kriterium, nach dem der Staatsschutz die potentielle Gefahr beurteilt, die für den Staat von den Gefangenen ausgeht, nicht daran festmacht, welche Pläne einzelne Gefangenen für den Fall ihrer Freilassung äußern, sondern solange, wie der Staat von einem antagonistischen Verhältnis der Gefangenen zum System ausgehen muß, weiterhin alle mit demselben Willen zur Vernichtung konfrontieren sein werden, wenn wir das nicht verhindern.
Jetzt zu eurem letzten Einwand: Mit meiner Kritik an den Gießenerinnen, daß außerhalb einer politischen Bestimmung und ohne konkreten Sinn die Guerilla bei einer Weiterführung ihrer bisherigen Praxis zum Objekt für den Staat und für Teile der Gesellschaft werden würde, und damit praktisch tendentiell die Funktion bekäme für andere, statt mit anderen für eine Veränderung der Verhältnisse zu kämpfen, was ich nicht gut finde, und was ich mit dem Satz "Eine Söldnertruppe kann und darf die RAF nicht sein" ausdrücken wollte, wollte ich nicht sagen, daß diejenigen, die über eine Entscheidung für den bewaffneten Kampf nachdenken, dieses in der Interim veröffentlichen sollen, ohne daß ich natürlich andererseits etwas dagegen hätte. Wie kommt ihr darauf?
Zum Schluß: Ich habe an eurer Antwort auf meine Kritik an den Gießenerinnen nicht den Vorwurf, daß ihr euch nicht in "seitenlangen Analysen und Wiederholungen" ergehen wollt. Das ist, glaube ich, auch nicht nötig. Ich halte es aber für notwendig, daß ihr schon genau sagt, wen ihr meint, und worauf ihr euch inhaltlich genau bezieht. Dann können wir vielleicht alle was dabei lernen.

In diesem Sinn, Gregor


Donnerstag,25.03. :Videokino Daneben Rigaerstr.84 21 Uhr
"Shoah" Teil 3
Freitag,26.03.: **achtung**:Aktionstage gegen Abschiebung
die Aktion um 16 Uhr in Hohenschönhausen findet
nicht Haupt-/Rhinstr. sondern am **Prerower Platz** statt
16 Uhr Kundgebung gegen Abschiebungen am U-Bhf
Amrumerstr.
19 Uhr Veranstaltung zur Situation der ehemaligen
DDR-VertragsarbeiterInnen
Cafe Grenzenlos im Baz,Oranienstr.159
Samstag.27.03.: Clash/Uferstr.13 10(!) Uhr Flohmarkt mit Glüh-
wein Kaffee und Kuchen
Sportlertreff Schönhauser Allee 21"Prozeß-
kostensolifete" (wg. Leipzig-Connewitz)
mit Insurrektion und Moor Paul
Sonntag,28.03.: Videokino Daneben 21 Uhr "Kinder des Olymp"
Dienstag,30.03.: Videokino Daneben Rigaerstr.84 21 Uhr
"Wie man Morde verkauft-Eugenik im 3.Reich"
Mittwoch,31.03..: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz
Schliemannstr.22
Veranstaltung:"Heim ins Reich-oder wohin geht
die Reise?" 19 Uhr
Donnerstag,1.04.: Videokino Daneben Rigaerstr.84 21Uhr "Shoah" 4
0000-Treffen(Nachfolgetreffen Kongreß) im
Blauen Salon um 20 Uhr (Gneisenaustr.2a im
Mehringhof)
Freitag 2.04.: So-Tage-Gesamttreffen 19 Uhr in der KVU (Kirche von
unten) Kremmener Str.91 U-Bhf Bernauerstr.

FRÜHLINKSERWACHEN

SCHÜLERINNEN FÜR POLITIK UND KOOPERATION + ZUSAMMENSCHLUß OPPOSITIONELLER SCHÜLERINNEN UND JUGENDL.



SFE-FETE

von: S.P.U.K. und ZUSAMMENSCHLUß

MEHRINGHOF ★ GNEISENAUSTR. 2a ★ U-MEHRINGDAMM

27.3.93 ab 21 Uhr